8 Tagesordnung

Beginn Tagesordnung: 13.37 Uhr.

Bgm.in **Kahr**:
Ich darf Sie bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Ich möchte mich wieder bei allen Klubobleuten ganz herzlich bedanken, dass sie gemeinsam mit Frau Michi Ferk geschaut haben, welche Tagesordnungspunkte wir zusammenfassen können und en-bloc abstimmen können. Am Beginn möchte ich Sie nur aufmerksam machen, die Tagesordnungspunkte 1, 2 und 3 mit allen Unterpunkten werden von Herrn Stadtrat Eber Manfred, mit Ausnahme 2a und 3a, das sind die Stadtrechnungshofberichte, die werden von Kollegin Katzensteiner und Kollegen Dreisiebner berichtet.
Dann en bloc abgestimmt, ohne Gegenstimme, sind Tagesordnungspunkt 4, 6, 7, 9 und 10, Tagesordnungspunkt 14 ist im Ausschuss abgesetzt worden, dann wieder einstimmig und en bloc abgestimmt werden 17, 19, 21, 22, 23, dann die Tagesordnungspunkte 24 bis 30, alle einstimmig, Tagesordnungspunkt 31, 32 und 33 und dann noch die Tagesordnungspunkte 37 und 38. Alle, die ich jetzt gesagt habe, sind einstimmig und en bloc und wir kommen somit zur Berichterstattung, Tagesordnungspunkt 1, Herr Stadtrat Eber, bitte.

en bloc:

8.1 Stk. 4) A5–52995_2022_0002 **Übernahme des 10-prozentigen Kostenanteiles für mitversicherte Familienangehörige bei Spitalsaufenthalten**

1. Der Gemeinderat stimmt der Weitergewährung der Übernahme der 10%igen Kostenbeiträge nach § 447f Abs. 7 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG) in Krankenhäusern für stationäre Aufenthalte von volljährigen mitversicherten Personen, welche im gemeinsamen Haushalt mit dem Hauptversicherten wohnen, als freiwillige Leistung der Stadt Graz ohne Rechtsanspruch zu, wenn der/die Hauptversicherte finanziell hilfsbedürftig ist.
2. Der Gemeinderat stimmt den im Motivenbericht angeführten Richtlinien, mit der die Kriterien der finanziellen Hilfsbedürftigkeit neu definiert werden, zu.
3. Alle bisher geltenden Richtlinien sind mit der Einführung der neuen Richtlinien ungültig und gelten mit Beschlussdatum nur mehr die neuen im Motivenbericht angeführten Kriterien und Richtlinien.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.2 Stk. 6) A8–20081/2006-278 **Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH – Wasserwirtschaft Reinvestition Transportleitung Feldkirchen – Planungsbeschluss über 1,09 Mio. Euro**

Der Gemeinderat wolle gemäß § 95 iVm § 87 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBI Nr 130/1967 idF LGBI Nr 118/2021, sowie § 20 der Haushaltsordnung der Landeshauptstadt Graz (HHOG) beschließen:

1. Zur Aufrechterhaltung der Wasserversorgung in Graz wird die Zustimmung zur Notwendigkeit der Reinvestition im „BA 103 – Transportleitung Feldkirchen TL700“ mit geschätzten Kosten zum aktuellen Zeitpunkt von rd. 21 MEUR, davon rd. 1,09 MEUR für Planungsleistungen sowie behördliche Bewilligungen erteilt.

2. Der Budgetbedarf für die Planung der Reinvestition der TL700 ist gemäß Budgetprovisorium 2022 im Investitionsplan der Holding Graz-Kommunale Dienstleistungen GmbH in Höhe von 550 TEUR für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2022 enthalten. Die weiteren für die Reinvestition erforderlichen Budgetmittel werden dem Gemeinderat im Zuge des Doppelbudgets 2022/2023 und der Mittelfristplanung 2023-2027 gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.3 Stk. 7) A8–141818/2021-9 **Abteilung für Bildung und Integration Bustransporte für Grazer Pflichtschüler:innen, Projektgenehmigung über 180.000 Euro für die Jahre 2022-2023**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung „Bustransporte für Grazer Pflichtschüler:innen“ von gesamt 180.000 Euro für das Schuljahr 2022/2023 wird wie folgt erteilt:

Jahre	**Mittelbedarf**
2022	€ 58.900
2023	€ 121.100
Summe	**€ 180.000**

Die Bedeckung der erforderlichen Mittel von 180.000 Euro (für 2021: 58.900 Euro und für 2022: 121.100 Euro) erfolgt im jeweiligen LCF des ABI-Voranschlages, reserviert in SAP/GeOrg unter der Beleg-Nr. 371003708, Finanzposition 1.621000 + Fonds 211000, 212000 und 515000 / Finanzstelle 340 / DR D. 340021 und DR D.340008/ HHP 23400058 und HHP 23400001- Fachbudget Schulen.

Die gesamte Finanzierung hat aus dem jeweiligen LCF der Abteilung für Bildung und Integration 2022-23 zu erfolgen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.4 Stk. 9) A10/BD–085394/2019-58
A23–032670/2020/0043

Grazer Energiegemeinschaften
Antrag auf Verlängerung und Erweiterung der Unterstützung von Bürgerenergiegemeinschaften für Erneuerbare Energieerzeugung durch Energiegemeinschaften in Graz für klimafreundliches Verhalten im Sinne des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes; Verlängerung der bestehenden Projektgenehmigung im Umfang von 63.000 Euro für die Jahre 2022-2023

1. Die Unterstützung von Bürgerenergiegemeinschaften gemäß Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzespaket – EAG-Paket gemäß GR-B mit GZ: A10/BD-085394/2019-52 bzw. A23-032670/2020/31 vom 16.9.2021 wird bis 31.12.2023 verlängert.
2. Diese Unterstützung wird auf Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften gemäß Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzespaket – EAG-Paket im Sinne des Motivenberichtes erweitert. Für den Bereich Erneuerbare Wärme (ausgenommen erneuerbare Warmwasserbereitung) werden Projekte nur für

jene Bereiche des Stadtgebietes unterstützt, wo keine Fernwärmeversorgung angeboten wird bzw. kurz- und mittelfristig -gemäß Kommunalem Energiekonzept 2017 (KEK nach StROG 2010) werden kann. Dies ist durch den Fernwärmeversorger zu bestätigen.

3. Gemäß Motivenbericht wird die Projektgenehmigung für die Unterstützung von Grazer Energiegemeinschaften, das sind Bürgerenergiegemeinschaften und Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften gem. Antrag Punkt 1 und 2, bei vorbereitender Beratungsleistung und einem Beitrag zur praktischen Umsetzung im Umfang von 63.000 Euro davon ca. 23.000 Euro für 2022 und ca. 40.000 Euro für das Jahr 2023, erteilt.
4. Die finanzielle Bedeckung erfolgt aus dem genehmigten Budget des „Klimaschutzfonds Förderpaket“ gemäß GR-B GZ: A10/BD-085394/2019-43 vom 28. April 2022 (Verlängerung des GR-Beschlusses A10/BD-085394/2019-60 und A23-028212/2013/62 vom 29.04.2021).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.5	**Stk. 10)**	**A10/BD–085394/2019-60 A23–032670/2020/0046**	**Klimaschutzfonds Förderpaket 2022-2023, Antrag auf Verlängerung der Mittelbereitstellung für thematisch gezielte Förderungen (Energieerzeugung und Begrünung) für klimafreundliches Verhalten von insgesamt 1.122.000 Euro und Beschluss der Klimaschutzfonds-Förderrichtlinien 2022-2023**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Verlängerung der Projektgenehmigung für das Klimaschutzfonds Förderpaket 2021-2022 gern GR-B mit GZ: A10/BD-085394/2019-0043 bzw. A23-028212/2013/0062 vom 29. April 2021 bis zum 31.12.2023 wird erteilt.

2. Die 4 Klimaschutzfonds-Förderrichtlinien werden inklusive der im Motivenbericht angeführten Änderungen gern. Beilage als Maßnahme zum Klimaschutz und zur Klimawandelanpassung als „Klimaschutzfonds-Förderpaket“ verlängert.

3. Die Stadtbaudirektion beauftragt die Grazer Energieagentur Ges.m.b.H. mit der Weiterführung zur Abwicklung der beiden Förderungen „Photovoltaik-Anlagen“ („SolarEnergieDach“) und „Photovoltaik- Kleinstanlagen für Balkone“.

4. Das Umweltamt wird mit der Weiterführung zur Förderabwicklung „Intensive Dachbegrünung“" und „Kombination aus Photovoltaik und Begrünung am Dach“ („SolarGrünDach“) beauftragt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.6 Stk. 17) KFA–077734/2019-10 Geriatrische Gesundheitszentren (GGZ) Tariferhöhung per 1.1.2022

Der Gemeinderat wolle die Anhebung des Tagsatzes für die Sonderklasse in der GGZ-Akutgeriatrie ab 1.1.2022 auf 131,05 Euro für eine maximale Aufenthaltsdauer von 28 Tagen im Kalenderjahr pro ZL-Anspruchsberechtigten beschließen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.7 Stk. 19) Präs.–089990/2022/0004 Büchereiverband Österreichs – Vertretung der Stadt Graz in der Generalversammlung

Als Vertretung der Landeshauptstadt Graz in der Generalversammlung des Büchereiverbands Österreichs wird Frau Dr.in Marie Therese Stampfl bestellt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.8 Stk. 21) A8–21515/2006-298 GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, Stimmrechtsermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs 4 Statut Aufsichtsrat – Abberufung und Bestellung

Der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBI Nr 130/1967 idF LGBI Nr 118/2021, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz, StR Manfred Eber, in der Generalversammlung der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH wird ermächtigt, im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht folgenden Umlaufbeschluss zu unterfertigen:

1. Die diesen Beschluss unterfertigenden Gesellschafter erklären sich mit der Form der schriftlichen Abstimmung im Umlaufwege einverstanden.

2. Beschlussfassung über die Bestellung von Herrn Jochen Kotschar zum Aufsichtsratsmitglied der GBG per 1.5.2022.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.9 Stk. 22) A8–30034/2006-86 A16–409069/2013/107

Ergänzung zur Fördervereinbarung über die Anmietung der Helmut-List-Halle 2018– 2022

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Ergänzung zur Fördervereinbarung über die Vergabe der 6,5 Tage des Landes auch für Europa- und Sportveranstaltungen wird mit sofortiger Wirkung beschlossen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.10 Stk. 23) A8–20081/2006-0281

Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH, Stimmrechtsermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs 4 Statut; Feststellung Jahresabschluss 2021

Der Gemeinderat wolle gemäß§ 87 Abs 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI Nr 130/1967 idF LGBI Nr 118/2021 beschließen:
Der Vertreter der Stadt Graz in der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH, FN 54309 t, StR Manfred Eber, wird ermächtigt, folgenden Punkten im Umlaufweg zuzustimmen:

1. Die diesen Beschluss unterfertigenden Gesellschafter erklären sich mit der Form der schriftlichen Abstimmung im Umlaufwege einverstanden.
2. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021und über die Zurkenntnisnahme des Lageberichtes und des Corporate Governance Berichtes sowie des Sponsoringberichtes für das Geschäftsjahr 2021, Prüfung JA 2021 und Bericht an die Generalversammlung

3. Kenntnisnahme des Konzernabschlusses zum 31.12.2021 und des Konzernlageberichtes für das Geschäftsjahr 2021
4. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzergebnisses 2021
5. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021
6. Beschlussfassung zur Bestellung des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2022 (MOORE STEPHENS ADVISA Wirtschaftsprüfungs GmbH, 8010 Graz)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.11 Stk. 24) A8/4–27342/2019

Sturzgasse/Puchstraße – wertgleicher Grundtausch zwischen der Stadt Graz und der Holding Graz,
Tausch von 4 Grundstücken bzw. 4 Grundstücksteilflächen im Gesamtausmaß von ca. 4.600 m² an die Holding Graz gegen Erwerb von 6 Grundstücken bzw. Grundstücksteilflächen im Gesamtausmaß von ca. 5.500 m² für die Übernahme dieser Grundstücke ins Öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Holding Graz tauscht und übergibt in das Eigentum der Stadt Graz und diese übernimmt tauschweise in ihr Eigentum die in der Vereinbarung sowie im Motivenbericht angeführten sechs Grundstücke bzw. Grundstücksteile im Gesamtausmaß von ca. 5.500 m², vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses für die Übertragung dieser Flächen in das Öffentliche Gut der Stadt Graz.

2. Die Stadt Graz tauscht und übergibt in das Eigentum der Holding Graz und diese übernimmt tauschweise in ihr Eigentum die in der Vereinbarung sowie im Motivenbericht angeführten vier Grundstücke bzw. Grundstücksteile im Gesamtausmaß von ca. 4.600 m², vorbehaltlich des dafür auch zum Teil notwendigen Stadtsenatsbeschlusses für die Auflassung dieser Flächen aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz.

3. Der gegenständliche Grundtausch erfolgt unbeschadet des verschiedenen Flächenausmaßes wertgleich.

4. Die angeführte Vereinbarung mitsamt Planbeilagen bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.12 Stk. 25) A8–21795/2006/189
A8–141816/2021-57

MCG Graz e.gen.
Technische Modernisierungsoffensive – Sanierung Stadthallenboden, Erhöhung des Investitionsbudgets 2022 um 0,9 Mio. Euro auf gesamt 2,1 Mio. Euro

Der Gemeinderat wolle gemäß § 87 (4) i. V. m § 93 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI Nr 130/1967 idF LGBI Nr 118/2021, beschließen:

1. Genehmigung der Erhöhung des bereits durch Gemeinderatsbericht vom 20.05.2021, GZ.: A8-021795/2006/177, genehmigten Investitionsbudgets iHv. 1,2 Mio. Euro um weitere 0,9 Mio. Euro, somit insgesamt 2,1 Mio. Euro, um die geplante Sanierung des Stadthallenbodens durchführen zu können.

2. Die für diese Investition zusätzlich erforderlichen Budgetmittel iHv. 6,9 Mio. Euro erhöhen das im Rahmen des Doppelbudgets 2022/2023 zu beschließende Investitionsbudget der MCG Graz e.gen.

3. Die Bedeckung erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.13 Stk. 26) ABI– 39708/2012/97
A8–141818/2021-7

Frühe Sprachförderung von Kindern in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in Graz, Projektgenehmigung über 1.500.000 Euro Zeitraum: 1. September 2022 bis 31. August 2023

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung „Frühe Sprachförderung“ mit Gesamtkosten von 1.500.000 Euro wird wie folgt erteilt:

Projekt	**MB 2022**	**MB 2023**
Frühe Sprachförderung	€ 500.000	€ 1.000.000

MB: Mittelbedarf

Die Bedeckung erfolgt im LCF des ABI-Voranschlages – Finanzstelle 340 / Fonds 240500 / Fipos 1.728000 / DR D.340017 / HHP 23400034 – Sprachförderung.

Die oben genannten Summen stellen einen Maximalrahmen für die Auftragsvergabe dar und sind über den laufenden Cashflow 2022-2023 der Abteilung für Bildung und Integration zu finanzieren.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.14 Stk. 27) A8–27855/2016-17 **Städtische Tagesbetreuung Graz GmbH, Stimmrechtsermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs 4 Statut; Feststellung Jahresabschluss 2021**

Der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBI Nr 130/1967, idF LGBI Nr 118/2021, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Städtischen Tagesbetreuung Graz GmbH, Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA, wird ermächtigt, in der Generalversammlung am 3. Mai 2022 folgenden Anträgen der Geschäftsführung zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Tagesordnung
2. Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021
mit einem Bilanzgewinn/Bilanzverlust 2020 von 0,- Euro und Zustimmung zur Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.15 Stk. 28) A8–21515/2006/299 **GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, Stimmrechtsermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs 4 Statut; Feststellung Jahresabschluss 2021**

Der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBI Nr 130/1967 idF LGBI Nr 118/2021, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, Stadtrat Manfred Eber, wird ermächtigt, im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufwege gem. § 34 GmbHG.
2. Beschlussfassung über die Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und über die Kenntnisnahme des Lageberichtes und des Corporate Governance Berichtes für das Geschäftsjahr 2021
3. Beschlussfassung über den Vortrag des Bilanzgewinnes in Höhe von 0,- Euro auf neue Rechnung.
4. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021
5. Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2021

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.16 Stk. 29) A8–4882/2008-30

Grazer Parkraum- und Sicherheitsservice GmbH, Stimmrechtsermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs 4 Statut; Feststellung Jahresabschluss 2021

Der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI Nr 130/1967 idF LGBI Nr 118/2021beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Grazer Parkraum- und Sicherheitsservice GmbH, StR Manfred Eber, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Weg gem. § 34 GmbHG
2. Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 mit einem Bilanzgewinn/Bilanzverlust von 0,- Euro der Grazer Parkraum- und Sicherheitsservice GmbH
3. Entlastung von Herrn Alexander Lozinsek als Geschäftsführer der Grazer Parkraum- und Sicherheitsservice GmbH für das Geschäftsjahr 2021

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.17 Stk. 30) A8–18090/2006/108

Graz Tourismus und Stadtmarketing GmbH, Stimmrechtsermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs 4 Statut; Feststellung Jahresabschluss 2021 Richtlinie für die 38. o. Generalversammlung

Der Gemeinderat wolle gemäß § 87 (4) des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI Nr 130/1967 idF LGBI Nr 118/2021, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Graz Tourismus und Stadtmarketing GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, in der noch anzuberaumenden 38. o. Generalversammlung der Graz Tourismus und Stadtmarketing GmbH insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 sowie Bericht des Aufsichtsrates
2. Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2021

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.18 Stk. 31) A8–21795/2006/185 **MCG Graz e.gen., Stimmrechtsermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs 4 Statut; Feststellung Jahresabschluss 2021**

Der Gemeinderat wolle gemäß§ 87 (4) des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI Nr 130/1967 idF LGBI Nr 118/2021, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der MCG Graz e.gen., Stadtrat Manfred Eber, wird ermächtigt, in der am 12.5.2022 stattfindenden ordentlichen Generalversammlung insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

TOP 2. Genehmigung des Protokolls vom 22.06.2021
TOP 8. Feststellung und Beschlussfassung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021
TOP 9. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2021
TOP 10. Beschlussfassung über die Wahl folgender Personen als Ersatzmitglieder in den Aufsichtsrat
(laufende Funktionsperiode):

Mag.ª Anne Rieger

Mag.ª Andrea Pavlovec-Meixner

Mag. Gerald Hassler

Mag. Markus Pichler

Mag. Christian Moser

Mag.ª Astrid Wolfram

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.19 Stk. 32) A8–141816/2021-59 Sozialamt, Budgetverschiebung im LCF-Bereich in Höhe von 371.000 Euro

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 werden wie folgt geändert:

Finanz-stelle	Fonds	Finanz-position	Haushalts-programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs-ring	FVA 2022	EVA 2022
150	429100	1.757000		Transfers an private Org. ohne Erwerbszweck	D.150008	-371.900	-371.900
151	429100	1.757000		Transfers an private Org. ohne Erwerbszweck	D.151005	+371.900	+371.900

Dadurch vermindert sich der LCF-Bereich vom Sozialamt Finanzstelle 150 um 371.900 Euro und der LCF-Bereich vom Sozialamt Finanzstelle 151 erhöht sich um denselben Betrag.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.20 Stk. 33) A8–141818/2021-11

Projektgenehmigung Klimaschutzfonds – begleitende Mittel

1. **Erhöhung der Projektgenehmigung um 85.000 Euro auf 735.000 Euro**
2. **Budgetvorsorge über 85.000 Euro im Jahr 2022 im ICF**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Erhöhung der Projektgenehmigung „Klimaschutzfonds - begleitende Mittel“ um 85.000 Euro auf 735.000 Euro wird wie folgt erteilt:

Jahre	**Betrag**
Ausgaben bis Ende 2021	566.758,95
2022	168.200,00
Rest	41,05
Summe	**735.000,00**

Die Bedeckung erfolgt durch eine Umschichtung der Restmittel von dem Vorhaben „Diverse Klimaschutzprojekte, Kommunikationsstrategie“ (GZ: A8-000175/2020-0039).

2. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 werden wie folgt geändert:

Finanz-stelle	Fonds	Finanz-position	Haushalts-programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs-ring	FVA 2022	EVA 2022
410	529000	1.728000	44103020	Kommunikationsstrategie	D.410302	-85.000	-85.000
180	529000	2.346000		Investitionsdarlehen		-85.000	
220	030000	1.728000	42203670	Klimaschutzfonds begleitende Mittel	D.220367	+85.000	+85.000
180	030000	2.346000		Investitionsdarlehen		+85.000	

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.21 Stk. 37) A10/8–086478/2022/1
A8–141818/2021-12

Lastenstraße neu – Querschnittsgestaltung 2022 im Zuge des Bebauungsplans 04.26.0

1. **Projektgenehmigung in Höhe von 1,3 Mio. Euro für die Jahre 2022- 2023**
2. **Finanzmittelverschiebung im Rahmen der Projektgenehmigung Radoffensive im ICF in Höhe von 800.000 Euro**
3. **Budgetvorsorge über 1,2 Mio. Euro im Jahr 2022 im ICF**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Projektgenehmigung „Lastenstraße Neu“ in Höhe von 1,3 Mio. Euro wird wie folgt erteilt:

Jahr	Betrag
2022	1.200.000,-
2023	100.000,-
Summe	**1.300.000,-**

Zur Bedeckung wird aus der Projektgenehmigung „Radoffensive“ ein Betrag in Höhe von 1,3 Mio. Euro umgeschichtet.

2. Der Finanzmittelverschiebung im Rahmen der Projektgenehmigung „Radoffensive“ in Höhe von 800.000 Euro (Vorgriff aus 2023) wird zugestimmt.

   Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 werden wie folgt geändert:

Finanz-stelle	Fonds	Finanz-position	Haushalts-programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs-ring	FVA 2022	EVA 2022
260	612000	1.060000	12603320	Radoffensive / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtun-gen	D.260332	+800.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		+800.000	

3. Budgetvorsorge über 1,2 Mio. Euro im Jahr 2022 im ICF

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 werden wie folgt geändert:

Finanz-stelle	Fonds	Finanz-position	Haushalts-programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs-ring	FVA 2022	EVA 2022
260	612000	1.060000	12603540	Lastenstraße / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtun-gen	D.260354	+1.200.000	
260	612000	1.060000	12603320	Radoffensive / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtun-gen	D.260332	-1.200.000	

4. Der vorstehende Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

5. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird unter Einbeziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der Projektleitung des Gesamtprojektes beauftragt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.22 Stk. 38) A23–000786/2021/0045 **Teilnahme am EU-Förderprogramm für Erneuerbare Energien „ELENA – European Local ENergy Assistance“, Fördermittelansuchen Bereich Solarenergie 250.000 Euro in den Jahren 2022-2025**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Motivenbericht wird zur Kenntnis genommen
2. Das Stadt Graz Umweltamt beteiligt sich am Förderprogram EU ELENA-European Local ENergy Assistance im Zeitraum 2022 bis 2025, mit Beginn abhängig vom Vertragszeitpunkt, gemäß StS-B GZ: A10/BD EU-003209/2019-14 vom 1.4.2022.

3. Die Projektgenehmigung PG für den Zeitraum 2022-2025 wird erteilt. Die dafür erforderlichen Grazer Umweltfördermittel von 250.000 Euro sind bzw. werden dafür im Rahmen der Grazer Umweltförderungen zur Emissions- und Feinstaubreduktion gemäß GZ: A23-028212/2013/64 vom 17.2.2022, bzw. den weiteren dafür erforderlichen fachlichen und budgetären Gremialbeschlüssen für den Projektzeitraum, genehmigt. Allfällig anfallende anteilige Kosten im Rahmen der Antragstellung und der Förderabwicklung gemäß StS-B GZ: A10/BD EU-003209/2019-14 vom 1.4.2022 werden aus dem Umweltamt A23 LCF bedeckt.
4. Die EU ELENA Förderbeträge werden teilweise gemäß Projektantrag im Voraus in Raten ausbezahlt. Sollten die kalkulierten Aufwendungen der Stadt Graz im Rahmen der Grazer Umweltförderungen zur Emissions- und Feinstaubreduktion- Bereich Solarenergie gemäß GZ: A23-028212/2013/64 vom 17.2.2022, bzw. den weiteren erforderlichen fachlichen und budgetären Genehmigungen, zur Bereitstellung von Fördermittel von bis zu 250.000 Euro, den kalkulierten Förderanträgen an das Umweltamt im gleichen Umfang und den kalkulierten privaten Investitionsauslösungen nicht diesem Umfang erfolgen, sind allfällige EU-ELENA Förderüberzahlungen aliquot zurückzuzahlen.
5. Der Abteilungsleiter des Umweltamtes wird ermächtigt, die zur ELENA-Fördereinreichung und -abwicklung im Rahmen der Kooperation mit dem Land Steiermark erforderlichen Dokumente zu unterschreiben.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StR Eber

8.23 Stk. 1) A8–2846/2021-12 **Berichtigung der Eröffnungsbilanz der Landeshauptstadt Graz des Jahres 2021**

StR **Eber**:

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich komme zum Tagesordnungspunkt 1, den ich sehr kurz halten werde. Bei der Berichtigung der Eröffnungsbilanz geht es, wie schon der Titel sagt, um einige kleine Korrekturen, die notwendig sind. Das betrifft insbesondere die Restnutzungsdauer von diversen Ampelanlagen, Radaranlagen, Kommunikationsnetzen usw. Diese wurden neu bewertet und werden entsprechend korrigiert in die Eröffnungsbilanz noch hineinkorrigiert, um das so sagen zu dürfen. Weiters wurde ein Investitionszuschuss einer falschen Anlage zugeordnet und auch diese wird korrigiert. In Summe bedeuten diese Auswirkungen eine Änderung der Ansatz- und Bewertungsmethoden in Höhe von rund 3,5 Mio. Euro im Saldo der Eröffnungsbilanz und damit wir dann beim eigentlichen Rechnungsabschluss von korrigierten Zahlen und richtigeren Zahlen ausgehen können, ersuche ich um Ihre Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Der Gemeinderat wolle gemäß §§ 111b Abs 6. iVm 96a Abs. 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBI. Nr. 130/1967 idF LGBI. Nr. 118/2021, beschließen:

Die Berichtigungen der Eröffnungsbilanz per 1.1.2020 werden genehmigt und die Eröffnungsbilanz gilt als geändert.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StR Eber

8.24 Stk. 2) A8–2846/2021-13	**Landeshauptstadt Graz Rechnungsabschluss 2021**
8.25 Stk. 2b) GGZ–21796/2008-74	**Geriatrische Gesundheitszentren – geprüfter Jahresabschluss 2021**
8.26 Stk. 2c) GPS–33176/2022-1	**Grazer Parkraum- und Sicherheitsservice – geprüfter Jahresabschluss und Geschäftsbericht 2021**
8.27 Stk. 2d) WG–039853/2016/0058	**Wohnen Graz – Geprüfter Jahresabschluss 2021**
8.28 Stk. 2e) WG–039853/2016/0059	**Wohnen Graz – Geschäftsbericht 2021**

StR **Eber**:

Werde ich nicht ausufernd berichten, sondern in aller gebotenen Kürze. Zunächst möchte ich mich aber an dieser Stelle beim Herrn Finanzdirektor mit seinem gesamten Team herzlich bedanken, ebenso beim Stadtrechnungshof. Das war eine gute Zusammenarbeit, ein gutes Gesprächsklima, das wir da bei der Erstellung des Rechnungsabschlusses gehabt haben. Mein Dank gilt aber natürlich auch allen Beteiligten in diesem Prozess, den Budgetreferent:innen von Ämtern und Abteilungen, aber natürlich auch im zweiten Schritt den entsprechend Verantwortlichen unserer Beteiligen, die also auch für den konsolidierten Jahresabschluss und ihre eigenen Abschlüssen da gute Arbeit geleistet haben. Dafür herzlichen Dank von meiner Seite. Was den Rechnungsabschluss direkt anbelangt, zunächst kann man davon ausgehen, dass auch 2021 noch und wieder sehr stark von Corona geprägt war und dazwischen haben wir immer wieder doch sehr gute wirtschaftliche Entwicklungen gehabt, die auch zu diesem teilweise erfreulichen Ergebnis geführt haben. Teilweise deshalb warum? Wir haben einerseits ein deutlich besseres Ergebnis, als ursprünglich

budgetiert, das hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass beispielsweise die Bundesertragsanteile wesentlich höher ausgefallen sind. Es sind auch die Kommunalsteuern deutlich gestiegen, also ein Indikator für die positive wirtschaftliche Entwicklung, haben auch unsere Ämter und Abteilungen, und zwar quer durch sozusagen durch alle Bereiche, gut und sparsam gewirtschaftet und es hat vielleicht als kleiner Wermutstropfen einen sehr geringen Umsetzungsgrad bei den Investitionen gegeben. Hilft uns einerseits natürlich bei der Verschuldung andererseits ist es natürlich so, dass wir da einen genaueren Blick auch in Zukunft brauchen, um eben genauer budgetieren zu können und entsprechende beispielsweise Finanzierungsaufnahmen auch zu machen. Rechnungsabschluss, was den operativen Cashflow anbelangt, wurde budgetiert ein Minus von 56,6 Mio. Euro. Das Ergebnis steht nunmehr mit plus 65,5 Mio. Euro fest, das heißt, es hat sich aus den Gründen, die ich schon angesprochen habe, um rund 120 Mio. Euro verbessert. Das ist natürlich sehr erfreulich. Was nun weniger erfreulich ist, diesem Plus von 65,5 müssen wir noch gegenüberstellen die Abschreibungen, die Zinsen und Tilgungen und wenn wir das dazurechnen, landen wir bei einem Minus von etwa 30 Mio. Euro; und dazu kommen dann noch notwendige Rückstellungen und Rückstellungsauflösungen. Wenn man die gegenrechnet, landen wir in Summe bei etwas über minus 70 Mio. Euro und das ist natürlich eine Zahl, die uns nachdenklich stimmt. Das heißt, wir haben auch in unserer Haushaltsordnung drinnen, wenn wir drei Jahre hintereinander ein negatives Nettoergebnis erwirtschaften, dieses Jahr oder 2021 eben ein Minus von 73,1 Mio. Euro Und auch 2020 haben wir natürlich bereits ein negatives Nettoergebnis gehabt, dann muss nach drei Jahren ein Haushaltskonsolidierungskonzept vorgelegt werden, weil, so heißt es in unserer Haushaltsordnung, die Vermutung eines Haushaltsungleichgewichts besteht. Darauf müssen wir uns aus heutiger Sicht bereits einstellen, weil auch 2022 wird bei allem Bemühen von allen Seiten, möchte ich anmerken, uns wahrscheinlich es nicht gelingen, von diesem negativen Nettoergebnis zur Gänze wegzukommen. Vielleicht ein Wort noch zum Vermögen der Stadt Graz. Wir haben ausgewiesen in der Vermögensrechnung ein Gesamtvermögen von 4,128 Mrd. Euro. Das heißt, dass Vermögen ist im letzten Jahr um immerhin

82 Mio. Euro angewachsen. Dem gegenüber stehen natürlich die Passiva und da ist der größte Brocken, der größte Bereich sind natürlich die Pensionsrückstellungen mit über 2,1 Mrd. Euro, die da eingestellt sind. Ich möchte daran erinnern, als seinerzeit die Eröffnungsbilanz erstellt wurde, wurden die Pensionsrückstellungen mit 50 % angenommen und hineingenommen. Das ist, wie sollen wir sagen, nicht ganz freiwillig sozusagen passiert, sondern in enger Absprache und auch unter Vorgabe des Landes, die nicht mehr als 50 % zugelassen haben. Wir sind von daher gezwungen, wieder, dass wir jedes Jahr diese Rückstellung um 1 % erhöhen, also um etwas mehr als 20 Mio. Euro. Damit mache ich jetzt einmal einen Punkt. Für das Erste.
Für das Zweite möchte ich aber gleich noch daran anschließen. Wir haben ja in unseren Unterlagen da auch jetzt noch zu behandeln, erstens die Vorkontrolle des Rechnungshofabschlusses, Stadtrechnungshofbericht, das wird eben die Kollegin Katzensteiner machen. Was GGZ, GPS und Wohnen Graz anbelangt, möchte ich das hier nur erwähnen, diese Jahresabschlüsse liegen vor. Sie wurden im zuständigen Finanzausschuss heute auch besprochen und beschlossen und es wurden die Jahresabschlüsse einstimmig alle angenommen und von da her ersuche ich, diese hiermit als mitberichtet zu erachten. Dankeschön.

Ad 2:

Originaltext des Antrages:

Der Gemeinderat wolle gemäß § 96 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 118/2021, beschließen:

Der mit diesem Bericht zur Kenntnis genommene Rechnungsabschluss der Stadt Graz per 31.12.2021 samt Beilagen und den Festlegungen und Erläuterungen im Anhang inklusive Lagebericht wird genehmigt.
Die Rücklagen und Zahlungsmittelreserven werden genehmigend zur Kenntnis genommen.

Ad 2b:

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Genehmigung des von Schachner & Partner Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH, Graz zum 31.12.2021 geprüften Jahresabschlusses der GGZ.

Ad 2c:

Originaltext des Antrages:

Der Gemeinderat möge gemäß § 14, Abs. (2) des Betriebsstatutes des GPS den von der Geschäftsführung erstellten

1. den Jahresabschluss 2021

mit einem Ergebnis von	*€*	*962.819,07*
einer Ergebnisabführung von	*€*	*900.000,00*
einem Jahresgewinn 2021von	*€*	*62.819,07*
und einem Bilanzgewinn inkl. Vorjahre von	*€*	*3.445.459,43*

2. sowie den Geschäftsbericht 2021

Ad 2d:

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Genehmigung des von der Steirischen Prüfungs- und Beratungs GmbH zum 31.12.2021 geprüften Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Wohnen Graz.

Ad 2e:

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Genehmigung des Geschäftsberichtes 2021des Eigenbetriebes Wohnen Graz.

Berichterstatterin: GR^{in} Katzensteiner, BA

8.29 Stk. 2a) StRH–35800/2022 **Vorkontrolle des Rechnungsabschlusses 2021 (VRV) – Analyse- und Prüfteil**

GR^{in} **Katzensteiner**:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren. Ich darf jetzt die Vorkontrolle des Rechnungsabschlusses durch den Stadtrechnungshof berichten. Der Stadtrechnungshof führt die Analysen von Mehrjahresentwicklungen, stichprobenweise Belegkontrollen, Abstimmarbeiten zum Vorjahr, zu Hilfsaufzeichnungen sowie zu externen Saldenbestätigungen, rechnerischen Kontrollen und Inventarkontrollen durch. Der vorgelegte Entwurf des Rechnungsabschlusses 2021 der Stadt Graz war, mit Einschränkungen, vollständig, rechnerisch richtig und gesetzeskonform. Folgende Einschränkungen hat der Stadtrechnungshof bemerkt, die zu Ungenauigkeiten geführt haben: Die Bewertung der Beteiligungen der Stadt im Vermögenshaushalt erfolgte auf Basis geschätzter Werte und nicht, wie im Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 vorgeschrieben, auf Basis der letztverfügbaren Abschlüsse. Dies führte zu einem Minderausweis in Höhe von rund 22 Mio. Euro im Vermögensaushalt sowie zu Fehlern im Ergebnishaushalt. Folgende Einschränkungen waren aufgrund von Prüfhemmnissen zu treffen:
Eingeholte Bankbestätigungen erwiesen sich als unzuverlässig. Der Stadtrechnungshof konnte daher die Vollständigkeit der Angaben zu liquiden Mitteln sowie langfristigen

und kurzfristigen Finanzschulden nur eingeschränkt verifizieren. Der Stadtrechnungshof wies ergänzend auf folgende wesentliche Sachverhalte hin: Die Stadt überwies im Jahr 2021 rund 75 Mio. Euro als Akonto an das Finanzamt, um Negativzinsen aus Überliquidität zu vermeiden. Die Finanzdirektion nahm im Jahr 2021 Korrekturen der Eröffnungsbilanz per 1. Jänner 2020 vor. Haben wir vorhin gehört vom Finanzstadtrat Eber, der das schon dargestellt hat. Rückstellungsbewegungen bildet die Finanzdirektion buchungstechnisch nur als Auflösung und Datierung ab. Daher wies Anlage 6q keinen Verbrauch aus. Es gab im Jahr 2021 Budgetüberschreitungen in Höhe von rund 8,2 Mio. Euro, welche im Zuge des Gemeinderatsbeschlusses zum Rechnungsabschluss noch zu genehmigen waren. Der Stadtrechnungshof hob die rasche Aufbereitung des Rechnungsabschlusses durch die Abteilung für Rechnungswesen sowie durch die Finanzdirektion hervor. Die Analyse des Rechnungsabschlusses zeigt, dass das Jahr 2021, wie das Vorjahr, durch die Covid-19-Pandemie geprägt war. Die Annahmen des Voranschlages 2021 erwiesen sich als zu pessimistisch. Maßnahmen des Bundes zur Unterstützung der Gemeinden und privater Unternehmen sowie eine teilweise Erholung der gesamtwirtschaftlichen Lage führten zu deutlich besseren Ergebnissen als ursprünglich geplant. Die Stadt Graz schloss das Jahr 2021, wie bereits das Jahr 2020, mit einem negativen Nettoergebnis ab. Es war daher zu erwarten, dass nach Abschluss des Jahres 2022 die Vermutung eines Haushaltsungleichgewichtes im Sinne der Haushaltsordnung vorliegen würde. Die Nettoergebnisquote betrug minus 3,1 %. Somit konnten die laufenden Erträge, die laufenden Kosten und den Wertverzehr der Infrastruktur nicht decken. Das Nettovermögen, sprich das Eigenkapital der Stadt Graz, ging auch im Jahr 2021 zurück und betrug mit 1. Dezember 2021 nur noch rund 2,8 Mio. Euro. Die Eröffnungsbilanz hatte 351 Mio. Euro ausgewiesen. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 hatte das Nettovermögen rund 247 Mio. Euro betragen. Die Nettovermögensquote drückt aus, wie weit eigene Mittel das Vermögen finanzieren konnten. Sie betrug zum Abschlussstichtag 31. Dezember 2021 5,7 %. Der Stand der langfristigen Finanzschulden wuchs auf 1,52 Mrd. Euro an. Zum 31. Dezember 2021 wies die Stadt außerdem rund 98 Mio. Euro kurzfristige Finanzschulden zur Sicherung der Liquidität

aus. Die Finanzierungsrechnung des Jahres 2021 zeigte einen positiven Geldfluss aus der operativen Gebarung, der Saldo 1, in Höhe von rund
66 Mio. Euro. Somit konnte der Saldo 1 die Auszahlungen für die Tilgungen decken. Die Quote der freien Finanzspitze gab den Spielraum für investive Vorhaben oder außerplanmäßige Tilgungen an. Sie war mit 3,8 % positiv. Allerdings konnte die freie Finanzspitze nicht die für den Erhalt des bestehenden Kapitals notwendigen Mindestinvestitionen in Höhe der planmäßigen Abschreibungen decken. Der städtische Kapitalerhalt musste somit mit Neuverschuldung finanziert werden. Dies zeigte die mit 0,8 % negative Quote des nachhaltigen Cashflows an. Allerdings war auch hier zu beachten, dass es im Jahr 2021 keinen Zahlungsabfluss an die Holding Graz aus dem VFV 2 gab. Dies erhöhte den Saldo 1 und damit die freie Finanzspitze als Einmaleffekt um mindestens 50 Mio. Euro. Im Jahr 2021 betrug der Geldabfluss aus der investiven Gebarung rund 151 Mio. Euro. Der Umsetzungsgrad der investiven Vorhaben des Sachanlagevermögens betrug im Jahr 2021 nur rund 56 %, woraus ein erhöhter Bedarf an finanziellen Mitteln in den Folgejahren ableitbar ist. Der Stadtrechnungshof sah die dringliche Notwendigkeit, einen stabilisierenden mittelfristigen Budgetpfad samt dazugehöriger Maßnahmen zur Stärkung des Geldflusses aus der operativen Gebarung zu erarbeiten. Darüber hinaus sollte aus Sicht des Stadtrechnungshofes die Finanzdirektion die Instrumente zur Investitions-steuerung verbessern. Um eine nachhaltige Verbesserung sicherzustellen, sollte dies für das gesamte Haus Graz erfolgen. Aufgrund der Kontrollfeststellung des Stadtrechnungshofes zu den Berichten, Vorkontrolle des Rechnungsabschlusses Prüfteil und Vorkontrolle des Rechnungsabschlusses Analyseteil wird der folgende

Antrag

gestellt.
Der Gemeinderat möge die gegenständlichen Berichte sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis zu nehmen. Ich bitte um Zustimmung. Danke.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat möge die gegenständlichen Berichte sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

StR Dr. **Riegler**:

Ich bleibe gleich hier sitzen, wenn es recht ist. Ich möchte doch die Gelegenheit nutzen, ein paar abrundende Bemerkungen zu den letzten fünf Jahren Finanzpolitik zu machen, weil ja gelegentlich das Narrativ der neuen Regierungsmehrheit in die Richtung geht, dass wir nicht genug Mittel übriggelassen hätten, dass wir angeblich Geld für Prestigeprojekte etc. aufgewendet hätten. Daher möchte ich dann doch gerne als ehemaliger Finanzreferent ein paar abrundende Worte sagen. Zunächst danke der A 8, der Finanzdirektion, für die prompte Arbeit und sowohl des Einzelabschlusses als auch des konsolidierten Abschlusses. Ich nehme das durchaus als positive Mitteilung, wenn zum Beispiel im Bericht im Tagesordnungspunkt 2 steht, dass im Jahre 2021 sich die Stadt Graz angesichts einer andauernden Krise und damit einhergehenden wirtschaftlichen Unsicherheiten den Schuldenanstieg auf ein Minimum zu reduzieren bemüht hat. Das nehme ich als Kompliment. Danke, ja. Tatsächlich haben wir im Zuge der zweijährigen Corona-Pandemie, und ich habe oft genug in Pressekonferenzen auch gemeinsam mit Städtebund, Bürgermeister Wallner aus Leoben, und Gemeindebund darauf hingewiesen, dass kommunale Haushalte besonders von der Corona-Pandemie betroffen waren. Daher auch Vorsicht geboten war. Das mag auch ein Grund sein, warum die Investitionsdurchführung nicht in dem Ausmaß gegeben war, wie es zunächst im Budget war. Es ist richtig, dass die A 8 auch in der Überschrift zum konsolidierten Abschluss, also zum Tagesordnungspunkt 3, schreibt, dass trotz anhaltender Pandemie eine stabile Entwicklung im Haus Graz gegeben wäre; und wenn Herr Eber zur Recht sagt, dass von einem erfreulichen Ergebnis zu sprechen ist und

auch Frau Katzenberger berichtet, dass das Ergebnis deutlich besser als geplant ist, so ist es doch zu einem guten Teil, glaube ich, auch darauf zurückzuführen, dass wir in der Krise sehr früh, sehr schnell einerseits Bremsen eingezogen haben bei der Investitionsumsetzung und andererseits über alle Parteigrenzen hinweg darum bemüht haben, zwei Investitionspakete vom Bund zu bekommen. Im Übrigen sind wir auch immer noch dahinter und ich hoffe, dass wird auch vom Kollegen Eber so fortgesetzt, dass wir für den Flughafen, der keinen Fixkostenzuschuss bekommen hat, weil er zu 100 % städtisch in der ersten Phase war, dass wir da für den Flughafen vielleicht noch einige Millionen bekommen. Und bei dieser Gelegenheit erwähne ich auch gerne, dass wir auch jetzt noch bei den GSPG-Beihilfen 19 Mio. Euro erstritten haben, die in den letzten Jahren eigentlich zu Unrecht nicht ausgezahlt worden waren. Das gezeigt einmal als Positivum. Wenn nun tatsächlich wir seit mittlerweile sieben Monaten kein Budget haben und wenn die Stadtregierung, die derzeitige Regierungsmehrheit, gleich zu Beginn einmal beschlossen hat, auf wertvolle Einnahmen aus Valorisierungen, aus Kanal- und Abfallgebühren, aus Mieten, auf solche Valorisierungen zu verzichten, dann ist das genau das Gegenteil von dem, was der Stadtrechnungshof schreibt. Wenn der Stadtrechnungshof nämlich Stabilisierung fordert, Verzicht auf Einnahmen ist da das Allerschlechteste. Wir haben derzeit eine Inflationsrate von über 5 % und mit jeder Einnahme, auf die Sie verzichten, schwächen Sie den städtischen Haushalt. Weil wir werden ja ohnedies hoffentlich dann irgendwann einmal einen Budgetentwurf vorgelegt bekommen, den wir dann auch diskutieren können. Ich möchte auch noch hinweisen auf den Vorwurf, auf den wiederholt vorkommenden Vorwurf der angeblichen Prestigeprojekte. Hier verweise ich auf den Tagesordnungspunkt 2 auf Seite 2, Rechnungsabschlussbericht, worin sehr schön aufgeführt wird, wofür wir das Geld ausgegeben haben. Das waren Smartmeter- und Fernwärmenetzausbau 20 Mio., das waren Schulbauten im Rahmen des GRIPS-Projektes von 19 Mio., das waren der Ausbau der Straßenbahnlinie Reininghaus und Smart City mit insgesamt 18 Mio. Euro. Das waren der Neubau und die Sanierung von Gemeindewohnungen mit 14,6 Mio. Euro und der Neubau eines Recyclingcenters Sturzgasse mit 7 Mio. sowie andere Infrastruktur-Investitionen im Bereich der

Abwasserbeseitigung, Radwege, 5-G-Netz. Bitte, es möge jeder, der sich in Zukunft zu Wort meldet zu den angeblichen Prestigeprojekten, die ich freigegeben hätte, möge mir bitte sagen, welche dieser Punkt, die sie hier am Tagesordnungspunkt 2 nachlesen können, aus ihrer Sicht nicht korrekt war. Denn all das sind ganz, ganz wichtige städtische Infrastrukturinvestitionen. Letzter Punkt, ich möchte auch noch den interessierten Grazerinnen und Grazern diese Graphik aus dem Bericht der Vorkontrolle der konsolidierten Abschlussrechnung vorstellen. Dieser Bericht beinhaltet einen Fünf-Jahres-Überblick. Wir hatten in diesen fünf Jahren jährlich im zweistelligen bis dreistelligen Millionenbereich Überschüsse aus dem Cashflow, zuletzt im Jahre 2021 von 132 Mio. Euro, und wir hatten eben in diesen Jahren tatsächlich auch jedes Jahr Investitionen zwischen 150 und 200 Mio. Euro, eben genau in Schulbauten, in Straßenbaubauten etc. Projekte, für die sich momentan die Regierung gerade tagtäglich, wöchentlich abfeiern lässt. Wenn Sie z.B. die Stadtparkcentereröffnung abfeiern, wenn Sie z.B. die Innenstadtentflechtung als großen Meilenstein der städtischen grünen Verkehrspolitik abfeiern. Diese Zahlen, diese sagen aus, was davon bereits an Investitionen vorgeleistet wurde. Das wir im städtischen Bereich niemals eine 100-ige Investitionsdeckung durch laufenden Cashflow erreichen können, erklärt sich, glaube ich, von selbst. Wir haben oft genug in diesem Haus darüber gesprochen, dass die Ertragsanteile, dass die Einnahmen von Kommunen leider Gottes nicht mit dem Schritt halten, was eine wachsende Stadt wie Graz eben braucht. Der Straßenbahnausbau wird ja weitergehen. Wir müssen auch demnächst dann über 60 Mio. Euro Straßenbahngarnituren kaufen. Es wird also mit Sicherheit nicht möglich sein, weder dieser und auch der vergangenen Regierung, nicht 100 & der Investitionen aus Eigenmitteln zu finanzieren. Das, was wir angekündigt haben seit 2017, ich erinnere mich noch gut daran, nämlich dass wir zumindest 50 % der Investitionen aus eigener Kraft finanzieren können, das haben wir hier umgesetzt. Damit komme ich schon zum Schluss. Ich danke der Finanzdirektion für die gute Zusammenarbeit. Ich möchte auch gerne mit dem Herrn Stadtrechnungshofdirektor gelegentlich einmal darüber reden, wenn er in der Kleinen Zeitung meint, angeblich eine Entwicklung, eine falsche oder fehlgeleitete Finanzpolitik wahrgenommen zu

haben, das würde ich gerne mit ihm ausführlich diskutieren. Im Übrigen, wie der ältere Cato, und das werden Sie vielleicht von mir öfters hören, möchte ich mit einem Zitat schließen: Im Übrigen bin ich der Meinung, Herr Luttenberger, dass Sie sich leider Gottes für die Funktion als Gemeinderat durch ihre Besuche in Donezk disqualifiziert haben. Dankeschön.

GR[in] **Katzensteiner**:
Danke an die Frau Bürgermeisterin für die Aussprache meines richtigen Namens Katzensteiner, aber nicht Katzenberger, aber keine Sorge, das kommt öfters vor. Ich sage es nur noch einmal. Also, wie wir eh schon gehört haben, das Ergebnis war besser als veranschlagt. Die Gründe dafür haben wir auch schon gehört. Wie wir auch gehört haben, sind die Investitionen nicht wie geplant durchgeführt worden. Die Investitionsquote lag nur bei 56 %, weswegen wir dann auch in Zukunft wahrscheinlich einen höheren Finanzbedarf noch haben werden. Aber die freie Finanzspitze ist doch auch positiv ausgefallen, aber es war eben nicht möglich, das städtische Kapital in Höhe der Abschreibungen zu erhalten und dementsprechend gab es auch keinen Spielraum für neue Investitionen. Es drückt sich eben im negativen Cashflow aus. Tatsache ist, die Schulden sind auf 1,5 Mrd. gestiegen und die Eigenkapitalquote ist geschrumpft. Natürlich waren die letzten Jahre von der Corona-Pandemie geprägt. Das hat zweifellos einen großen Einschnitt dargestellt und stellt die Stadt Graz natürlich vor große finanzielle Herausforderungen. Wenn man allerdings in die Vergangenheit blickt, dann sieht man seit dem Jahre 2007 keinen positiven nachhaltigen Cashflow und mit wenigen Ausnahmen ist auch die Finanzspitze oft negativ gewesen. So steckt eben hinter dem Status quo, wie wir ihn jetzt vorfinden, mit einem auch nicht gerade rosigen mittelfristigen Ausblick. Zumindest mit Stand November ändert sich dann immer einmal wieder der mittelfristige Ausblick. Aber hier offenbart sich ein strukturelles Problem, wenn man es eben über die Jahre 2020 und 2021 hinaus betrachtet. Da wurde das Fundament auch schon früher gelegt und auch wenn aus jetziger Perspektive die Situation in den nächsten Jahren nicht einfacher werden wird,

gilt es doch, notwendige Investitionen, von denen die Mehrheit der Bevölkerung profitiert, in Angriff zu nehmen und von dem her wird es auch keinen Stillstand geben, sondern wir blicken eben in die Vergangenheit und wollen jetzt auch nicht auf der Vergangenheit herumreiten. Deswegen, ich hätte nicht gehört, dass der Finanzstadtrat Eber oder auch ich nicht von irgendwelchen Prestigeprojekten oder so jetzt gesagt hätten. Dankeschön.

StR **Eber**:
Ein kurzes Schlusswort, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte beim Stadtrat Riegler vielleicht anknüpfen vielleicht mit einem Punkt, wo wir uns einig sind. Du hast es angesprochen, den Flughafen Graz. Es ist tatsächlich nicht einzusehen, warum der Flughafen, weil er sich unten diesen Besitzverhältnissen befindet, warum wir da keine Förderungen aus Corona-Töpfen erhalten sollen vom Bund, und da wird in diesen Tagen auch weiter vorangegangen in Richtung Bund, damit wir da vielleicht doch noch das eine oder andere herausholen können. Was deine Verwunderung anbelangt, du hast das ja schon öfters gesagt und auch heute wieder ein bisschen durchklingen lassen, dass nämlich noch immer kein Budget vorhanden ist. Das ist jetzt wirklich überhaupt nichts Neues oder Großartiges oder Außergewöhnliches. Wir haben das in Wahljahren oder in den darauffolgend unmittelbar anschließenden Jahren immer wieder gehabt, da selbstverständlich die alte Regierung abgetreten ist sozusagen und dann die neue unmittelbar nach der Wahl meistens ein Budgetprovisorium beschlossen hat oder auch schon vor den Wahlen beschlossen hat und man dann der neuen Regierung die entsprechende Zeit meistens eben bis Ende Mai, Ende Juni eingeräumt hat, hier ein neues Budget auszuarbeiten. Es ist nichts Außergewöhnliches. Die Infrastrukturinvestitionen hast du angesprochen, ist sehr richtig, das habe ich vorher nicht angesprochen, das sind natürlich sehr wichtige Investitionen in Höhe von, letztes Jahr waren Magistrat und Beteiligungen zusammen, über 200 Mio., die da investiert worden sind in durchwegs richtige, vernünftige Projekte, die den Menschen in unserer Stadt weiterhelfen. Egal, ob Schulausbauten, Straßenbahnen, auch eben,

wie wir heute schon gesagt haben oder gehört haben, in den Breitbandausbau. Es sind alles wichtige Projekte. Es hat natürlich die Pläne, sage ich jetzt einmal, für einige Projekte gegeben, denen wir nicht folgen konnten. Ob das Olympische Spiele oder Plabutschgondel waren bis hin dann zur U-Bahn. Man kann zu diesen Projekten inhaltlich jetzt einmal stehen wie man will, aber wie man diese Projekte budgetär darstellen hätte können, das entzieht sich also meiner Kenntnis. Also wird man dann zig Millionen für die Plabutschgondel beispielsweise, für olympische Spiele mit all den Folgekosten, die das ja dann gehabt hätte, finanzieren hätte können, ist mir unergründlich. Das Problem ist, es wurden da auch schon einige Millionen natürlich an Vorleistungen an Planungen und vor allem an Bindung von Personal, die damit eben beschäftigt waren, gebunden und fehlt uns natürlich jetzt auch irgendwie. Es war dann leider nicht, dass ihr damals auf die Idee gekommen seid, das sind doch nicht die besten Projekte, sondern es waren andere Parteien in diesem Haus, die also da mitgeholfen haben, diese Projekte zur Nichtumsetzung zu bringen. Damit sage ich danke. Danke noch einmal an die Finanzdirektion, an die Abteilung für Rechnungswesen, an den Stadtrechnungshof und ersuche um Zustimmung. Dankeschön.

Der Antrag (TO2) wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag (TO2a) wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag (TO2b) wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag (TO2c) wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag (TO2d) wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag (TO2e) wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StR Eber

8.30 Stk. 3) A8–2846/2021-16 **Konsolidierter Jahresabschluss Haus Graz 2021**

Bgm.in **Kahr**:

Wenn Du das schon mitangesprochen hast, dann wäre …

StR **Eber**:

Ich habe das eigentlich schon mitangesprochen, auch der Kollege Riegler hat noch einmal mit den Investitionen darauf Bezug genommen. Ich habe auch die wichtigsten Sachen gesagt.

Bgm.in **Kahr**:

Passt.

StR **Eber**:

Vor allem, was die Investitionstätigkeit im letzten Jahr anbelangt. Also ich glaube, wir können das ohne weitere größere Diskussion so beschließen. Außer, es gibt natürlich Wortmeldungen dazu. Danke

Bgm.in **Kahr**:

Berichterstattung dazu noch wäre noch Punkt a: Vorkontrolle der konsolidierten Arbeitsrechnung 2021, und danach könnten wir dann gemeinsam diesen Punkt diskutieren.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen.

Berichterstatter: KO GR Dreisiebner

8.31 Stk. 3a) StRH–035800/2022 Vorkontrolle der konsolidierten Abschlussrechnung 2021

KO GR **Dreisiebner**:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Hier im Saal, werte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, Herr Finanzdirektor, sehr geehrte Damen und Herrn am Livestream. Wir sind schon ein bisschen in den Bereich, wo ich berichten will und darf, den Stadtrechnungshof Vorkontrolle der konsolidierten Abschlussrechnung 2021 eingedrungen. Das heißt, ich versuche nach Möglichkeit, ein paar wiederholende Passagen hier einfach auszulassen. Mag an der Stelle aber sagen, der Rechnungshofbericht ist sehr lesenswert und würde, egal wie die Position ist, natürlich auch jedem in seiner und ihrer Meinungsbildung weiterhelfen oder eine Möglichkeit dazu geben. Wie die Kollegin Katzensteiner, ich sage es hoffentlich richtig, schon sehr klar ausgeführt hat, auch der konsolidierte Abschluss, die Prüfung des konsolidierten Abschlusses hat ergeben, dass es bereits zum zweiten Mal mehr Ressourcen gebraucht hat im Haus Graz, die wir eingesetzt haben als die wir praktisch wieder herausbekommen haben. Das heißt, eine finanzielle Nachhaltigkeit kann der Stadtrechnungshof in dem Sinn nicht feststellen. Es mussten für kapitalerhaltende Investitionen neue Finanzschulden aufgenommen werden und dieses, und das ist auch wichtig und noch nicht in der Form so diskutiert und berichtet worden, die mittelfristige Finanzplanung wird das oder sagt auch, dass das in dieser Richtung

ungefähr weitergeht bzw. keine Verbesserung abzusehen ist. Einige Zahlen lasse ich jetzt aus. Es ist sehr viel investiert worden. Das ist vollkommen richtig. Der Mehrteil der über 214 Mio. Euro im Bereich des Hauses Graz, der geringere Teil im Bereich des Magistrats. Zur Nachhaltigkeit möchte ich noch ein wenig genauer eingehen. Die Wirtschaftszahlen im Haus Graz waren eben das zweite Mal 2021 finanziell nicht nachhaltig. Der Cashflow reichte nicht aus, um das bestehende Vermögen langfristig zu erhalten. Eine Feststellung, die da natürlich auch wichtig ist. Für neue zusätzliche Investitionsvorhaben war kein Spielraum feststellbar. Das schon 2021, wie wohl schon erwähnt, es Bundeszuschüsse und höhere Anteile an Erträgen gegeben hat aufgrund einer besseren Wirtschaftslage, als erwartet worden ist. In der Mittelfristperspektive sagt der Stadtrechnungshof in seiner Analyse leider auch, dass so wie sich die Zahlen derzeit darstellen und vorgeplant im Forecast sich darstellen, es auch zu keiner finanziellen nachhaltigen Entwicklung, sprich zu einem ausgeglichenen Haushalt, kommen wird, wenn eben nicht entsprechend entgegengesteuert wird. Dann ist noch rein zum Technischen Folgendes von den Prüfer:innen festgestellt worden: Die Finanzdirektion erstellte dankenswerter Weise, mit Einschränkungen, formell und materiell korrekt die Unterlagen, konnten aber teilweise nicht auf allen Ebenen und Positionen so dargestellt werden, dass man sie auch gut nachverfolgen konnte. Das ist als ein Verbesserungsvorschlag seitens der Holding vor allem für die Zukunft, festzustellen. Diese nicht genau kontrollierbaren ungenauen Neuigkeiten betreffen natürlich dann auch die Möglichkeit, in die Tiefe genau und qualitativ hochwertig zu prüfen. Das sollten wir in Zukunft besser darstellen können. Der Stadtrechnungshof hat am 12. und 20. April sehr ausführlich, sehr eingehend beraten und diesen Bericht, den ich jetzt in aller Kürze versucht habe vorzustellen mit ein paar Hinweglassungen, zur Kenntnis genommen und um dieses ersuche ich auch hier den hohen Gemeinderat, möchte aber vorab noch an das Team von Herrn Mag. Hans-Georg Windhaber im Stadtrechnungshof und alle Beteiligten in der Holding, der Finanzdirektion etc. unseren herzlichen Dank aussprechen. Ich ersuche um Annahme. Dankeschön.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich schließe mich den kalmierenden Worten von vorhin nicht ganz an. Ich finde das Bild schon etwas Dramatischer, als es bisher dargestellt wurde und zwar möchte ich diese Dramatik aufhängen, wie es der Klubobmann eben gerade gesagt hat, ein Bild der Nachhaltigkeit. Das finanzielle Ergebnis des Hauses Graz war 2021 einfach nicht nachhaltig. Das heißt, wenn wir für den Erhalt unseres Vermögens, zu dem wir verpflichtet sind, wenn wir diesen Erhalt durch Schulden finanzieren müssen, ohne irgendeine Neuinvestition schon eingepreist zu haben, dann besorgt mich das doch wirklich. Und darüber brauchen wir nicht diskutieren, das sind hard facts. Und dass auch natürlich einen Handlungsauftrag, den hoffentlich die neue Stadtregierung, die sich ja der Nachhaltigkeit verpflichtet, so sagt sie es, diesen Punkt weiter vorantreibt und das wäre sehr wichtig für die Stadt. Und so ist ja auch der Stadtrechnungshof zu verstehen, wenn er sagt, Graz hat keinen finanziellen Spielraum mehr. Es geht um die Nachhaltigkeit. Es geht darum, dass das Nettovermögen sinkt, das Graz durchaus schon ein bisschen am § 78 des Statuts, wo wir zum Erhalt und sogar zur Erweiterung des Vermögens verpflichtet sind, das gelingt aber beim Nettovermögen eben nicht. Und den § 10 Abs 5 Haushaltsordnung hat ja der Herr Stadtrat Eber schon dargestellt und wenn das Haushaltskonsolidierungskonzept zu erstellen ist, dann sind wir investiv ja auch nicht mehr frei. Also es ist sicher in der nächsten Zeit nicht alles so rosig und so einfach und es muss nachhaltig und sehr strategisch gedacht werden. Ich werde jetzt doch die Prestigeprojekte ansprechen und

das jetzt einmal zusammenfassend herausfiltern. Natürlich sind nicht nur Prestigeprojekte passiert und sogar in überwiegender Hinsicht nicht nur, aber auch, und das werden wir uns sicher nicht mehr leisten können. Wir werden uns auch eine Politik der punktuellen Kleinsteuerung auch nicht leisten sollen. Wir müssen halt über Investitionen sehr wohl nachdenken und die müssen gut und planvoll passieren und nachhaltig und ich sage es noch einmal, denn jede Grazerin und jeder Grazer, die jetzt geboren wird, tritt mit Schulden in ihr Leben und das haben die Jungen nicht verdient. Wir müssen irgendwie gegenwirken. Leider ist eine Phase der Hochkonjunktur verstrichen, wo der Finanzstadtrat nicht gegengewirkt hat und den Schuldenstand verringert hat, wo die Chance dazu da war. Natürlich, es wurde investiert und investiert, aber in anderen Kommunen. Ich blicke auch dann einmal nach Deutschland, ist da schon in eine andere Richtung gearbeitet worden. Also schwarze Null im Budget. Das stört mich schon sehr. Wir sind bei 1,6 Mrd. jetzt und über das brauchen wir nicht mehr diskutieren, das bringt mich zum Abschluss, dass ich natürlich nicht, und das habe ich schon ausgeführt, für einen Investitionsstopp bin. Aber die Investitionen, die wir zu leisten haben, sollten im Sinne der Nachhaltigkeit stehen. Wir brauchen Investitionen im öffentlichen Verkehr, das steht an. Aber nicht nur in Straßenbahnen, sondern in die Zukunft gedacht, in die Region gedacht. Denn wir wollen unseren Kindern ja ein zukunftsfittes und nachhaltiges Graz hinterlassen. Dankeschön.

StR Dr. **Riegler**:
Weil jetzt mehrfach erstens einmal Deutschland bemüht wurde, wenn man Deutsche Zeitungen regelmäßig liest, und ich tue das, dann weiß man, dass gerade über Deutschland gesagt wird, dass zum Teil kaputtgespart wurde, dass ein Infrastrukturrückstau ist, dass es in Deutschland breite Zonen gibt, in denen der Breitbandausbau hinten nachhinkt. Es ist sehr lustig, dass gerade Sie von den Neos eigentlich fast in jeder Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratssitzung irgendwie den Breitbandausbau forcieren wollen. Gleichzeitig nehmen Sie aber gerade Deutschland als Beispiel für sparsame Politik. Ich möchte da schon ein paar

Bemerkungen dazu machen, weil immer wieder der Satz fällt, kein finanzieller Spielraum. Das ist nicht richtig; weil es immer wieder heißt, keine Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist eine Definitionsfrage. Wir haben Nachhaltigkeit so definiert, dass wir gesagt haben am Beginn der letzten Gemeinderatsperiode: Wir wollen uns eine Schuldenobergrenze selbst auferlegen, die lautete: Maximale Schuldenfinanzierung beträgt das Dreifache einer Jahreseinnahme aus Gebühren, Verkehrssteuern, Erträgen, Kommunalsteuern. Das haben wir eingehalten. Diese Schuldenobergrenze wurde dann einmal verletzt, no na im Jahr 2020, in dem alleine Corona 100 Mio. Euro an Einnahmenverlust und an Gleichzeitig Mehrausgaben von uns verlangt hat. Wir haben jetzt noch dazu die Putin-Invasion in der Ukraine. Wir haben heute im Gemeinderat Stücke drinnen, wo wir gleich an Millionenhöhe für Testen, für die Beherbergung von Flüchtlingen etc. Mittel aufbringen müssen. Das heißt, es wäre völlig undenkbar gewesen, aber auch das gleiche gilt im Übrigen für das Land Steiermark, das gilt für jede Kommune, dass wir ausgerechnet in einer Phase 2020, 2021, in der es zu massiven Einnahmenverlusten kam, jetzt sparen hätten müssen, im Sinne wir stellen die Straßenbahnen auf Pause oder wir stellen den Bus auf Pause. Ganz im Gegenteil. Sämtliche öffentlichen Haushalte Europas und gerade, weil die Neos immer gerne sich als Europäer sozusagen positionieren, sämtliche Haushalte Europas, öffentliche Haushalte, haben intensivste Bemühungen gestaltet, um eben die Wirtschaft am Laufen zu halten, um die Nachfrage am Laufen zu halten und deswegen sind wir auch gut durch die Krise gekommen. Weil immer wieder Olympia kommt. Olympia war bereits im Sommer 2018 wieder vorbei. Es gab ein Projekt, ja. Das kann man durchaus ernsthaft, da kann mich sich darüber lustig machen, Kollegin Schwentner, aber in Wahrheit ist es halt so, dass wir Special Olympics haben, die immer wieder weltweit einen Blick auf Österreich werfen. Wir hatten Schiweltmeisterschaften in der Steiermark, wir hatten viele andere Events. Auf jeden Fall herzugehen und jetzt zu sagen, dass irgendeine Art von Zuordnung des Schuldenstandes auf Olympische Spiele zuzuordnen wäre, ist einfach lächerlich und unseriös. Das Gleiche gilt im Übrigen auch, was die Diskussion der U-Bahn betrifft, weil du mich, Judith, fragend angeschaut hast. Selbstverständlich hätten wir die Chance gehabt, wenn wir hier in diesem Hause

einigermaßen konsistent vorgegangen wären, dass wir gegenüber der Bundesregierung eine erhebliche Mitfinanzierung im Gewessler-Verkehrspakt gehabt hätten. Leider ist es nicht gelungen, denn man tut dem Bund keinen größeren Gefallen als den, den ihr getan habt, nämlich, dass man aus der eigenen Stadt sozusagen heraus gegen die Zukunftsprojekte schießt und sagt nein, das brauchen wir eh nicht, tun wir lieber Straßenbahn bauen. Wir werden in dieser Gemeinderatsperiode noch keine neue Straßenbahnlinie irgendwo fertiggestellt sehen, das prophezeie ich Ihnen heute. Wir haben in der letzten Gemeinderatsperiode zwei Straßenbahnlinien ausgebaut, Reininghaus und Smart City, und wir haben darüber hinaus auch den zweispurigen Ausbau nach Mariatrost vorangetrieben. Das dauert alles sehr lange und ich bin ganz, ganz sicher und ganz überzeugt davon, dass auch das Expertengutachten, das du, Judith, immer noch nicht herzeigst, dass die Expertengutachten der Expertengruppe wahrscheinlich zum Ergebnis kommen werden, dass wir mit Straßenbahnbau alleine nicht den zunehmenden öffentlichen Verkehrsbedarf und dem Modalsplit beeinflussen werden können. In diesem Sinne, es ist halt unseriös, immer wieder jetzt über Olympia, Gondel und was ich weiß daherzukommen. Tatsache ist, dass wir in den letzten fünf Jahren rund 1 Mrd. Euro einerseits, in den letzten 15 Jahren rund 1 Mrd. Euro in den öffentlichen Verkehr investiert haben. Die öffentlichen Finanzbedarfe für den öffentlichen Verkehr nehmen zu. Wir haben Straßenbahn- und Buslinien ertüchtigt, den Takt verdichtet ausgebaut, die Elke Kahr weiß Bescheid. Ich war mit ihr fünf Jahre im Verkehrskontrollgremium. Also, wir haben wirklich alles getan, um die Infrastruktur am Laufen zu halten. Daher möchte ich nicht auf uns sitzen lassen, dass wir irgendwelche Millionen angeblich in irgendwelche Prestigeprojekte gesteckt hätten.

Bgm.in **Kahr**:

In Krisenzeiten ist vor allem eines immer dann bemerkbar und es ist auch letztendlich gut, weil diese Erkenntnis haben jetzt viele gewonnen, die das früher der öffentlichen Hand eigentlich immer naja das nachsagen gegenüber den privaten Feldern

nachgesagt haben, man hat die Bedeutung der öffentlichen Hand und die staatliche Intervention hat an Bedeutung gewonnen. Weil sonst hätten wir, wie der Herr Stadtrat gerade vorhin in dem Punkt wirklich richtig angemerkt hat, die Krise, die schwierige Zeit nicht gemeistert. Deswegen ist es so wichtig, dass man gut aufgestellte öffentliche Hand nicht aus der Hand gibt. Die Einrichtungen auch in der öffentlichen Hand belässt. Schaut, dass man den Sektor sogar ausbaut, um überhaupt Steuerungsmöglichkeit zu haben. Weil die Jahre, die jetzt uns bevorstehen allen gemeinsam, die eine große Herausforderungen werden, weil die Schwierigkeiten und in ganz Europa da sind und viele Staaten da sehr kreativ notwendig sind, um die Menschen zu entlasten. Das dürfen wir niemals vergessen. Die Menschen werden zunehmend unter Schwierigkeiten geraten und berufstätige Leute, die schwer arbeiten, und da müssen wir als Stadt natürlich gegensteuern und hier gilt es, die Balance und die Gewichtung auch in der Finanzmittelausgabe immer zu sehen. Das ist eigentlich unser Ziel, dass wir gemeinsam sozusagen auch die Verpflichtung haben …

KO GR **Ehmann**:
Geschätzte Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen, Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren Zuhörer:innen in Livestream. Ich wollte mich eigentlich ursprünglich gar nicht melden, weil ich mir dachte, ok, die Diskussion verläuft sehr sachlich, sehr objektiviert. Wir wissen, dass Graz eine schwierige Zeit vor sich hat, aber auch schwierige Zeiten hinter sich hatte, pandemiebedingt. Aber ich dachte, jetzt muss ich auch ein paar Anmerkungen machen. Denn, wenn Kollege Riegler sagt, ja die konsentierte Vorgehensweise oder falschkonsentierte Vorgehensweise hat die U-Bahn abgedreht und die vielen, vielen Milliarden, die Graz dafür gebraucht hätte über die Bundesregierung, um sie nach Graz zu bringen. In Wahrheit hätten wir 100 % Abdeckung vom Bund gebraucht, weil das ist jetzt gar keine Raketenwissenschaft, wir hätten wir das stemmen sollen, wenn wir gleichzeitig uns den Rechnungsabschluss ansehen? Da gibt es die Seite 27 im Analyseteil, wo die mittelfristige Gebarungsfinanzvorschau bereits die freie

Tilgungsspitze oder bzw. die freie Finanzspitze von 22 bis 27 im Minus ist. Oha. Aber, jetzt kommt noch etwas dazu. Jetzt können wir sagen, ja, die Pandemie hat uns schwer getroffen. Stimmt, da sind auch Auswirkungen dessen dabei, natürlich. Aber wenn man sich die freien Finanzspitzen zu Vorschauen anschaut vor der Pandemie, nämlich 17, 18, 19, da sieht man auch dort, bevor die Pandemie begonnen hat, dass wir eigentlich die freie Finanzspitze schon im Minus gehabt haben. Und wenn man jetzt weiß, dass über die freie Finanzspitze Tilgungen vorgenommen werden und Selbstinvestitionen dadurch gestemmt werden, dann muss ich sagen, das geht sich nicht aus. Und wie soll ich dann ein Projekt wie die U-Bahn, das mit 3 Mrd. veranschlagt war, wo viele Expertinnen, Experten, namhafte, die dabei waren, von 6 bis 7 Mrd. gerechnet haben, abgesehen von der Bauzeit mit 15 Jahren, die Stadt liegt lahm. Das wäre schon ein spannendes Projekt gewesen, wie das tatsächlich zu finanzieren gewesen wäre. Und deshalb muss ich schon sagen, so ganz super sind die Finanzen nicht, wie sie immer dargestellt wurden und so ganz toll ist das nicht, wie wir jetzt da herauskommen werden. Das wird nicht einfach sein. Selbstverständlich darf eine Stadt vor allem wie Graz, die prosperierend ist, entwickelnd ist und Zukunft signalisieren soll, man kann ja jetzt nicht als zusammenbrechen lassen. Selbstverständlich nicht. Aber es ist heute auch schon gekommen, dass wir die Abschreibungen zu bewältigen haben. Die Abschreibungen sind nichts anderes, um den Vermögenserhalt zu garantieren. Das hat der Kollege Pointner schon sehr gut ausgeführt. Wenn man jetzt aber weiß, dass das in etwa 50 Mio. Euro beträgt im Jahr und wir aber bei der freien Finanzspitze schon im Minus sind, ja, das heißt, wir müssen Schulden aufnehmen, um Schulden zu tilgen. Also die Logik ist ja fantastisch und das ist tatsächlich nicht nachhaltig. Es wird jetzt nicht anders gehen, das ist richtig, aber diese Logik verwehrt mir, wo ich mir denke, das kann ja nicht ganz sein und dann kommen noch natürlich Preisexplosionen dazu, weil, der Kollege Riegler gerade die Infrastruktur anspricht, Preisexplosionen dazu, die keiner von uns in der Form beeinflussen kann. Selbstverständlich, die wir uns anschauen müssen, aber das wird nichts daran ändern, dass wir mit aller Kraft versuchen werden, dort, wo wir es als sinnvoll notwendig erachten und nicht Studien und Pläne und so für Disneyland-Projekte machen, sondern reale Pläne, die Menschen

auch tatsächlich etwas bringen auch in dieser Stadt und sie weiterbringen und ein gutes Leben bieten. Da werden wir selbstverständlich uns anstrengen und da, glaube ich, brauchen wir den gesamten Gemeinderat, alle Parteien dazu, hier gemeinsam die Kraftanstrengung an den Tag zu legen, um Graz letztendlich in eine gute Zukunft führen zu können, um Graz, wie Kollege Pointner angeführt hat, nachhaltig entwickeln zu können. Vielen Dank.

KO GR **Dreisiebner**:
Lieber Günter Riegler, du wirst verstehen, dass ich als Vertreter der grünen Fraktion einfach nicht ruhig sitzen bleiben kann und nicht unwidersprochen hinnehme, wenn du sagst, dass die Metro, die laut der MUM-Studie mit mehr als 3,3 Mrd. zu Buche schlagen würde, die nur im Jetzt bereits mit Straßenbahn erschlossenen oder geplanter Weise in der Zukunft erschlossenen Stadtgebiet verkehren würde auf zwei Linien, dass dafür man es verabsäumt habe, bei der Frau Gewessler, bei der Bundesministerin für Klimaschutz, Verkehr, etc. anzuklopfen. Da muss ich ganz offen sagen, du weißt genauso gut und sagen tue ich es, weil es nicht alle Menschen wissen, die hier sitzen, vielleicht, und wahrscheinlich und vor allem nicht alle Menschen, die zuhören, dass die Vorgaben für diese Förderung des Ausbaues des städtischen öffentlichen Verkehrs in Linz, in Salzburg, in Wien, aber selbstverständlich auch in Graz und in anderen Städten und in urbanen Räumen seitens der Ministerin und über Parlamentsbeschluss abgedeckt folgende sind: Es muss eine besondere, eine starke Regionalverkehrsauswirkung haben. Das heißt, es werden Investitionen unterstützt durch den Bund, die eine regionalverkehrliche Wirkung erzeugen. Das heißt, in irgendeiner Form den Zentralraum oder gute Teile des Zentralraumes Steiermark, Graz-Umgebung besser mit dem ÖV bedienen. Das tut eine S-Bahn, das tut eine Straßenbahn, deren S-Bahn-Knoten anknüpft, das tut aber eher nicht ein überaus kostenintensives Metroprojekt und deswegen ist die Aussicht oder davon zu reden, es gäbe eine Hoffnung, dass es für die Metro Bundesmittel gäbe, aus unserer Sicht zumindest nicht sehr, sehr seriös, Herr Kollege Riegler. Und nur, weil manche ein

Spielzeug haben wollen oder ein Lieblingsprojekt haben wollen. Das dürfen Sie ja haben, du darfst ein Fan der Metro sein, aber nur deswegen werden nicht das Land Steiermark, das hochverschuldet ist, deswegen werden nicht die Bundesregierung, die natürlich auch einen angestrengten Haushalt hat, die aufgrund der ganzen Krisensituationen in den letzten Jahren und wahrscheinlich auch in der nächsten Zeit nicht einfach so von alleine besser wird, werden nicht einfach springen und das finanzieren. Linz plant eine zweite S-Bahn-Achse. Dafür gibt es eine Zusage. Salzburg plant und baut die Verlängerung der Lokalbahn in die Innenstadt bis zum Mirabell-Platz, für alle die Salzburgfans sind, das sind wir doch alle, so wie wir auch Graz-Fans sind und dafür gibt es Geld vom Bund. Jetzt gibt es Geld vom Bund für Straßenbahnprojekte, wie etwa die Verbesserung auf der Linie 5, die Innenstadtentlastungsstrecke und die Südwestlinie laut Vorgesprächen, weil das S-Bahnknoten, weil das die Verbindung mit dem Regionalverkehr verbessert und nicht, weil ich einfach auf Ästen, wo ich städtisch unterwegs und vorwiegend städtisch unterwegs bin, ein anderes System aufsetze. Dazu kommt, ich kann den Straßenbahn- und S-Bahnausbau über eine längere Zeit hinweg so auch drosseln, dass ich es als Stadt derhebe, weil auch ein Straßenbahnausbau ist nicht billig. Auch gewisse sonstige Maßnahmen, um in den S-Bahnverkehr zu kommen, werden uns nicht ganz ohne Geldleistung zurücklassen, aber ich kann es über mehrere Jahre verteilen und darstellbar machen. Auch für die Landes- und Bundesebene. Eine Metro kann ich nicht nur drei Stationen bauen und dann warte ich fünf Jahre, und das ist der Denkfehler an dem, was du, lieber Günter, aber es sei dir unbenommen, du bist ein Fan der Metro, hier einfach so siehst. 3,3 Mio. Euro war die Annahme von ca. einem Jahr. Wir können davon ausgehen, dass diese Summen a. nicht halten und b. ein Drittel sogar, wenn sie halten, das heißt, 1 Mrd. von der Stadt Graz in einem sehr kurzen Zeitraum darzustellen ist und da sind andere Varianten, etwa ein kombinierter Straßenbahn- und S-Bahnausbau mit natürlich der Beteiligung von Bund und Land, ganz sicher die leichter darstellbaren und leichter, aber einzig realisierbaren, ich betone es, einzig realisierbaren Varianten. Aber diskutieren wir aber weiter über Lieblingsprojekte.

GR Dr. **Piffl-Percevic**:

Bürgermeisterin, Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Es erweist sich so quasi jetzt schon als Vorspann zu der abzusehenden Budgetdebatte, dass auch Rechnungsabschlüsse ganz wichtige Anlässe sind, um auf die wahren Anliegen unserer Stadt, unser Bürgerinnen und Bürger natürlich zu sprechen zu kommen. Das Budget ist in Zahlen gegossenes politisches Programm und über so eines sprechen wir. Der Stadtrat Riegler hat, weil Karl Dreisiebner, du hast dich jetzt ganz speziell, Gott sei Dank, und ich freue mich mit dem ÖV und S-Bahn, und die Worte in den Mund genommen. Wir hatten im Jahr 2016, Georg Topf, du hast damals den Masterplan ÖV, ich möchte jetzt niemanden schlechtmachen, aber in diesem Plan ist das Wort S-Bahn in einem einzigen Klammerausdruck unter ferner liefen, der Nahverkehrsknoten Gösting aber als System, als vorhandenes ÖV-System überhaupt nicht vorgekommen und wir sind in Wirklich auch noch nicht viel weitergekommen. Während des Wahlkampfes war ich bei einer Umweltpreisverleihung, die durch die Frau Bundesministerin Gewessler am Mariahilfer Platz stattgefunden hat. Dort wurden Projekte, besonders Green Projects, aus dem Baubereich und überall ausgezeichnet. Ich habe Grüß Gott gesagt, nicht unhöflich, und sagte, wahrscheinlich wird jetzt die Stadt bald einmal mit Ihnen an einem Tisch sitzen. Da sagt sie, wozu? Dann sage ich, naja wegen der Neugestaltung des Nahverkehrs. Da schaut sie mich noch einmal fragend an. Sage ich naja, und sie sagt, ihr habt euch ja noch nicht geeinigt. Sage ich nein, aber wenigstens besteht eine Einigkeit, dass, wenn von einer S-Bahn im Osten von Graz die Rede ist und da haben sehr viele, alle Fraktionen, dass wir unter die Erde müssen. Sagt sie, nein. Ich habe das als Verrat von einigen ansonsten als Mitkämpfer für die Sache Tätigen empfunden. Wie will man eine S-Bahn im Osten von Graz realisieren? Oberirdisch? Am Geidorfgürtel oder wo? Man kann darüber nur reden, wenn man sich committet, dass man unter die Erde muss. Ich habe das, und das möchte ich zum Anlass nehmen, wirklich als falsches Spiel, als einen Verrat an den legitimen, zukünftigen Dimensionen von Graz gesehen. Denn wir sind es der Bevölkerung schuldig, auch die Zukunft zu eröffnen. Wir haben seit 2002, in den letzten 20 Jahren, 75.000 zusätzliche Menschen in unserer Stadt aufnehmen können,

ohne irgendwo Ghettos zu haben. Da kann man gar nicht hinfahren, das ist uns nicht gelungen. Wir haben sie, und es gibt Armut, keine Frage, aber menschenwürdig in unserer Stadt aufnehmen können. Wir können sie teilhaben lassen plus-minus an dem Standard, den wir haben. Und wir sehen, dass das nur zunehmend möglich ist, weil wir zwei Straßenbahnlinien neu in Siedlungsgebiete gegeben haben. Wir haben, der Stadtrat hat gesagt, 1 Mrd. in den letzten Jahren für den ÖV-Abgang und allein 500 Mio. Euro investiert in den ÖV. Sagen Sie mir jetzt nur zu dem Thema noch, wo hätten wir den sparen sollen? Wir haben sehr viel machen müssen, dass diese 75.000 Leute, nochmals, ohne Ghetto bei uns Aufnahme gefunden haben. Nennen Sie ein Projekt, das wir die Planungskosten, ich kehre das nicht unter den Tisch, für den Plabutsch, ja, ein paar hundert Tausend, aber vielleicht auch ein bisschen mehr. Aber das sind doch nicht die Punkte. Wo können wir einsparen? Nennen Sie das. Wir haben in den Schulbau allein 130 Mio. Euro investiert. Gemeinsam, ich danke, dass alle mitgestimmt haben, weil wir zusätzliche Schüler hier hatten. Sagen Sie uns, wo wir hätten sparen können? Komme zum Schluss. Die Kosten von 3 Mrd. für eine Metro, das war ein Vorschlag, über den wir eingeladen wurden zu diskutieren. Zu dieser Diskussion ist es bis heute nicht gekommen. Jedenfalls im letzten halben Jahr, wo Sie bereits gewählt waren, nicht, ich spreche die Koalition an, ich mahne diese Diskussion ein. In all diesen Zukunftsbereichen, Raumordnung inklusive. Morgen haben wir ja die erste von uns eingeforderte Sitzung, dringlicher Antrag von Georg Topf zur Stadtentwicklung. Wir werden auch dort darüber reden müssen. Nochmals, die drei Milliarden, die als Killerargument jetzt wieder ins Treffen, die werden finanzwirksam frühestens, ein Teil davon ab 2030 frühestens. Wir schneiden uns durch solche Überlegungen von der Zukunft ab. Nehmen wir uns die Zeit, über die Dinge offen zu diskutieren. Danke, Frau Bürgermeisterin.

Bgm.in **Kahr**:

Danke, lieber Herr Gemeinderat Piffl-Percevic. Ich möchte nur bitten, ich tue es ungern, weil natürlich sollte man Argumente immer ausführen lassen, aber es gilt

insgesamt für alle, es überziehen die meisten, bitte schauen auf die Redezeit. Ich möchte ungern mit einer Glocke einen Redebeitrag unterbrechen und es gilt wirklich für alle.

GR Mag. **Pointner**:
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, ich halte mich hier sehr kurz. Meine Wortmeldung beinhaltet eine Richtigstellung. Der werte Herr Stadtrat Riegler sitzt ja hier als Zwitterwesen, also als Kulturstadtrat, der zuhören sollte, wenn man sagt und als ehemaliger Finanzstadtrat. Ich appelliere zuerst einmal an den Kulturstadtrat, der besser zuhören soll, weil ich von Phasen der Hochkonjunktur gesprochen habe und habe nicht eine Austeritätspolitik in Krisen vertreten, die Sie uns Neos hier unterstellen. Einfach gesagt für alle, spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Sie haben in der Zeit nicht gespart, wo es möglich war und da brauchen Sie mir nicht mehr widersprechen und wieder verdrehen, wie Sie es vorher gemacht haben. Danke vielmals.

KO GR Mag. **Pascuttini**:
Hoher Gemeinderat, liebe Kollegen. Ich darf zum Abschluss der Debatte auch noch kurz meine Sicht der Dinge darstellen. Als junger Mensch, der in der Vergangenheit keine Verantwortung getragen hat, darf ich ein bisschen einen Ausblick in die Zukunft geben. Und der Kollege Pointner, beginnend bei Ihnen, Sie sprechen von der Hochkonjunktur, die ist schon seit 20, 30 Jahren vorbei. Das muss man auch dazusagen. Die Hochkonjunktur, von der Sie reden, wir haben da schon seit vielen, vielen Jahren mit Problemen zu kämpfen. Also ihr Modell, spare in der Zeit der Hochkonjunktur, dann hast du in der Not, das ist nicht ganz das probate Mittel, weil wir die Hochkonjunktur nicht hatten und wir werden sie auch in den nächsten Jahren nicht haben. Auch u.a. wegen der Forderungen Ihrer Partei, die jetzt sagt, wir müssen von heute auf morgen aus dem russischen Gas aussteigen. Koste was es wolle, ohne

Alternativen zu haben. Weil die Alternativen, die Sie heranführen, die kosten das Drei-, Vier- und Fünffache. Das zeigen Sie mir dann, wo Sie dann noch sparen, wenn die Hochkonjunktur kommt, wenn das Gas das Fünffache kostet. Diese Rechnung, die geht nicht auf. Und zum Kollegen Dreisiebner: Mich freut mich immer, wenn jemand die S-Bahn da heraußen fordert oder den Ausbau unterstützt. Weil, wir haben im Februar eine Anfragebeantwortung Ihrer Kollegin gehört, wo Sie gesagt hat, der S-Bahn-Ring ist gestorben. Das war auch so ein Prestigeprojekt, das Sie gefordert haben. Der-S-Bahn-Ring ist tot, der kommt nicht. Und jetzt haben Sie heute wieder die S-Bahn gefordert. Das ist auch so ein bisschen hin und her. Der Kollege Riegler hat richtig eingeworfen, das Stadion war auch von der SPÖ jahrelang das Prestigeprojekt. Kommt jetzt auch nicht. Also, da immer nur der ehemaligen Regierung Prestigeprojekte vorzuwerfen, das ist nicht ganz fair. Man müsste sich wirklich einmal überlegen, was es bedeutet, wenn man immer nur auf Schulden setzt und auch da, wenn halt der Kollege Ehmann durchaus vernünftige Worte gefunden hat, es waren schon Ihre schwarz-roten Bundesregierungen, Landesregierungen, die dieses Land in diese Problematik der Verschuldung geführt haben. Das muss man schon sagen. Das war über viele, viele, viele Jahre. Herr Kollege, das stimmt halt nicht ganz, weil auch unter dem Herrn Bürgermeister Stingl hat es da schon einen enormen Schuldenstand gegeben. Und wenn man immer wieder nach Wien schaut, wie hat den Wien dieses Verkehrsnetz gebaut? Durch Schulden und durch Finanzierung durch das gesamte Land. Also aus meiner Sicht ist es immer ein bisschen vermessen, wenn man sich da herstellt und sagt, ja die letzte Regierung hat alles schlecht gemacht und deswegen ist jetzt die Zukunft in Gefahr. Ich denke mir, und das würde ich mir wünschen, dass man vielleicht kleinere Schritte geht. Das man sagt, gut ok, dort, wo wir bereits realisierbare Pläne haben und das seit 30, 40 Jahren, dann machen wir doch einmal den S-Bahn-Knoten Gösting. Dann hätten wir etwas, wo wir alle dabei sind und dann haben wir etwas umgesetzt. Wir können das abhaken. Ist natürlich kein S-Bahn-Ring. Kann man nicht toll bewerben oder zumindest ein anderes Beispiel. Man gibt Sturm eben die Millionen und wenn es ein bisschen mehr sind, dann sind es halt elf statt acht wegen der Teuerung und sagt es nicht wieder ganz ab. Das wäre ein fairer Zugang. Aber natürlich

das kann man in einem Wahlkampf nicht so verwenden. Weil der Kollege Ehmann hat ja gesagt zwei Stadien, GAK, Sturm. Das wird nach Wiener Vorbild eine tolle Sache. Das kann man eben wahrscheinlich nicht umsetzen. Aber, ich denke, peu a peu kann man die Sachen schon realisieren. Und nicht immer auf Kosten der Jugend. Weil ich sehe da sehr, sehr viele Mandatare. Ich sag unter 40, die das noch mitbekommen werden, wie sich Österreich aber auch Europa durch die verfehlte Wirtschaftspolitik der letzten 20, 30 Jahre in den Abgrund manövriert und da darf ich jetzt zum Abschluss sogar ein Interview zitieren von einem Roten. Das war ganz vernünftig vom ehemaligen Bundeskanzler Christian Kern, der wirklich gesagt hat, wir werden Wohlstandsverluste hinnehmen müssen. Weil jetzt ist er aus der Regierung draußen, jetzt kann er einmal auch die Wahrheit sagen. Wir werden Wohlstandsverluste hinnehmen müssen. Die Kollegin Wutte zuckt schon mit den Schultern, mir wurscht, meine Wähler, die in Mariatrost und in Waltendorf, die betrifft es nicht. Aber die Wähler, die ich zu vertreten gedenke, die betrifft das sehr wohl, wenn es dann um Punkte geht, wo man sagt, die Inflation liegt bei sechs, sieben Prozent. Das muss man halt hinnehmen. Ich finde, das muss man nicht hinnehmen, und eines zum Abschluss noch dazu, eigentlich zwei Punkte. Zum einen die Inflation ist ja nicht nur schädlich, aber sie schadet nicht nur allen, sie nützt ja auch jemandem. Weil wir heute schon so viel von Schulden gesprochen haben. Die Schuldenproblematik, die lässt sich über die Inflation sehr schön lösen und deswegen wartet man ja auch zu. Man versucht nicht sofort auf europäischer Bühne, dagegenzuarbeiten, sondern wartet zu, wartet auch mit den Zinsanhebungen zu, um sicherzustellen, dass dieses ganze Pulverfass Euro nicht in die Luft geht. Die Staaten sind hochverschuldet. Fahren wir jetzt mit den Zinsen rauf, geht uns Italien pleite, geht uns Frankreich pleite etc., Griechenland. Das will man verhindern. Deswegen soll der kleine Mann, die kleine Frau da draußen einmal kräftig die Inflation spüren und die Staaten sanieren. Und die letzten 15 Sekunden darf ich noch der kalten Progression widmen, die jetzt diese ganzen netten Dinge, die Sie da fordern, alle wieder auffressen wird. Dann kriegen die Leute halt vier, fünf Prozent mehr, wie es bei der Post war, weil die kalte Progression frisst ihnen wieder alles weg.

Das sind die Probleme, die Ihre Parteien da alle auch mitzuverantworten haben aus der Vergangenheit heraus. Eine Zukunftspolitik für junge Menschen ist es nicht.

Der Antrag (TO3) wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag (TO3a) wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Mag. Dr. Kozina

8.32 Stk. 8)	**A10/BD–055278/2017/11 A8–141818/2021-10**	**Innenstadtentlastung, Projektgenehmigung Straßenbahn über 37,635 Mio. Euro für den Zeitraum 2022 – 2026, Projektgenehmigung Kanalsanierung über 2,426 Mio. Euro für den Zeitraum 2022 – 2025**

GR Mag. Dr. **Kozina**:

Sehr geehrte Damen und Herrn. Das Stück, das jetzt auf der Tagesordnung steht, passt sehr gut natürlich zu dem, das gerade diskutiert wurde. Es geht um den ÖV. Es geht um ein absolutes Schlüsselprojekt und es geht vor allem auch um ein Projekt, wo sich alle Experten und Expertinnen einig sind. Zu Beginn möchte ich einmal auch danke sagen an die Stadtbaudirektion, die dieses Projekt eben in den letzten Jahren vorangetrieben hat und eben so, wie es heute auch hier ist, zum Abschluss gebracht hat. Ich bin jetzt 35 und seit meiner Kindheit erlebe ich eigentlich, dass über diese Innenstadtentflechtung, Innenstadtentlastung diskutiert wird. Es sind verschiedene Varianten auf den Tisch gekommen. Es ist immer darum gegangen, dieses Nadelöhr in der Herrengasse, wo ja alle Straßenbahnen durchmüssen, eben zu entlasten. Und das ist natürlich jetzt auch notwendig, wenn wir die Straßenbahn weiter ausbauen wollen, wenn wir auch die Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem öffentlichen Verkehr verbessern wollen. Es sind deswegen in der Vorperiode 2017 und dann noch einmal

2020 entsprechende Planungen beauftragt worden und jetzt ist es eben so weit und wir haben eben den ehestmöglichen Zeitpunkt gesucht, um dieses Projekt auch endlich umzusetzen. Die Strecke, die da gewählt wurde, ist bekannt. Es soll über die Radetzkystraße, Neutorgasse über den Andreas-Hofer-Platz, die Tegetthoffbrücke und dann weiter durch die Belgiergasse und Vorbeckgasse bis zur Annenstraße gehen. Es sollte zwei Haltestellen in diesem Bereich geben, einmal in der Neutorgasse zwischen Kalchberggasse und Landhausgasse und einmal in der Belgiergasse dann zwischen Griesgasse und Defreggergasse. Im Sinne der Pyramide Fuß, Rad, ÖV, Auto, im Sinne dieser Hierarchie. Was uns auch sehr wichtig ist, dass entsprechende Begleitmaßnahmen hier gesetzt werden. Es gibt hier eine Umkehrung der Einbahn in der Schönaugasse, das ist verkehrstechnisch bedingt, aber es geht dann los in der Radetzkystraße, wo die Gehwege verbreitert werden und die Bäum auch erhalten werden, die dort stehen. Es gibt den Radetzkyspitz, wo es eine völlige Neugestaltung geben wird. Dort müssen auch einige Bäume weichen, aber da wird natürlich auch entsprechend nachgepflanzt. In der Neutorgasse selbst sollen ebenfalls die Gehsteige verbreitert werden, auch dort sollen die Bäume erhalten bleiben, und ab der Kaiserfeldgasse wird es auch dann auch einen Radweg geben, einen begleitenden. Dann kommt der Andreas-Hofer-Platz. Dort soll das unterirdische Stiegenhaus abgebrochen werden, auch dort soll ein Geh- und Radweg errichtet werden und ab dort soll dann auch beidseitig eben dieser Geh- und Radweg geführt werden über die Tegetthoffbrücke, die dann eben auch noch weiter saniert und ertüchtigt wird für die Straßenbahn. Der Radweg geht dann nordseitig bis zur Griesgasse, und in der Belgiergasse selbst wird es dann breitere Gehwege auf beiden Seiten geben und dann am Ende Vorbeckgasse, da ist eh nicht viel Gestaltungsspielraum, auch in der Annenstraße im unteren Abschnitt soll diese Rechtsabbiegespur umgebaut werden eben zu einem Mehrzweckstreifen und auch hier zu einem breiteren Gehweg. Insgesamt werden damit auch 78 KFZ-Stellplätze wegfallen. Aber ich habe es vorher schon erwähnt, dafür wird auch die Erreichbarkeit der Innenstadt deutlich verbessert. Gerade in dieser Region Innenstadt-West, in der Neutorgasse, in der Belgiergasse, wo ja auch viele Geschäftslokale heute leer stehen. Es wird da auch ein umfangreicheres

Verkehrskonzept geben eben zur Innenstadt-West. Es wurde ja bereits auch ein Auftrag gegeben und geplant ist, dass diese Umsetzung dann auch parallel zu diesem Projekt erfolgt. Dazu kommen noch verschiedene Gestaltungsmaßnahmen von Granitplatten über eine Möblierung, Brunnen am Radetzkyspitz. Natürlich auch weitere Bäume, Stauden, Gräser und auch eben die Neugestaltung der Tegetthoffbrücke. Also all das wird im Rahmen dieses Projektes erfolgen. Die eisenbahnrechtliche Genehmigung für dieses Projekt wurde bereits abgeschlossen eben im November 2021 und soll jetzt eben im Juni auch verhandelt werden. Also da ist dann die eisenbahnrechtliche Verhandlung geplant. Danach gibt es die Ausschreibungsplanung, die materienrechtlichen Bescheide, die Vergabeverfahren und letztlich auch die Gleislieferungen. All das soll noch dieses Jahr passieren, sodass dass dann nächstes Jahr tatsächlich auch der Baubeginn erfolgen kann. Geplant ist, 2023 dann vom Jakominiplatz bis zum Andreas-Hofer-Platz zu bauen, 2024 die Tegetthoffbrücke umzubauen und zu ertüchtigen und 2025 dann den restlichen Gleiskörper bis zur Annenstraße zu realisieren.
Ich darf daher den Antrag stellen im Namen des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung sowie für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien. Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz erteilt die Projektgenehmigung für das Ausbauvorhaben „Straßenbahn-Innenstadtentlastung“ in Höhe der Gesamtkosten von 37,539 Mio. Euro. Es ist hier aufgelistet dann, wie sich das über die Jahre verteilt. Die Finanzierung der zusätzlich notwendigen Mittel von 35,381 Mio. Euro erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.
2. Die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der Projektleitung des Gesamtprojektes

bevollmächtigt. Die Projektabwicklung erfolgt durch die Holding Graz Linien im Rahmen des Verkehrsfinanzierungsvertrages VFV 2.

3. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz erteilt die Projektgenehmigung für die parallel zum Ausbauvorhaben „Straßenbahn Innenstadtentlastung“ durchzuführende Sanierung der Kanalanlagen in Höhe von 2,426 Mio. Euro. Die Bedeckung erfolgt aus der bestehenden Kanalrücklage. Auch hier ist aufgelistet, wie die Jahresaufteilung erfolgen soll.
4. Daraus ergeben sich dann auch Änderungen im Finanzierungs- und Ergebnishaushalt. Auch hier ist eine Tabelle, die das aufzeigt, wie das passieren soll.

Ich darf Sie hier um ihre Diskussion und Zustimmung bitten zu diesem Stück.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz erteilt die Projektgenehmigung für das Ausbauvorhaben ‚Straßenbahn Innenstadtentlastung‘ in Höhe der Gesamtkosten von 37,539 Mio. Euro.*

Jahr	Gesamt	Stadt	Holding	Aufwandsersatz Stadt an Holding
bisherige Ausgaben (bis 31.12.2021)	1,592	0,172	1,661	-0,241
2022	1,119	0,069	1,223	-0,172
2023	10,656	0,752	11,530	-1,626
2024	9,633	1,680	9,259	-1,306
2025	12,085	1,581	12,229	-1,725
2026	2,355	1,755	0,699	-0,099
2027	0,099	0,099		
Summe:	37,539	6,108	36,600	-5,169

Die Finanzierung der zusätzlich notwendigen Mittel von 35,381 Mio. Euro erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über

Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

2. *Die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der Projektleitung des Gesamtprojektes bevollmächtigt. Die Projektabwicklung erfolgt durch die Holding Graz Linien im Rahmen des Verkehrsfinanzierungsvertrages VFV 2.*
3. *Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz erteilt die Projektgenehmigung für die parallel zum Ausbauvorhaben ‚Straßenbahn Innenstadtentlastung' durchzuführende Sanierung der Kanalanlagen in Höhe von 2,426 Mio. Euro. Die Bedeckung erfolgt aus der bestehenden Kanalrücklage. Die Jahresaufteilung beträgt:*

   2022: 0,194 Mio. €
   2023: 0,764 Mio. €
   2024: 0,061 Mio. €
   2025: 1,407 Mio. €

4. *Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 werden wie folgt geändert:*

Finanz-stelle	Fonds	Finanz-position	Haushalts-programm	Beschreibung des HHP	Deckungs-ring	FVA 2022	EVA 2022
220	651000	1.060000	12203340	Innenstadtentlastung	D.220334	-39.200	
180	651000	2.346000		Investitionsdarlehen		-39.200	
220	851000	1.060000	12203930	Kanalanlagen Innen-stadtentlastung	D.220393	+194.000	+194.000
Die Bedeckung der Auszahlungen auf Fonds 851000 im FVA von € 194.000 erfolgt über die bestehenden Zahlungsmittelreserven der Kanalrücklage.							

Bgm.in-Stv.in Mag.a **Schwentner**:

Danke für die Ausführungen, für die Berichterstattung. Ich würde gerne an dem ansetzen, wie wir in die Zukunft gehen jetzt, weil viel an der Geschichte dieser Innenstadtentlastungsstrecke ja schon dargestellt war. Wir haben es auch in der Kleinen Zeitung noch einmal lesen können. Offensichtlich wird da schon, da war ich null beteiligt, von über 20 Jahren ist die Rede, dass wir diese Diskussion haben über die Streckenentlastung der Herrengasse. Also freuen wir uns gemeinsam, dass es uns gelungen ist. Natürlich ist in der vorhergehenden Koalition sehr viel vorbereitet worden. Wir schließen daran an. Neu ist an dem Ganzen nicht nur die Entlastungsstrecke, sondern die Umstände, dass wir den gesamten öffentlichen Raum, der betroffen ist, auch mitdenken. Das heißt, die gleichzeitige Aufenthaltsqualität rundherum verbessern wollen. Was die Nebenstraßen anbelangt, was den Grünraum anbelangt, was Bäume, Schattenplätze, was Bänke anbelangt, Wasserspender, Wasser, das wir zukünftig brauchen, um auch städtisches Areal abzukühlen. All das haben wir in vielen weiteren Diskussionen jetzt in der Folge auf den Weg gebracht. Freuen wir uns. Ich möchte mich dem Dank anschließen an alle Abteilungen, die daran mitgearbeitet haben und da kommt ja auch noch viel in Planung und wird auch im Ausschuss, weil heute schon sehr oft sozusagen eingefordert wurde, die gemeinsame Debatte. Keine Sorge, wir bringen alles in die Ausschüsse und auch in die Unterausschüsse und diskutieren das dort gemeinsam gerne, wenn wir die Pläne fertig haben, weil ohne fertige Pläne ist es nicht so sinnvoll, die Dinge zu diskutieren. In diesem Zusammenhang möchte ich auch trotzdem die Debatte von vorher kurz einmal aufgreifen. Es war nie besonders sinnvoll, über U-Bahnen und sonstige Dinge zu diskutieren ohne einen Experten, die Expertise am Papier zu haben. In dem Zusammenhang war die Opposition damals, die das massiv eingefordert, dass sich Experten aus allen Fraktionen, darauf haben wir uns dann glücklicherweise geeinigt, Experten aus allen Fraktionen, Nominierte zusammensetzen und eine öffentliche Verkehrsstrategie entwickeln. Demnächst wird es soweit sein, dass wir die auch wieder gemeinsam diskutieren dürfen. Sie ist zu Recht eingefordert auch von uns und ich freue mich schon, wenn wir das in den Ausschüssen und in den Gremien, wird auch in

den Stadtsenat kommen, wie vereinbart, wie auch am Papier, dass es eine Stadtregierungssitzung dazu geben wird. Dort können wir uns dem ausgiebig widmen. Das nur vorweggenommen. Insgesamt freue ich mich wirklich über dieses Stück, dass wir das gemeinsam auf den Weg bringen, dass wir endlich eine Entlastung haben für die Innenstadt, nämlich in jeder Hinsicht, und deswegen komme ich auch zu dem Zusatzantrag, auf den ich kurz eingehen möchte, von der ÖVP. Natürlich machen wir uns Sorgen um den Grünraum, um die Bäume. Wie Sie wissen, ist der Naturschutzbeauftragte ja in der Abteilung Grünraum und Gewässer auch dort angesiedelt. Wir schauen uns jeden Baum genau an und da können Sie gewiss sein. Deswegen brauche ich nicht extra den Auftrag von Ihnen, sondern wir tun das in der Gesamtplanung, dass der Grünraum dort gesichert wird bzw. der Grünraumanteil erhöht werden soll in Zukunft. Die Wichtigkeit des Projektes betrifft, weil es im Zusatzantrag da auch gekommen ist, natürlich die Wirtschaft, aber auch die Anrainer:innen, auch da schauen wir uns jeden Parkplatz genau an, der weniger wird, die Auslastung dort; sind das Menschen, die nur parken in den Kurzparkzonen oder sind es Anrainer und Anrainerinnen? Die Gespräche werden in all diesen Gassen, die verkehrsberuhigt werden, geführt. Allen voran, war jetzt z.B., das hat jetzt nichts, mit der Innenstadtentlastung zu tun, aber die Gespräche am Bischofsplatz wurden mit den Anrainer:innen geführt, wurden mit der Wirtschaft geführt. Wir versuchen da, eine gemeinsame Lösung zu finden. Das wird auch in der Kaiserfeldgasse so passieren. Insgesamt wollen wir ja wohl alle gemeinsam die Aufenthaltsqualität verbessern, damit auch die Frequenz in der Innenstadt erhöhen und damit auch die Wirtschaft ankurbeln und damit in den Geschäften mehr Frequenz, mehr Menschen, die in die Geschäfte gehen, das ist in aller unser Interesse und deswegen kümmern wir uns natürlich darum. Niemand ist interessiert, dass die Innenstadt verwaist, vor allem nicht jene, die wie ich z.B. kein Auto haben und in kein Einkaufszentrum am Rand der Stadt fahren. In diesem Sinn freue ich mich, wenn wir gemeinsam diesen Weg gehen. Ich habe gestern vernommen, ich war wegen eines Begräbnisses nicht im Ausschuss, aber vernommen, dass das dort einstimmig abgestimmt wurde. Danke dafür und bringen

wir das doch gemeinsam, lassen wir die Vergangenheit ruhen, gemeinsam auf den Weg. Danke.

GR Mag. **Pointner**:
Mein Wagnersches Leitmotiv heute ist Nachhaltigkeit und deshalb möchte ich zwei Sachen zur Nachhaltigkeit hier sagen. Das eine ist etwas Beckmesserisch vielleicht, aber der Stadtrechnungshof hat einen Bericht im Rahmen der Vorhabenskontrolle zu dem Stück gemacht, der nicht erwähnt wurde und da gibt es insofern einen Verstoß gegen die Haushaltsordnung, dass zwar die Folgekosten ausgewiesen worden sind, aber entgegen dem Haushaltsordnungsgesetz der Haushaltsordnung Graz keine Lebenszykluskosten, und im Sinne der Nachhaltigkeit ist es eben wohl Gesetz in der Haushaltsordnung. Das sollte sein, ich komme auch einer Informationspflicht nach an die Kolleginnen und Kollegen für die Beschlussfassung. Das heißt natürlich nicht, dass der Beschluss jetzt nicht zu fassen ist. Wir unterstützen ihn selbstverständlich auch voll inhaltlich. Ich möchte auch wirklich selbst auch darauf hinweisen, obwohl ich noch nicht dabei war, das positive Fundament, dass das jetzt geschehen kann, liegt in Vorgängerstadtregierungen und dafür muss man sich auch bedanken und das muss man auch stehenlassen können. Und ich sehe das Ganze jetzt projektiver, auch schon wieder ein bisschen weiter und im Sinne der Nachhaltigkeit denken wir doch wirklich über eine umfassende, nachhaltige Innenstadtattraktivierung gleich weiter nach. Eine Innenstadtbegrünung usw., und ich verweise dann nur auf unser fantastisches Projekt einer Stadtallee und das ist ja ein Anfang dafür. Vielen Dank.

Bgm.in **Kahr**:
Da gibt es auch den Zusatzantrag, eingebracht?

CO GR[in] **Gmeinbauer**:

Sehr geschätzte Frau Bürgermeisterin, liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer:innen, Zuhörer:innen am Livestream. Im möchte mich vorweg gleich bedanken bei dir, liebe Judith, für deine Zustimmung zu unserem Zusatzantrag, dem du nicht in dieser Form zustimmen wirst und deine Fraktion, das ist mir schon klar. Aber dennoch, dem, was wir hier aufgegriffen haben, auch schon deine Arbeitszustimmung gegeben hast. Das meine ich mit Zustimmung und ich darf auch aufgreifen, was mein Kollege Gemeinderat Pointner vorher gesagt hat und da möchte ich mich auch bei unserer Bürgermeisterin bedanken, die ja in der Vorperiode mit unserem Bürgermeister, Mag. Siegfried Nagl, dieses Projekt ins Laufen gebracht hat. Nämlich 2017 und 2020 wurden hier im Gemeinderat Beschlüsse für die Planungssicherheit dieses Großprojektes getroffen und von daher ein großes Dankeschön an die jetzige Regierung, dass sie dieses Projekt nicht abgesagt haben und wir da gemeinsam weiterarbeiten dürfen. Ich möchte auch, wenn es schon zugesichert wurde von dir, liebe Judith, bezüglich Bürgerbeteiligungsprozess bzw. für die Bewohner:innen und auch für die Wirtschaft und du weißt, dass das mir am Herzen liegt, auch für die Wirtschaft und wenn auch der Kollege Kozina gesagt hat, dass wir dafür sorgen, die Erreichbarkeit durch die Öffis in die Innenstadt, dass nicht jeder mit den Öffis kommen wird, wenn er unsere Stadtgrenze passiert. Da kann schon passieren, dass er mit dem Auto kommt, und auch für diese Besucherinnen und Besucher in der Innenstadt soll gewährleistet sein, dass sie in Zukunft auch ihr Platzerl finden in Form eines Parkplatzes. Und wenn wir jetzt hergehen, dass wir 78 Stellplätze jetzt dann zukünftig in diesem Bereich weniger haben. Wir haben zusätzlich 20 Parkplätze vom Bischofplatz weniger. Ich war auch in der Diskussion jetzt vorgestern für die Wirtschaftstreibenden. Wir haben 20 Parkplätze weniger vom Murkai, wo auch der Fahrradweg verbreitert wurde und in Zukunft soll ja auch die Kaiserfeldgasse eine verkehrsberuhigte Zone werden. Da werden auch Parkplätze fallen. Und wir verschließen uns diesen Projekten ja nicht, nur wir hätten gerne, dass trotzdem alle Verkehrsteilnehmer eingebunden sind und dass auch der, der dennoch nicht umsteigen kann, aus welchen Gründen auch immer, trotzdem die

Erreichbarkeit in die Innenstadt gewährleistet wird. Und wenn wir jetzt nur Parkplätze streichen und kein zusätzliches Parkangebot in Form von Hoch- oder Tiefgarage machen, und da würde ich wirklich eindringlich bitten, dass man in dieser Periode in diesem Bereich, wenn wir weiterhin unsere Innenstadt zur Fußgänger-, Radfahrer- und Öffi-Zone erklären, dass wir dennoch irgendwo, wo das dann irgendwann einmal aufhört diese Zone, auch eine Garage plant. Wir werden nicht auskommen darum, dass wir das auch mitbedenken und sei es eine Garage, die bestehend, die man ausbaut in die Höhe oder in die Tiefe. Aber da würde ich wirklich darum bitten, auch darüber laut im Verkehrsausschuss oder im Planungsausschuss darüber nachzudenken. Ich darf von daher jetzt meinen Zusatzantrag so salopp hier einbringen und nicht wiederholen. Ich bedanke mich für das Aufgreifen, auch wenn man jetzt keine große Mehrheit findet. Aber ich merke mir das, dass du es trotzdem aufgegriffen hast. Das Akustische ist wirklich komisch heute dann mit dem Ton. Man hört sich zweimal und dreimal selber. Dankeschön.

Originaltext des Zusatzantrages:

Dieses bereits unter Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl auf den Weg gebrachte Projekt ist für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt sowie Leistungsfähigkeit der Innenstadtwirtschaft von enormer Bedeutung.

Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass im Planungsgebiet Menschen wohnen, die bisher auf die Abstellflächen für ihre PKW entlang der Straßenzüge angewiesen sind, aber auch der PKW-Verkehr einen Frequenzbringer in die Innenstadt darstellt. Insofern ist im Sinne der Gleichrangigkeit aller Verkehrsteilnehmer auch in Zukunft auf ausreichende Abstellmöglichkeiten für PKW Bedacht zu nehmen ist.

Bei diesem so umfangreichen Projekt keinen Bürgerbeteiligungsprozess durchzuführen, entspricht weder dem partizipativen Grundkonsens noch dem ausgerufenen neuen Stil der Regierungskoalition.

Gerade die in der Radetzkystraße und Neutorgasse bestehenden Bäume sind durch die bevorstehenden Baumaßnahmen im Allgemeinen und durch die Oberleitungen im Besonderen betroffen. Insofern erscheint es erforderlich, ein Gutachten durch den Naturschutzbeauftragten der Stadt erstellen zu lassen.

Deshalb stelle namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat beauftragt Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.ª Judith Schwentner gemeinsam mit Herrn Finanzstadtrat Manfred Eber, im Einzugsbereich des gegenständlichen Planungsgebietes Ersatzflächenflächen für die 78 entfallenden PKW-Parkplätze, z.B. durch Tiefgaragen, zu prüfen, damit diese den Bewohner:innen und den Wirtschaftstreibenden weiterhin zur Verfügung stehen.

Der Gemeinderat beauftragt Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.ª Judith Schwentner, die vorgesehene Information der betroffenen Bewohner:innen und der im Planungsgebiet angesiedelten Wirtschaftsbetriebe im Hinblick auf die Wichtigkeit des Projekts und den Auswirkungen auf die Bevölkerung und Innenstadtwirtschaft bzw. den propagierten neuen Stil der Regierungskoalition auf einen Bürgerbeteiligungsprozess unter Einbindung der Vertreter der Sozialpartner auszudehnen.

Der Gemeinderat beauftragt Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.ª Judith Schwentner, ein Gutachten des Naturschutzbeauftragten der Stadt über den Schutz und die Erhaltung des durch den Bau der Gleisanlage und der erforderlichen Oberleitungen betroffenen Baumbestandes im Planungsgebiet erstellen zu lassen.

Bgm.in **Kahr**:
Ich habe eine Bitte. Herr Polz hat mich gebeten, alle jene die Berichterstatter vor allem bei diesen en bloc Abstimmungen, bitte die Stücke bei der Schriftleitung abgeben.

Vorsitzwechsel – Bgm.in-Stv.in Mag.a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.13 Uhr).

Bgm.in **Kahr**:
Das mache ich deshalb, weil ich mich für meine Fraktion melden darf. Ich habe mit dem Klub darüber diskutiert und es hat auch natürlich einen guten Grund, weil ich in der letzten Periode einerseits die Verkehrsstadträtin sein durfte, andererseits weil oft scherzhalber meine Fraktion sagt, dass ich schon so ein „alter Drache“ bin, dass ich das, von dem der Gemeinderat Kozina gesprochen hat, dass er 35 Jahre alt ist und ich, wie ich 1993 in den Gemeinderat gekommen bin, die eine Entlastungsstrecke immer wieder halt auch zum Thema war und ich dadurch auch die Bemühungen, egal wer gerade in der Stadtregierung war, halt auch gut gesehen habe, verstanden habe und es halt auch nicht immer so leicht ist. Und deshalb möchte mich heute da wirklich bedanken eigentlich für diese guten Wortmeldungen von allen bisher, die letztendlich eines zum Ziel gehabt haben, dass man beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs weiterkommen muss und dass da eigentlich de facto, wenn ich das so sagen darf, parteipolitisches Kalkül überhaupt keinen Platz hat. Man kann über Führungen, man kann über Linien, wie und diskutieren. Aber immer, wenn es darum geht, für unsere Bevölkerung, dass sie gut nach Hause kommen, dass sie gut in ihre Ausbildungsstätten kommen, kann man gar nicht umhin, außer den öffentlichen Verkehr zu unterstützen. Ob das jetzt mit Bussen oder schienengebundenem Verkehr oder eben über unsere Stadtgrenzen hinaus mit guten S-Bahn-Systemen ist. Und das habe ich heute schon herausgehört und deswegen bin ich da auch optimistisch, dass es, unabhängig von auch sonstigen unterschiedlichen Positionen, diese Richtung unterstützt wird. Und ich kann für meine Fraktion so sagen, dass wir, egal welcher Stadtrat da war, wir jedes

Projekt unterstützt haben und selbstverständlich auch gerne diese Innenstadtentflechtung, da war ja vorher eine andere Debatte und ich möchte mich da wirklich, da ich das selber gesehen habe in den fünf Jahren, wie viel Zeit, wie viel Arbeit da dahintersteckt, wie viele hunderte Stunden an Überlegungen mit unterschiedlichsten Vertreter:innen. Da bin ich einerseits sehr dankbar, dass die Judith und die Finanzdirektion, Frau Kollegin Schwentner, das Stück nicht nur eingebracht hat, sondern dass die Finanzierung auch gesichert ist. Das ist ja meistens unser größtes Problem, dass man dort oder da natürlich uns einig sind über den Verkehr, wie er sein soll, aber dann das Geld nicht dafür haben, da müssen wir gemeinsam, das wird gar nicht anders gehen und selbstverständliche werde ich meinen Beitrag leisten hier, dass wir weiterkommen. Weil anders geht es gar nicht. Großes Danke noch einmal an alle Abteilungen, wirklich insbesondere die Verkehrsplanung, insbesondere die Stadtbaudirektion. Jeder weiß, wer da dahintersteckt und auch von meiner Seite freue ich mich, dass dieses Stück heute so beschlossen wird. Durchaus auch mit den Intentionen, die Kollegin Dani Gmeinbauer gesagt hat.

Vorsitzwechsel – Bgm.in Kahr übernimmt den Vorsitz (15.16 Uhr).

GR Ing. **Lohr**:
Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer. Auch aus unserer Sicht ein gutes Projekt Innenstadtentlastung. Es sind ja alle Parteien dafür, und das hat ja eine lange Geschichte. Auch ich möchte jetzt nicht wieder das Rad zurückdrehen. Nach dem Motto, wer hat es erfunden, hat es schon lustige Debatten in den sozialen Medien gegeben. Es ist auch eine Kapazitätserweiterung. Es ist eine Entlastung. Wir wissen um die unsäglichen Demonstrationen in der Herrengasse, wo da eben das Öffi-System zum Erliegen kommt. Aber, und da schließe ich gerne gleich beim Zusatzantrag an, anders als wie für die Grünen steht für uns das Auto natürlich nicht an letzter Stelle. Es gibt dort Interessen, es gibt Anrainer, junge Familien. Ich höre dann immer die Zahl. Es gibt

ja 400 Tiefgaragenplätze. Da muss man sich auch die Tarife dafür anschauen. Nicht jeder kann sich das leisten, da muss sich dann auch die Stadt Graz wieder Unterstützungen überlegen, wie können wir das Auto dort auch leistbar abstellbar machen. Es gibt ältere Personen, körperliche Beeinträchtigte, auch die können nicht immer auf das Auto verzichten. Wir haben auch gehört, es ist ja nicht nur der eine Platz, es waren ja auch die anderen Plätze, die heute schon angesprochen wurden, wo Parkplätze verloren gehen. Ich sage das auch gleich, weil es heute auch ein Stück ist. Auch bei der Gleissanierung Körösistraße werden ebenso wieder Parkplätze verschwinden. Daher auch unsere Unterstützung des Zusatzantrages. Es muss hier Kompensationen geben, andere Garagen, andere Möglichkeiten, aber zu bezahlbaren Preisen. Die Bäume waren auch Thema, verhehlen wir auch nicht, auch für die Freiheitlichen ein wichtiges Thema, kann man noch einmal an die Vizebürgermeisterin appellieren, auch hier um mehr Bäume zu kämpfen. Das verhehlen wir nicht, dass wir das auch gerne hätten. Das heißt, Zustimmung zu dem Stück und wir werden das beobachten, dass dann auch die Garagen endlich auch in Gang kommen und zur Kompensation der Verluste der Parkplätze hier endlich die Kompensation stattfindet.

GR Mag. Dr. **Kozina**:
Vielleicht, weil immer diese Beispiele dann kommen, wer jetzt betroffen ist von den Parkplätzen. Es gibt natürlich Anrainer:innen, klar. Es gibt Ladetätigkeiten, die sollen möglich sein und es gibt auch Menschen mit körperlichen Einschränkungen. Auch für die soll es natürlich möglich sein, immer hinzufahren und auch eben dann in die Innenstadt z.B. gut mit dem Auto zu kommen. Das andere sind aber Menschen, die eigentlich auch den öffentlichen Verkehr verwenden könnten, die auch mit dem Fahrrad fahren könnten, die auch zu Fuß gehen könnten und da muss man dann schon sagen, ok, denen muss man etwas anderes anbieten als Parkgaragen in der Innenstadt oder auch am Rande der Innenstadt. Da brauchen wir Park-&-Ride-Plätze, und zwar auch nicht am Stadtrand, sondern dann dort, wo sie wohnen in der Nähe. Sprich, wenn ich jetzt von der Nähe von Gleisdorf nach Graz fahre, dann sollte ich eigentlich zum

Bahnhof nach Gleisdorf fahren und von dort dann mit dem Bus oder mit dem Zug weiter nach Graz und das ist so die Richtung auch, in die wir auch gehen wollen. Also es geht darum, entlang der S-Bahn-Achsen, entlang der Regionalbusachsen Park-&-Ride-Plätze zu schaffen. Kleine dezentrale, dass die Leute dann eben nicht bis an die Stadtgrenze oder bis in die Stadt reinfahren. Es sei denn, jetzt sind wir wieder bei der Ladetätigkeit, sie haben wirklich große, schwere Transporte, ja, dann soll das auch weiterhin möglich sein. Das vielleicht noch abschließend dazu.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

Vorsitzwechsel – Bgm.in-Stv.in Mag.a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.20 Uhr).

Berichterstatter: GR Dr. Piffl-Percevic

8.33 Stk. 11) A10/5–094266/2019 Reininghauspark und Pavillon Neuerrichtung, Projekterweiterung um Teilumsetzung Grünachse Süd Abschnitt Kratkystraße bis Wetzelsdorfer Straße

GR Dr. **Piffl-Percevic**:

Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren. Wir haben von der Lebensqualität gesprochen vorhin, die wir auch für die zukünftigen Bewohner, natürlich für alle, die jetzt schon hier sind, verbessern und gewährleisten müssen. Es geht hier um den Reininghauspark. Es geht um die Grünachse aus dem Reininghauspark Richtung Süden. Wir haben diese Achse Domenico-dell'Allio-Allee, ein Kunstwerk per se. Aber es passt, wie Sie gleich sehen werden, diese Straßenbezeichnung wunderbar in das, was wir jetzt zunehmend realisieren. Das ist Teil des Projektes, über das ich berichten darf. Es

ist die Grünachse, die zwischen Reininghauspark entlang der Domenico-dell'Allio-Allee/Jochen-Rindt-Platz bis zur Peter-Rosegger-Straße führt. Dort allein wird ein zwei Hektar zusammenhängender Grünraum mit dem Reininghauspark mit drei Hektar ein fünf Hektar großer Grünraum in diesem neuen Siedlungsgebiet Reininghaus gebildet und auch rechtlich damit langfristig abgesichert. Für die Bewohner, wir wissen, es sind die Prognosen zwischen acht-, neun- bis 14.000 Menschen können, sollen dort wohnen. Jetzt wohnen noch ganz wenige dort und die Arbeiten sind besser vorangeschritten, als wir gedacht haben. Es sind auch Einsparungen bei dem Projekt des Reininghausparks gelungen, weil mehr natürliche Bäume erhalten werden konnten als befürchtet. Der Park wird im Mai eröffnet werden können und Sie werden sich alle, können sich jetzt schon überzeugen über die Qualität dessen, was dort entstanden ist. Konkret geht es um einen weiteren Schritt in der Realisierung entlang der Domencio-dell'Allio-Allee im wohl finanziellen Volumen 250.000 Euro durch die Einsparungen finanzierbar. Es sollen dort Blühwiesenflächen und auch 30 Bäume gepflanzt werden, um auch den Anflug von Neophyten dort vorzubeugen, was dann erhebliche Mehrkosten erzeugen würde. Es ist also nochmals die Lebensqualität dort gut abgesichert und ich möchte mich bei der Grünraumabteilung, bei DI Wiener und bei seiner Mitarbeiterin, Frau DI Feuchter, sehr herzlich bedanken. Es ist aus einem Wettbewerb aus dem Jahr 2016 hervorgegangen und entwickelt sich wirklich prächtig. Vielen Dank. Ich ersuche Sie, diesem Stück Ihre Zustimmung zu geben.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *die Teilumsetzung der Grünachse Süd-Abschnitt Kratkystraße (südl. der Baustraßenquerung) bis Wetzelsdorfer Straße, inkl. aller dafür erforderlichen Planungen und Arbeiten (Anlegen von Blühwiesen, Baumpflanzungen) in der geschätzten Höhe von brutto 250.000 Euro. Dies erfolgt aus den*

beschlossenen Mitteln der PG „Reininghauspark und Pavillon Neuerrichtung“ (GZ A10/5-094266/2019).

2. *Die Abteilung für Grünraum und Gewässer wird im Rahmen Ihrer Funktion als Auftraggeber:in (anweisungsbefugte Stelle) die Projektleitung und die weiterführende Planung und Umsetzung der Grünachse wahrnehmen und bis Sommer 2022 umsetzen.*

Vorsitzwechsel – StR Mag. Krotzer übernimmt den Vorsitz (15.25 Uhr).

Bgm.in-Stv.in Mag.a **Schwentner**:
Ich möchte direkt mich dem Dank anschließen. Im Grunde ist alles gesagt von meinem Vorredner. Ich sehe das genauso. Das ist einfach eine wichtige Synergie, die sich ergeben hat durch die Einsparung aus dem vorhergehenden Projekt. Aus dem Park, der sich ja wunderschön entwickelt, und diese Achse jetzt gleich mitzuentwickeln aus den vorhandenen Geldern ist nicht nur schön für die künftigen Bewohner:innen und Anrainer:innen, sondern auch gut für den jetzt brachliegenden Raum, weil bevor sich eben Neophyten ansiedeln und die ganz schwer wieder rauszukriegen sind, ist es besser, man macht da gleich Blühwiesen. Da gibt es auch Vorbilder in Wien, wenn man in das Sonnwendviertel schaut, wie solche Achsen dann ausschauen, das ist ja etwas Wunderbares. Insofern schließe auch ich mich dem Dank an die Abteilung für Grünraum und Gewässer an. An alle Beteiligten, die das Projekt entwickeln und schön, dass das gelungen ist. Danke

Vorsitzwechsel – Bgm.in-Stv.in Mag.a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.28 Uhr).

GR **Sikora**:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung. Ich möchte mich auch zuerst dem Dank anschließen an die Abteilung Grünraum und alle, die an diesem Projekt mitgearbeitet haben. Auch ein Dankeschön an die Vorregierung, logischerweise. Das war wirklich ein jahrelanges Entwicklungsprojekt. Als Eggenberger muss ich fast etwas dazusagen. Weil der Reininghauspark mit seinen drei Hektar, es im Vergleich zum Grazer Stadtpark ist vielleicht nicht so groß mit drei Hektar, der Grazer Stadtpark hat auch 22 Hektar Größe, aber es ist trotzdem ganz ein wertvoller Beitrag, dort im Zentrum von dem neu entstehenden Stadtteil Reininghaus seinen Platz zu finden. Ganz kurz, damals die meisten Einwendungen, die es seinerzeit gegeben hat; wie wir diesen Plan präsentiert haben, waren ja die Befürchtungen, dass der Altbestand da in Mitleidenschaft gezogen wird. Dem ist ja nicht der Fall. Ganz im Gegenteil. Es sind die Altbestände erhalten worden. Es ist auch eine Erweiterung von zahlreichen Grünbepflanzungen im Gange. Auch muss man dazusagen, dass auch nicht nur der Zentralpark, sondern auch noch weitere Parks in der Umgebung entstehen und runter bis zur Peter-Rosegger-Straße eigentlich ein gesamtes Gefüge dann bilden, wenn dann alles fertig ist. Wir können es auch kaum erwarten auf die Vollendung und wir wünschen jetzt schon allen Bewohnern und Bewohnerinnen, dass sie dort Erholung finden, und nicht nur den Bewohnern und Bewohnerinnen des neuentstehenden Stadtteiles, sondern vielleicht auch anderen Bewohnern, die auch diesen Stadtteil dann besuchen und sich dort einfach wohlfühlen werden. Ich schließe meine Wortrede jetzt ab in der Hoffnung, dass auch die damals zahlreichen Enten und Schwäne vielleicht wieder ihre Heimat dort finden können und freue mich schon auf die Eröffnung. Danke vielmals.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GR^in^ Dr.^in^ Würz-Stalder

8.34 Stk. 12) A14–010148/2020/0052 **06.30.0 Bebauungsplan „Kopernikusgasse – Schörgelgasse – Brockmanngasse“ VI. Bez. KG Jakomini Beschluss**

GR^in^ Dr.^in^ **Würz-Stalder**:

Sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen live und im Livestream. Ich darf jetzt ein Stück vorstellen, das verhältnismäßig klein ist im Verhältnis zu den vorher vorgetragenen Stücken. Es handelt sich um einen Bebauungsplan in einem Gebiet, das eingekreist wird von der Schörgelgasse, der Kopernikusgasse und der Brockmanngasse. Es geht hier um ein Quartier oder ein Gebiet, dass eine Blockrandbebauung vorsieht. Es geht hier um eine Blockrandbebauung mit straßenbildender und straßenbegleitender Bebauung. Ein Innenhof ist noch nicht vollständig eingeschlossen in diesem Gebiet, denn es geht hier um eine Lücke, die eben an der Ecke Schörgelgasse, Kopernikusgasse sich auftut. Basis für diese Bebauungsplanung ist ein Vorentwurf von dem Architekturbüro Innocad. Dieser Entwurf sieht eine Betonung der Ecke vor, aber nicht so wie üblicherweise in einem Blockrand in einer durchgängigen Bebauung, sondern mit einem drauf-ständigen, zur Schörgelgasse draufständigen Dach und einer Giebelfrontausbildung zum Dietrichsteinplatz. Das erzeugt dadurch einen gestalterischen Akzent und schließt dann mit angrenzenden, aber in der Höhe differenzierten Bau- oder Gebäudeteilen an die anschließenden Gebäudeteile der Blockrandbebauung an und die differenziert damit oder nimmt sozusagen in der Blockrandbebauung üblichen Höhendifferenzierung eigentlich in den Entwurf dieses Stücks ein. Die ASVK hat genau diese Vorgangsweise als positiv bewertet, weil sie eigentlich eine spezielle Baukörperbildung dadurch erzielt. Nebst diesem sozusagen baukulturellen Aspekt werden aber im Rahmen dieses Bebauungsplans einige wichtige Aspekte integriert in diese Planung. Zum einen wird die sehr beengte Situation, Straßensituation, an der Ecke eben Schörgelgasse, Kopernikusgasse erweitert, und zwar für den

Fußwegeverkehr, also für den Fußweg. Es wird ein zwei Meter breiter Gehweg errichtet entlang dieser neuen Bebauung. Das ist auf Basis einer privatrechtlichen Vereinbarung mit der Eigentümerin. Es werden damit auch die sicherheitstechnisch bedenklichen Sichtbeziehungen gewährleistet und es wird sozusagen hier eben eine bessere Situation für die Fußgänger:innen erwirkt. Im Zuge der Bebauungsplanung wurde dann ein im Entwurf vorgesehener Vorsprung an der Grundstücksgrenze wieder reduziert zum Nachbargebäude, das heißt, es wird direkt an die Brandmauer im Südwesten angeschlossen. Das ist auch ein Vorteil oder ist der Wahrung der nachbarschaftlichen Aspekte hier geschuldet. Die vielen Einwendungen haben einen sehr guten Diskurs sozusagen dargestellt in dieser Bebauungsplanauflage und es wurden gewünscht Beschattungsstudien, weil die Sorge sehr groß war, dass die bauliche Errichtung hier zu Einschränkungen in der Belichtung führen. Dem wurde entsprochen, eigentlich eine Sache, die man übernehmen sollte für sämtliche Bebauungsplanstudien in diesem Zusammenhang. Es ist von großem Vorteil und es wurde damit überprüft die Planung und konnte eigentlich entkräftet werden. Im Gesamten ist hier ein sehr konkreter und genauer Bauungsplan entstanden, der die baukulturelle Qualität in der Planung erhalten soll. Ich komme dann eigentlich schon zum Ende und möchte im Namen des Ausschusses für Verkehrs-, Stadt- und Grünraumplanung gemäß § 63 Abs 2 Steiermärkisches Raumordnungsgesetzes 2010 den

Antrag

stellen, dass der Gemeinderat beschließen wolle den
06.30.0 Bebauungsplan „Kopernikusgasse – Schörgelgasse – Brockmanngasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und die Einwendungserledigungen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *den 06.30.0 Bebauungsplan „Kopernikusgasse – Schörgelgasse – Brockmanngasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
2. *die Einwendungserledigungen.*

GR DI **Topf**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, werte Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream. Fachlich ist alles gesagt worden. Der Vortrag in klarer Weise alles umfassend, auch die Einwendungen. Ich habe nur eine Bitte anzusprechen. Wir haben gute Tradition, dass insbesondere bei den Bebauungsplänen, sei es beim Beschluss oder bei der Auflage, die Bezirksvertretungen eingeladen werden. Das ist schon längere Zeit eine gute Gepflogenheit. Die Stadtbaudirektion macht das auch immer rechtzeitig und ich würde wirklich die Fraktionen ersuchen, die jetzt die Bezirksvorsteher:innen stellen, dass sie auch sozusagen Sorge dafür tragen, dass die Bezirksvertretungen bei diesen Vorstellungen der Bebauungspläne auch in den Planungsausschuss kommen oder zumindest eine Vertretung schicken. Das ist mir gestern abgegangen bei beiden Bebauungsplänen, die zur Beschlussfassung waren. Nämlich der Bezirksvorsteher von Jakomini und die Frau Bezirksvorsteherin von Mariatrost sind leider nicht gekommen und das wäre schon sehr gut gewesen, wenn man auch sozusagen die Reflexion aus den Bezirken gehabt hätte. Weil die Einwendungen, die ja zum Teil auch in den Bezirksräten diskutiert werden, wäre ganz gut, wenn man das auch sozusagen im Ausschuss entsprechend dann würdigen könnte. Also bitte die Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher wieder sozusagen zu animieren, wenn es zeitlich möglich ist, zu diesen Ausschüssen zu kommen. Zumindest dafür Sorge zu tragen, dass Vertretungen kommen. Das wäre ein Anliegen, weil wir auch über Bezirkseinbindungen immer

wieder diskutieren. Das ist ein wesentlicher Punkt, was die Bebauungspläne betrifft, weil natürlicherweise bei den Vorstellungen auch die entsprechenden Wünsche an die Bezirksvertretungen herangetragen werden. Ich bitte um Rücksichtnahme auf diesen Wunsch, den ich jetzt explizit auch aus Planungssprecher hier anbringen möchte. Danke.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Lenartitsch

8.35 Stk. 13) A14–013033/2020/0021 **11.12.0 Bebauungsplan Mariatroster Straße 132 XI. Bez. KG 63127 Wenisbuch Beschluss**

GR **Lenartitsch**:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Stadtsenatsmitglieder, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause. Es geht um den Bebauungsplan Mariatroster Straße 132 in KG Wenisbuch. Bei dieser Örtlichkeit handelt es sich um den Straßenverlauf, der geht nach rechts. Es ist eine relativ unübersichtliche Straßenstelle und dort möchte eben jemand so quasi etwas anderes aus seinem Grundstück machen. Bei der Auflage, bei diesem Bebauungsplan, gab es natürlich auch Einwendungen und denen wurde auch stattgegeben bzw. gewisse Veränderungen vorgezogen. Es geht hier darum, dass im Außenbereich im Straßenverlauf Gehsteige und Begrünungen durchgeführt werden, damit eben auf beiden Seiten dort auch ein sicheres Vorankommen für eventuell Schüler oder Schülerinnen, die dort in der angrenzenden Schule ihren Unterricht haben, dass sie sicherer dorthin kommen und im hinteren Bereich ebenfalls ein Radweg bzw. genügend Auslauffläche gestaltet werden. Es gab ein bisschen Einwendungen

bezüglich des Wildwechsels, der dort vielleicht noch in diesem kleinen Wäldchen vonstatten geht. Das wurde nicht so gesehen, weil nämlich auf der rechten Seite dieses Grundstückes dann eine größere Fläche frei bleibt und eben auch von den hier genannten Grundstücken auf der anderen Straßenseite ebenfalls alle Grundstücke bebaut sind und der Wildwechsel dort auch nicht stattfinden würde. Somit ist auch das entkräftet worden. Ich möchte einfach nur diesen Bebauungsplan zur Beschlussfassung bringen oder zumindest vortragen.

Der Gemeinderat wolle bitte beschließen

1. den 11.12.0 Bebauungsplan Mariatroster Straße 132, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen

Dankeschön.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *den 11.12.0 Bebauungsplan „Mariatroster Straße 132", bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
2. *die Einwendungserledigungen.*

GR **Sikora**:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung. Danke für die Berichterstattung im Vorhinein. Anzumerken möchte ich noch ganz kurz, gestern im Ausschuss haben wir das Stück intensivst diskutiert und wir haben sehr kritisch angemerkt, dass generell die Mariatroster Straße jetzt schon sehr belastet ist vor allem mit dem Einzugsverkehr, der Richtung Weiz kommend ist. Wir haben auch

dort das Problem, dass wir teils bebauungsplanpflichtiges Gebiet haben, teils auch nicht bebauungsplanpflichtiges Gebiet, das heißt, wir haben schon bis zur Heinrichstraße rein eigentlich ein extremes Bauaufkommen und die Belastung nimmt zu. Wir haben nur deshalb dafür gestimmt, also ich hätte gestern dann beinahe dagegen gestimmt, aber wir haben dann doch dafür gestimmt, aber nur deswegen, weil die Einwendungen, glaube ich, so wie du das richtig auch dann jetzt vorgetragen hast, die Einwendungen auch relativ gut erledigt worden sind. Was nicht nur den Wildwechsel oder auch andere Gegebenheiten anbelangt, sondern was z.B. auch die Verbreiterung des Radweges und die Erreichbarkeit der Öffis dort anbelangt. Wir werden aber trotzdem weiterhin, vor allem was so neuralgische Gebieten wir dem Grazer Stadtraum anbelangt, sehr kritisch dem gegenüberstehen und uns durchaus nicht scheuen, gewisse Bebauungspläne in Zukunft auch abzulehnen. Danke vielmals.

GR Ing. **Lohr**:
Sehr geehrte Damen und Herrn. Auch ich danke einmal dem Berichterstatter für das Vorlegen des Bebauungsplanes. Ja, Mariatrost hat sich in den letzten Jahren wirklich verändert. Es werden immer mehr Grundstücke zugebaut. Es werden die letzten grünen Wiesen verschwinden. Es war auch immer ein Thema für unsere Bezirkspartei. Speziell in diesem Bezirk haben wir auch im Wahlkampf die Bebauung massiv kritisiert, kommt dann zu kuriosen Situationen. Es haben die Grünen in Mariatrost eine Einwendung gemacht, die KPÖ in Mariatrost hat eine Einwendung gemacht. Werden wir dann sehen, wie die Kollegen abstimmen. Der Kollege Sikora hat ja schon erwähnt, er hätte nicht zugestimmt. Hat aber dann doch zugestimmt, also ist ein bisschen eine Verwirrungstaktik. Jedenfalls teilen wir die Sorgen, die da die KPÖ und die Grünen in den Bezirk eingebracht haben. Wir sehen das auch so. Es ist hier ein wichtiges Wiesengrundstück, das eben dem Wildwechsel dient. Es ist eine Waldbrücke. Wir stellen auch die Tierschutzstadträtin, daher ein wichtiges Anliegen unsererseits. Es hat auch die Soko Altstadt eine Einwendung gemacht. Da gibt es eine Villa, die aus ihrer

Sicht mehr schützenswert ist. Auch das kommt in dem Bebauungsplan nicht vor. Daher lehnen wir ihn ab.

GR[in] Dr.[in] **Würz-Stalder**:
Ich möchte hier auch anmerken, dass natürlich wir uns klar sind, dass diese Verbauungen gerade an der Mariatroster Straße in der Vergangenheit nicht immer glückliche Auswirkung auf den Siedlungsraum, auf die Straßenperspektive genommen hat. Aber in diesem Fall muss man dazusagen, dass eigentlich alle Aspekte mehr oder weniger einer Verbesserung hinsichtlich der Bebauung berücksichtigt worden sind. Man hat auch Maßnahmen sozusagen vereinbart. Es gab auch hier ja ein Projekt im Vorfeld. Also hier wurde z.B. das Thema der Laubengänge insofern aufgenommen und auch quasi bearbeitet, dass hier eine normale Lochfassade zum Straßenraum hin abschließen wird das Gebäude und sogar mit einem Öffnungsanteil von 40 bis 50 %. Das heißt, wir haben darauf geachtet, dass hier nicht einfach eine Rückseite entsteht, was das Problem vielfach in der Mariatroster Straße ist, dass wir dauernd mit Rückseiten zu tun haben, weil man sich von dieser stark befahrenen Straße abwendet. Wir haben hier den Konflikt einerseits, dass es ist ein ganz wichtiger Verkehrsweg ist, aber gleichzeitig auch parallel dazu führt die Straßenbahn. Dieser ganze Bereich in diesem Tal quasi eigentlich ein siedlungstechnisch zu bevorzugender Bereich ist, also das gehört auch verdichtet, weil sonst würde die ganze Straßenbahnführung etc. nicht Sinn machen. Das heißt, man kann sich hier an dieser Stelle einer Bebauung schwer entgegensetzen. Es ist einfach ein Bereich, der bevorzugt ist, stadtplanerisch gut erschlossen ist und deshalb auch bebaut werden sollte und muss. Wir haben aber im Zuge der Bearbeitung darauf geachtet, dass der Fußgängerweg verbreitert wird entlang der Straße. Es ist hier im angrenzenden Bereich ein Schulgebäude. Wir haben darauf geachtet, dass die Baumpflanzungen berücksichtigt werden. Also alles, was sozusagen entlang der oder zumindest parallel zu dem Fußweg Baumpflanzungen getätigt werden. Also insgesamt wurden alle Möglichkeiten ergriffen, sozusagen eine

bestmögliche Ausführung zu erzielen an dieser Stelle. Deshalb werden wir diesem Bebauungsplan zustimmen.

GR **Lenartitsch**:
Dankeschön. Jetzt ist das Duplo runtergefallen. Es liegt da als Einsatz. Einmal schauen, wenn der Erste unterzuckert ist da heroben beim Mikrophon. Der soll es sich einfach nehmen und das Duplo einfach aufessen. Ich möchte etwas an den Herrn Gemeinderat Georg Topf richten, und zwar bezüglich der Bebauungspläne werden alle Bezirksvertretungen eingeladen per Mail. Nur, wenn die nicht darauf reagieren oder kommen oder nicht schauen, dass sie quasi eine Vertretung schicken, liegt so quasi in deren Verantwortung. Aber von Seiten der Behörden wird das sehr wohl gemacht. Also, das läuft ja schon. Danke

*Zwischenruf GR DI **Topf** Unverständlich.*

GR **Lenartitsch:**
Ja, das läuft ja schon, das kann man so quasi in den Mails der letzten drei Gemeinderatsitzungen für die Bebauungspläne auch sehen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Neos) angenommen.

Berichterstatter: GR Günter Wagner

8.36 Stk. 15) StRH–049234/2021 **Kontrolle der konsolidierten Abschlussrechnung 2020**

GR Günter **Wagner**:

Ja zur Kontrolle der konsolidierten Abschlussrechnung 2020. Zuvor möchte ich mich herzlich beim Mag. Windhaber und dem kompletten Team bedanken, die nicht nur immer sehr ausführliche Berichte ausarbeiten, sondern uns auch im Kontrollausschuss da wirklich immer Rede und Antwort stehen und dieses Zahlenkonvolut dann auch für uns verständlich aufbereiten. Die Stadt Graz bildete mit ihren Eigenbetrieben und ihren Beteiligungen das Haus Graz. Die Zusammenführung der Zahlen stellte die Herausforderung der Haus-Graz-Konsolidierung dar. Eine konsolidierte Bilanz des Gesamthaushaltes Stadt und Unternehmen war erstmals im Jahr 2020 aufgrund der Umstellung der städtischen Buchhaltung auf die VRV 2015 möglich. Bei der von der Finanzdirektion erstellten Zusammenführung von Stadt und Beteiligungen waren folgende interne Beziehungen zu beachten:

Der Beteiligungsansatz der Stadt 544 Mio. Euro,

Darlehen GUF an die Stadt 300 Mio. Euro,

Darlehen Stadt an die Holding Graz 250 Mio. Euro,

Zahlungsmittelreserven der Stadt bei der GUF 124 Mio. Euro,

Forderungen und Verbindlichkeiten der Beteiligungen gegenüber der Stadt:

Die Bilanz der GBG wies Anzahlungen der Stadt in Höhe von 37 Mio. Euro auf, welche ebenfalls zu eliminieren gewesen wären. Die konsolidierte Ergebnisrechnung 2020 des Gesamthaushaltes Stadt und Unternehmen war ebenfalls geprägt durch die Umstellung der städtischen Buchhaltung auf die VRV 2015 sowie durch eine geänderte Darstellung der städtischen Erträge und Forderungen. Zu konsolidieren waren unter anderem:

- Erträge der Beteiligungen, welche von der Stadt kamen 175 Mio. Euro

- Städtische Aufwendungen, welche in Kapitalrücklagen der Unternehmen flossen 19 Mio. Euro
- Die städtische Neubewertung der Beteiligungsansätze 93 Mio. Euro.

Der konsolidierte Umsatz des Gesamthaushaltes 2020 waren 1,6 Mrd. Euro und war mit dem des Vorjahres 1,34 Mrd. Euro unter anderen deswegen nicht vergleichbar, weil die Finanzdirektion die Darstellung der Aufwendungen und Erträge im Sozialbereich abänderte. Seit Beginn der Erstellung eines konsolidierten Gesamthaushaltes bis zum Jahr 2019 waren die Aufwendungen der Stadt Sozialausgaben netto mit jenen 40 % abgebildet, welche die Stadt zu tragen hatte. Im Jahr 2020 stellte die Finanzdirektion die Sozialausgaben zu 100 % in den Ausgaben dar. Sowie die Kostenersätze des Landes in der Höhe von 60 % in den Einnahmen. Die Zusammenfassung von laufendem städtischen Haushalt und von dem laufenden Ergebnis der städtischen Unternehmen zeigt im Jahr 2020, wie schon im Vorjahr, ein positives Ergebnis vor Zinsen und vor Abschreibungen; selbst nach Berücksichtigung der Zinslast blieb ein Überschuss. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen ergab sich allerdings ein negatives Nettoergebnis.

Das konsolidierte Investitionsvolumen errechnete sich aus der Zusammenführung der in den Unternehmen bilanzierten Zugänge an Sachanlagen und immateriellen Anlagen, rund 122 Mio. Euro, sowie den städtischen Zugängen zum Anlagevermögen von rund 69 Mio. Euro. Das konsolidierte Investitionsvolumen für Stadt und Unternehmen im Jahr 2020 betrug rund 191 Mio. Euro. Die Veränderung des Schuldenstandes, und zwar ein Schuldenaufbau, resultierte vorwiegend aus:

- erwirtschafteten laufenden Überschüssen
- getätigten Investitionen
- Veräußerungen von Vermögen
- Veränderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten sowie von Rechnungsabgrenzungen.

In den Folgejahren könnte es durch die noch umzusetzenden Investitionsprogramme zu einem weiteren Anstieg der konsolidierten Schulden kommen.

Der Kontrollausschuss hat diesen Bericht in seinen Sitzungen vom 15. März und 12. April eingehend beraten und beschlossen und zustimmend zur Kenntnis genommen und aufgrund dessen stelle ich folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Originaltext des Antrages:
Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – StR Mag. Krotzer übernimmt den Vorsitz (15.55 Uhr).

Berichterstatter: KO GR Dreisiebner

8.37 Stk. 16) StRH–062401/2020 **Verlässlichkeit des Buchhaltungssystems SAP/GeOrg**

KO GR **Dreisiebner**:

Vielen Dank, lieber Herr Stadtrat Krotzer. Ich versuche, diesen Bericht, wo ich ersuche, ihn zur Kenntnis zu nehmen, zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, kurz zu machen. Warum das? Die Prüfung ist sehr positiv und sehr zu aller Zufriedenheit ausgefallen. Hat terminlich an den beiden Sitzungstagen stattgefunden, die Kollege Wagner vorhin schon genannt hat. Es wird seit Anfang 2020 das Buchhaltungssystem SAP/GeOrg eingesetzt und dementsprechend analysiert und überprüft und es ist laut all den Ergebnissen bzw. dem Rechnungshofbericht, den wir diskutiert haben, zur vollsten Zufriedenheit umgesetzt. Das interne Kontrollsystem ist zwar teilweise zum Zeitpunkt der Kontrolle noch in Ausarbeitung gewesen, hat aber den Vorstellungen des Stadtrechnungshofes bzw. einer guten Kontrolle entsprochen. In diesem Sinne, wie schon eingangs erwähnt, herzlichen Dank an das Team Stadtrechnungshof, Herrn Mag. Windhaber etc., und ich ersuche um Annahme dieses sehr positiven Kontrollberichtes. Vielen Dank.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Sikora

8.38 Stk. 18)	**KFA–077249/2019-19** **KFA–077226/2019-17** **KFA–077126/2019-15** **KFA–077223/2019-19** **KFA–077214/2019-14** **KFA–077139/2019-18**	**Sonderklassevereinbarung mit den Grazer Privatkliniken bzw. Sanatorien (PremiQuaMed, Kreuzschwestern, Leech, Hansa, St. Leonhard, Kastanienhof), gültig ab 1.3.2022**

GR **Sikora**:

Dankeschön. Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung. Ich möchte es hier kurz gleich halten. Hier geht es um die Sonderklassenvereinbarung mit den Grazer Privatkliniken bzw. Sanatorien, das ist PremiQuaMed, Kreuzschwestern, Leech, Hansa, St. Leonhard und Kastanienhof. Wir haben das Stück im KFA-Ausschuss diskutiert und auch einstimmig beschlossen. Da möchte ich jetzt gleich den

Antrag

zur Beschlussfassung stellen:

Der Gemeinderat wolle die in der Beilage angeschlossenen Vereinbarungen, abgeschlossen zwischen den eben gerade erwähnten Grazer Privatkliniken bzw. Sanatorien einerseits und der Stadt Graz für die Krankenfürsorgeanstalt für die Beamten der Stadt Landeshauptstadt Graz anderseits, rückwirkend mit Wirksamkeit 1.3.2022 beschließen. Bitte um Annahme. Danke

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat wolle die in der Beilage angeschlossenen Vereinbarungen, abgeschlossen zwischen den Grazer Privatkliniken bzw. Sanatorien (PremiQuaMed, Kreuzschwestern, Leech, Hansa, St. Leonhard, Kastanienhof) einerseits und der Stadt

Graz für die Krankenfürsorgeanstalt für die Beamten der Landeshauptstadt Graz andererseits, rückwirkend mit Wirksamkeit 1.3.2022 beschließen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen.

Berichterstatter: GR Ulrich

8.39 Stk. 20) A5–74539-2022-5 **Ukraine-Flüchtlingsunterstützung Messehalle D, Willkommensstand und Willkommensschule – Aufwandsgenehmigung 1.945.000 Euro**

GR **Ulrich**:

Meine sehr verehrten Damen und Herrn, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher:innen am Livestream. Mit dem folgenden Tagesordnungspunkt kommen wir zu einem sehr ernsten und bedrückenden Thema. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die entsetzlichen Kriegsverbrechen gegen die ukrainische Bevölkerung hält die Welt in Atem und fordert auch uns hier in Graz zum Handeln auf. Deshalb wurden in der Sitzung des Gemeinderates am 24.3.2022 einige Maßnahmen in Zusammenhang mit der Fluchtbewegung aus der Ukraine beschlossen. Zu diesen zählen die Bereitstellung der Messehalle D als Ankunftszentrum zur Registrierung, zur medizinischen und psychologischen Erstbetreuung und Regelung der weiteren Unterbringung. Ein Willkommensstand der Stadt Graz mit Informationen zu konkreten Lebenssituationen und die Willkommensschule als zentrale Erstschule für alle Altersstufen von sechs bis 15 Jahren, wo geflüchtete ukrainische Kinder gut auf den anschließenden Schuleinstieg vorbereitet werden. Ebenso wurde in dieser Sitzung beschlossen, für Aufwendungen in Zusammenhang mit den drei genannten Maßnahmen vorerst 2 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen und die Summe zur budgetären Abwicklung dem Sozialamt zuzuordnen. Für die Willkommensschule und

für den Willkommensstand wurden die im Gemeinderatsbericht vom 24.3.2022 genannten Mittel in der Höhe von 55.000 auftragsgemäß ins Budget der zuständigen Abteilung für Bildung und Integration bereits verschoben.
Um alle in Zusammenhang mit den oben beschriebenen Maßnahmen stehenden notwendigen Zahlungen seitens des Sozialamtes tätigen zu können, ist eine Aufwandsgenehmigung durch den Gemeinderat in der Höhe von 1.945.000 Euro erforderlich. Ich bitte sie um Annahme.

Originaltext des Antrages:
Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Aufwandsgenehmigung für die Ukraineflüchtlingsunterstützung laut Motivenbericht über 1.945.000 Euro für den Zeitraum Mitte März bis 30.6.2022 wird erteilt.

GR[in] Dr.[in] **Unger**:
Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herrn hier im Saal und im Livestream. Wir stimmen diesem Stück selbstverständlich zu. Der fürchterliche Überfall Russlands auf die Ukraine hat in den letzten Wochen unsägliches Leid provoziert und Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Dass Europa und auch bei uns in Graz mit besonderer Hilfsbereitschaft und mit Empathie reagiert wird, ist schon oft benannt und auch zu Recht gelobt worden. Es ist ein gutes Zeichen für eine Gesellschaft, wenn schnell und konstruktiv reagiert wird. Die Stadt leistet neben den vielen gesellschaftlichen Initiativen ihren Beitrag, selbstverständlich als Menschenrechtsstadt. In diesem Zusammenhang ist die Glaubwürdigkeit und moralische Unversehrtheit des höchsten Gremiums unser Stadt wichtig. Denn, wie das Organisatorische ist auch das Moralische und Empathische eine ganz wichtige Komponente. Ich nehme an, dass viele von uns im Moment neben der Arbeit, der sie

nachgehen, ehrenamtlich mit Menschen, die geflüchtet sind, zu tun haben, sie unterstützen und ihnen helfen. Wir haben es hier mit Frauen, mit Kindern und vor allem älteren Menschen zu tun, die Schutz suchen und davon ausgehen, dass hier bei uns ein Konsens besteht, nämlich darüber, dass dieser Krieg ungerecht und schrecklich ist und niemand von uns hier Interesse oder Verbindungen in Richtung der Kriegstreiber oder ihrer Wegbereiter hat. Das gilt auch für die Vorgeschichte dieses Konfliktes. Denn, auch wenn wir es anscheinend alle nicht haben kommen sehen, man hätte seit der Besetzung der Krim und den Vorkommnissen im Donbas hellhörig sein müssen. Gerade, wenn man Verbindungen dorthin unterhält. Es stimmt, manch einer lässt jetzt eine klare Distanzierung vermissen und das geht auch quer durch alle Parteien. Aber in Graz müssen wir über das sprechen, was Graz betrifft und im Gemeinderat müssen wir über uns, über die Funktionsträger und -trägerinnen sprechen, die in diesem Gremium sind, die in dieser Angelegenheit in irgendeiner Form verwickelt sind. Wir müssen den Konsens darüber herstellen, dass Haltung in dieser Sache eine ganz wichtige Angelegenheit ist und das müssen wir endlich deutlich machen. Es ist nicht egal, was im Zusammenhang mit diesem Konflikt vor ein paar Jahren und jetzt passiert ist. Wir haben in der letzten Gemeinderatsitzung bereits über den Kollegen Baumgartner die Bitte an die Frau Bürgermeisterin gerichtet, dieses Anliegen dem Menschenrechtsbeirat vorzulegen. Wurde abgelehnt. Wir haben auch darüber gesprochen, dass es zahlreiche Rücktrittsforderungen auch vom Koalitionspartner gegeben hat und das Letzte, deswegen auch dazu jetzt die Wortmeldung: Im City Mail gibt es jetzt eine Wortspende vom Kollegen Luttenberger. Wir haben erwartet oder gehofft, es handelt es sich um eine Entschuldigung, aber leider war es das wieder nicht. Es aus heutiger Sicht nicht mehr zu machen, reicht leider nicht. Es war nämlich schon damals falsch. Das wissen wir und wir finden es in der Abgrenzung von anderen historisch verwerflichen Gegebenheiten sehr angebracht, darauf hinzuweisen. Es muss auch hier gelten. Waffenlieferungen zu kritisieren, ist in Kriegszeiten sicher löblich und auch programmatisch richtig. Aber jetzt in diesem Zusammenhang als Ausweichmanöver darauf zuzugreifen, kann man leider nur zynisch lesen. Es ist das eine, vielleicht eine Situation falsch einzusetzen, wie es auch im City

Mail genannt wurde. Aber etwas anderes ist es, sich gemein zu machen mit jenen, die verantwortlich dafür sind und mitverantwortlich sind, dass jetzt Millionen Menschen auf der Flucht sind und wirtschaftliche Systeme ins Wanken geraten. Wenn wir also jetzt über Teuerungen und Sorgen der Schlechtergestellten sprechen müssen, dann müssen wir auch dazusagen, dass nicht einmal wir hier im Gemeinderat einen Konsens auf die ganz verbindlichen Sachen mit dem Mut zu Entschuldigungen und Konsequenzen imstande sind. Die Fakten bleiben, wir haben sie oft gehört. Die Reise 2019 nach Donezk in die selbsternannte Volksrepublik, begleitet von hochrangigen KPÖ-Mandataren. Gemeinderat Luttenberger war hier dabei. Die Reiseleitung hatte die antiimperialistische Koordination, jene Organisation, der Antisemitismus vorgeworfen wurde. Dass die Publikationen dieser Organisation bis vor kurzem auf der Homepage der KPÖ Steiermark vertrieben waren, ist das eine. Das andere ist es, dass es auch eine Stellungnahme oder einen unterschriebenen Brief gegeben hat, den die Kollegen Elke Kahr, Manfred Eber, Werner Murgg und Ernest Kaltenegger als Reaktion auf den Antisemitismus unterzeichnet haben und damit das Vorgehen des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes kritisiert haben. Die Kranzniederlegung am Grab des Separatistenführers Alexander Savchenko. Die nicht anerkannte Außenministerin, mit der gemeinsam spaziert wurde. Wir haben das alles bereits mehrmals als skandalös benannt. Es hat leider bis jetzt keine angemessene Reaktion gegeben. Nicht einmal der Austausch mit dem sogenannten Staatsoberhaupt Denis Puschilin, der aktuell eine wichtige Rolle in dem Konflikt spielt, ist dazu angetan, dass endlich einmal eine klare Aussage, eine wirkliche Entschuldigung zu diesem Thema kommt. Es ist leider nicht abzutun mit dem, was passiert ist. Wir haben mit all diesen Dingen, auch mit den Vorkommnissen in Lugansk, einige Male schon zu tun gehabt und wir können uns hier nicht weiter wegducken. Menschen sind in die Flucht getrieben worden, und wir reden hier über ein vollkommen berechtigtes Hilfspaket, ein Unterstützungspaket und Finanzierungspaket. Allerdings unter genau dieser Voraussetzung, dass es hier nicht anders möglich ist, als um diese Entschuldigung immer wieder zu bitten. Manche von den Menschen, die vertrieben worden sind durch die Leute, die eine KPÖ-Delegation vor einiger Zeit getroffen hat, sind einige Meter von

uns hier in diesem Ankunftszentrum. Was sagen wir denen? Nur, dass wir ihnen Geld zur Verfügung stellen? Oder sagen wir auch, dass wir gelernt haben bzw. einige von ihnen gelernt haben und dass es für eine Koalition und für eine Partei untragbar ist, dass solche Geschehnisse vorkommen. Unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen. Wir haben eigentlich nicht die Zeit, dass wir jedes Mal und laufend mit Reisen, Kranzniederlegungen, dem gemeinsamen Marschieren mit Separatisten und Antisemiten in Donezk uns beschäftigen. Das höchste Gremium der Stadt kann sich darüber aber nicht achselzuckend hinwegsetzen. Wir können keine halbklaren Erklärungen zur Kenntnis nehmen und Personen, die sich leider untragbar gemacht haben, ohne weitere Erklärungen in unserem Gremium belassen.

StR Mag. **Krotzer:**
Liebe Frau Gemeinderätin, ich darf Sie auf die Redezeit hinweisen.

GR^{in} Dr.^{in} **Unger**:
Diese Indifferenz und Invalenz steht einem so hohen Gremium nicht gut an. Übrigens noch viel schlechter einer Partei, die offensichtlich keinen Handlungsbedarf sieht und von den Koalitionspartnern ganz zu schweigen. Von den Grünen gab es bereits eine Rücktrittsaufforderung, aber offensichtlich zu zahnlos. Ich stelle mir auch für Sie, Kollege Luttenberger, die Situation sehr belastend vor. Vielleicht haben Sie selbst schon genug und dürfen nur nicht zurücktreten, weil damit auch der Kollege Murgg im Land betroffen wäre. Und das offensichtlich für die KPÖ, die Sie in dieser Situation einigermaßen allein lässt, nicht möglich ist. Aber dennoch bei aller persönlichen Sympathie für Sie, ziehen Sie bitte die Konsequenzen. Haltung kommt nicht von Festhalten, sondern zeugt von Bewusstsein, moralischen Ansprüchen und Mut. Treten Sie bitte zurück. Auch so etwas kann ein Akt der Größe sein.

StR Mag. **Krotzer:**

Ich darf darum ersuchen, künftig die Redezeit entsprechend einzuhalten und frage, wer sich weiter zu Wort melden will?

GR **Luttenberger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste im Livestream. Natürlich muss ich mich zu Worten melden. Das ist ja klar. Ich möchte aber zuerst einmal so beginnen: Meine Familie und ich haben bis vor kurzem fünf Jahre lang einen afghanischen Ziehsohn gehabt und betreut, der jetzt die Lehrabschlussprüfung hat, arbeitet und in Wien lebt und bald heiraten wird. Also ich denke, wir leisten schon auch unseren Beitrag als Personen und unsere Familie. Das Zweite ist, seit Sonntag macht meine Familie ein Connect Projekt, wo jetzt 60 ukrainische Flüchtlingsfrauen mit ihren Kindern daran teilgenommen haben. Das werden wir auch regelmäßig machen. Das ist vielleicht auch nicht uninteressant, dass ich das einmal berichte. Also, dass ich oder wir hier nicht so tun, wie wenn uns das nicht interessieren würde, das würde ich einmal so zurückweisen. Die ÖVP hat sich heute zu Recht oder nicht zu Recht, eigentlich nicht zu Recht, aufgeregt, sie spielt jetzt die harte Hand und es wird jetzt alles irgendwie schlechter und man horcht immer auf ihnen zu. Also ich spüre seit Wochen die harte Hand der Medien und natürlich auch der Grazer ÖVP. Wenn wir schon offen reden, es geht natürlich um mich und um diese Reise. Aber in Wirklichkeit steckt ja eine politische Konzeption dahinter, nämlich die, dass nicht sein darf, was nicht sein kann oder umgekehrt. Das weiß ich nicht so genau, dass eben nach dem 21. September es so ist, wie es ist. Das würde ich einmal fest behaupten und was ich euch auch sagen möchte: Ich habe in den Medien, ich weiß nicht wie oft, alles gesagt. Ich habe Erklärungsversuche gemacht, ich habe versucht, Erläuterungen irgendwie anzubringen. Ich habe alles Mögliche ausgesprochen, das ist alles nachzulesen. Aber ich muss zur Kenntnis nehmen, das genügt nicht, zumindest nicht der ÖVP, und das finde ich auch persönlich sehr schade, dass das so ist, wie es ist und ich möchte auch eines sagen: Bei Analyse der Vorwürfe, die da auf mich einprasseln oder auf uns einprasseln, fallen mir

drei Sachen auf. Das Erste ist, ich sei ein Kriegsverherrlicher, ein Kriegsverhetzer, ein Putinfreund, ein Freund, der sich gerne mit Autokraten unterhält, ist das Erste, was mir aufgefallen ist. Das Zweite, was mir aufgefallen ist, dass ich eigentlich ein verkappter Neonazi bin, weil das wurde mir auch vorgeworfen. Und das Dritte, was drinnen steht, dass ich sozusagen ein linker Antisemit oder so bin. Also, vielleicht sind auch andere Dinge erwähnt worden, aber das ist mir besonders aufgefallen in der Analyse mit meinen Bekannten und mir und ich kann nur das laut wiederholen, ich weise das alles schärfstens zurück. Das ist wirklich sehr tief, was da auf einen zukommt und ich sage auch, es sind jetzt im neuen Gemeinderat viele neue Gesichter. Im alten Gemeinderat, ich bin jetzt auch schon neun Jahr Gemeinderat, möchte ich schon zitieren, was die Medien auch gesagt haben. Ich habe im Großen und Ganzen eine sachliche Art gepaart mit einem bisschen feinsinnigen Humor, der durchaus bei den Parteien gut ankommt. Ich möchte das auch weiter so beibehalten. Ich möchte auch dazu sagen, ich bin ja nicht vereidigt worden auf Russland, auf die Ukraine oder auf sonst irgendetwas. Ich habe einen Eid auf die Stadt Graz geschworen, dass ich mein Möglichstes tun werde, um mitzuhelfen, nützliche Dinge für die Bevölkerung zu machen. Es kommen ja große Herausforderungen auf uns zu. Das haben jetzt alle schon gehört mit der Zuspitzung der sozialen Schieflage. Corona ist kein Ende. Das geht so weiter und das ist eigentlich mein Hebel und mein Ansatz. Und wie gesagt, ich zitiere auch noch den Heinz Fischer gerne, der hat auch gesagt, man muss die Dinge bewerten, wie sie zu bewerten sind. 2019 war 2019 und heuer ist heuer und eines möchte ich auch abschließend sagen, die ÖVP will unbedingt hören, dass ich zurücktrete und dann glaubt Mann oder glaubt Frau, dann ist aller wunderbar und dann können wir weiter in den Sonnenuntergang reiten und tolle Dinge machen. Also, ich glaube das nicht. Ich glaube das nicht und muss Ihnen auch sagen, Sie kennen die juristische und die rechtliche Haltung, die ein Gemeinderat hier in Graz hat. Also ich werde nicht zurücktreten, damit das auch klar ist, und damit war es, und ich krale jetzt von der Buddel runter und hole mir einen Kaffee und werde der Gemeinderatssitzung weiter interessiert zuhören. Dankeschön.

Vorsitzwechsel – Bgm.in Kahr übernimmt den Vorsitz (16.13 Uhr).

GR **Lenartitsch**:
Sehr geehrte Damen und Herrn, lieber Kurt. Ich möchte hier nur anführen, dass es nicht ein Projekt der Familie Luttenberger ist, das Connect Ukraine, sondern der Kinderfreunde Graz. Ich möchte das einfach da nur gesagt haben. Danke.

StR Mag. **Krotzer**:
Ich möchte nur ganz kurz zum eigentlichen Stück, nämlich dem Ankunftszentrum in der Messehalle D, ein paar Worte sprechen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen die Gelegenheit gehabt hat, auch schon vor Ort zu sein? Ich war in der Woche vor Ostern gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen vom Integrationsreferat dort. Es waren auch die Bürgermeisterin und die Vizebürgermeisterin in den Wochen davor schon dort. Ich glaube, wir können mit Fug und Recht sagen, dass das Land Steiermark und die Stadt Graz hier ein Ankunftszentrum geschaffen hat, das sich wirklich auszeichnet, dadurch, dass unter all den schlimmen Umständen, aus denen die Menschen fliehen müssen vor diesem fürchterlichen Krieg hier, hier aber die Gelegenheit haben, wirklich aufgenommen zu werden, gut betreut zu werden. Es gibt hier sozusagen ein One-stop-Prinzip, dass sozusagen alle relevanten Stellen des Landes Steiermark, das Bundesasylamt sowie auch der Stadt Graz hier vor Ort vertreten sind. Es ist gleichzeitig auch eine Kinderbetreuungsecke, die von den Kinderfreunden durchgeführt wird und das war sehr beeindruckend zu sehen, in welcher Professionalität von allen Einrichtungen, auch das Rote Kreuz ist mit dabei, das dort betreut wird, wie das dort entsprechend gut organisiert ist und ich glaube, dass es hier durchaus sehr gut gelungen ist, hier auf diese schrecklichen Umstände da entsprechend zu reagieren und darf mich für die Stadt Graz und natürlich bei den Kolleginnen und Kollegen des Sozialamtes, der Abteilung für Bildung und Integration bedanken, die vor Ort auch den Willkommensstand betreuen, wo ukrainische geflüchtete Menschen, die dann künftig

hin auch in unserer Stadt Graz leben. Es sind, vielleicht auch zur Information für alle, mit Stand letzter Woche waren es 2.100 Personen, die in den vergangenen zwei Monaten in unsere Stadt gekommen sind und die hier von Anfang an gut eingebunden werden, wo bis hin zur Suche nach einem Kinderbetreuungsplatz bis zur Suche nach einem Schulplatz alles mitorganisiert wird und dafür ein herzliches Dankeschön an alle, die hier mitwirken.

GR Mag. **Pointner**:
Werte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Man soll ja immer zur Sache sprechen. Für die Sache sind wir natürlich, das ist alles wunderbar. Weil ich möchte schon eine Kleinigkeit jetzt auch zum Statement von Herrn Kollegen Luttenberger sagen. Erstens bin ich sehr beeindruckt von ihrem karitativen und sozialen Engagement. Ich versuche auch, da meinen Beitrag zu leisten. Ich bin von dem, was Sie offensichtlich tun, weit entfernt. Das ist das eine. Ich bin auch Jurist und weiß, was es heißt eine ex post und eine ex ante Betrachtung. Und das haben Sie ja so dargestellt. Ich bin nicht einverstanden mit einer ex post und einer ex ante Betrachtung mit 2019 ist 2019 und ich bin da auch gegen den ehemaligen Bundespräsidenten Herrn Dr. Fischer. Weil vor 2019 war 2014 und man hat halt schon gesehen, wohin die Reise geht. Ich glaube schon, dass man als Abgeordneter einen erhöhten Sorgfaltsmaßstab hat. Ich werde natürlich die Rücktrittsaufforderung nicht aussprechen, weil ich sinnlose Ding nicht gerne tue. Aber ich möchte Sie gerne fragen, weil es mich wirklich interessiert und Sie haben eine zweite Wortmeldung, soweit ich von der Geschäftsordnung informiert bin, warum sind Sie marschiert mit diesen Leuten? Ich verstehe es nicht.

GR^{in} Dr.^{in} **Unger**:
Ich nehme es nur mit Bedauern zur Kenntnis. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir ab und zu ja die Gelegenheit haben, wirklich richtungsweisend

auch unseren eigenen moralischen Standard zu überprüfen. Und das lapidar abzutun, glaube ich, steht uns allen nicht gut an. Ich bin ja sehr überrascht, dass es keine Wortmeldungen gibt von den Koalitionspartnern in dieser Form. Kritische Äußerungen, die es vielleicht im Netz schon gibt, aber es wäre wichtig, das hier zu machen. Es geht nicht um die Person in der Hinsicht. Sympathien sind hier außen vor. Aber es geht darum, dass Handlungen einfach Konsequenzen zeitigen. Ich möchte einerseits an den Kollegen Pointner anschließen. Natürlich finde ich eine Rücktrittsaufforderung nicht sinnlos. Das ist ein Instrument, das man setzen kann, wenn es angemessen scheint und das scheint es und, ich glaube das habe ich und das haben einige vor mir schon klar dargelegt. Meine Frage schließt sich daran an, die Reise hat stattgefunden. Mich würde auch interessieren, was einen bewegen kann. Mich würde aber auch interessieren, was sie gekostet hat. Und ich finde wirklich, wenn wir in diesem Gremium schon so lange und ausführlich über viele Themen diskutieren, dann doch bitte auch zwischendurch einfach darüber, welchen Ansprüchen wir gemeinsam genügen möchten. Das ist wichtig und es ist jetzt besonders wichtig. Und es schmälert einfach ein bisschen das, was wir jetzt an Gutem und Wichtigem und Richtigem tun für Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, wenn wir nicht bereit sind, über das ernsthaft zu diskutieren. Danke.

Bgm.in **Kahr**:
Ich würde gerne in zwei Funktionen antworten, einerseits als Bürgermeisterin selbstverständlich und in der anderen Funktion als auch Obfrau meiner Partei und natürlich meiner Fraktion, der ich schon ewiglange angehöre. Erstens einmal danke für die Berichterstattung und auch natürlich für die Unterstützung seit dem ersten Tag an, wo die fürchterliche Tragödie über die Menschen in der Ukraine erfolgt ist. Das ist schlimm genug dieser Aggressionskrieg, der von Russland und Putin den Menschen gegenüber hier gesetzt wird. Das ist, wie jeder Krieg, sind das Tragödien, die wir uns, weil wir sie Gott sei Dank die wenigstens von uns erleben mussten, überhaupt vorstellen können. Wir können da vieles erahnen, wenn jemand seine Heimat verliert

und sein Zuhause, aber nicht einmal annähernd begreifen, wie das ist, wenn man nicht selbst betroffen ist. Aber wofür man immer die Verpflichtung hat, und dafür bin ich, ist meine Bewegung und auch mein Kollege Gemeinderat Kurt Luttenberger immer gestanden: Egal, von wo wer kommt, dort, wo wir leben und Möglichkeiten vorfinden, alles zu tun, dass diese Menschen dann, die geflüchtet sind, eine gute Heimat finden. Wir haben auch hier in unserem Gemeinderatssaal eine Kollegin, zumindest von der ich weiß, die das auch erleben musste und Gott sei Dank in unserem Land gut aufgenommen wurde und es auch umgekehrt mit ihrem Einsatz, Fleiß, Wissen und mit ihrer Arbeit für die Allgemeinheit zurückgegeben hat. Wie wir alle wissen, tausende Menschen, die da leben, unsere Nachbarn sind, unsere Arbeitskollegen und -kolleginnen sind und hoffentlich auch werden. Weil darum müssen wir uns nämlich immer bemühen, egal, ob das jetzt die Vertriebenen und denen die ganze Existenz zu Hause geraubt worden ist in der Ukraine, dass sie schnell eine Arbeit finden, dass sie schnell eingebettet werden und dafür möchte ich bei allen Menschen danken, die privat hier tagtäglich, das muss man sich nämlich immer vorstellen, die größten Initiativen sind hier von privaten Personen ausgegangen und die öffentliche Hand, in der ich mit Ihnen gemeinsam hier in der Stadtregierung und mit dem Krisenstab der Stadt Graz, hier Magistratsdirektion, die Präsidiale, das Sicherheitsmanagement, das Gesundheitsamt, ob das die Abteilung Bildung und Integration ist, ob dass das Sozialamt ist, Großartiges hier täglich leisten und wir haben noch genug zu tun. Wir sind noch lange nicht am Ende dieser Herausforderungen, weil wir ja noch andere Krisen auch zu meistern haben und alles dafür tun müssen, dass diese Balance der Freundlichkeit und des Entgegenkommens gewahrt bleibt. Dass da nicht eine Schieflage auftritt und nicht irgendwelche Neider kommen oder wie immer. Ich glaube, Sie wissen alle, von was wir da reden. Wir müssen diesen Menschen hier Heimat und Schutz geben. Und als Partei, das sage ich Ihnen jetzt noch als Obfrau, weil mir das wichtig ist, ich kenne den Kollegen Kurt Luttenberger seit 1985. Wir haben Tür an Tür eine Zeit lang sogar arbeiten dürfen. Nicht nur für ausländische und österreichische Kollegen und Kolleginnen hat er sich tagtäglich eingesetzt als Gewerkschafter, der genau weiß, wie schwer das ist, wenn man rechtlos wird oder wenn man nicht zu

seinem Recht kommt. Und er hat das immer auf eine menschliche Art und Weise gemacht, egal, wer gekommen ist, sondern vor allem waren die ersten Tage und Schritte sind wir gemeinsam immer Seite an Seite mit allen friedensbewegten Menschen an den größten Kundgebungen, Demonstrationen gewesen zu einer Zeit, wo in der Welt auch immer in Gefahr war der Aufrüstung des gegenseitigen Hochnivellierens. Die Friedensbewegungen der 80er-Jahre, wo es um Abrüstung gegangen ist, wo die Gefahr des Atomkrieges riesengroß war und wo wir immer alle als Mandatare, aber als Menschen die Verpflichtung haben, für Neutralität und Abrüstung auch einzustehen. Weil, wie soll sonst die Spirale weitergehen? In der Kriegslogik derer, die dann viele Gewinne aus der Waffenlieferung machen. Das würde jetzt natürlich zu weit führen jetzt noch alles und Sie denken sich jetzt wahrscheinlich, jetzt weicht die Frau Kollegin Kahr oder die Frau Bürgermeisterin vom eigentlichen Thema ab. Ich möchte Ihnen nur sagen, dass unser Kollege Kurt Luttenberger keinen einzigen Tag irgendeinen Fehlgriff oder nur für irgendeine Gesinnung oder für etwas gestanden ist, für das, was Sie jetzt eigentlich da unterstellen wollen. Und dass er diese Reise gemacht hat, das hat er auch schon gesagt, würde er aus heutigem Blickwinkel nicht mehr machen. Aber es war von keiner Absicht getrieben, nur irgendjemanden an der russischen Regierung oder geschweige denn an Putin das Wort zu reden. Das kann ich für meinen Kollegen Kurt Luttenberger sagen und deshalb ist es mir wichtig, das auch heute hier für ihn auch sagen zu dürfen und damit möchte ich auch und das, was vorhin gesagt worden ist, jetzt nicht die Zeit zu strapazieren, auch wenn ich den Vorsitz habe, bestehen lassen und hoffe, dass wir dieses Stück, das wichtig ist und wo wir auch hoffen, dass wir die Mittel auch vom Land, dann in Perspektive auch einen Teil der Refundierung kriegen, weil wir treten ja hiermit in Vorlage. Aber da sind wir auch im guten Gespräch und da möchte ich mich auch für die Kooperation mit dem Land Steiermark bedanken, die im Übrigen ausgezeichnet funktioniert.

GR **Ulrich**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream, lieber Robert. Danke auch dir, dass du in deiner Wortmeldung nämlich auch auf das Stück eingegangen bist und das wir jetzt nämlich abstimmen werden, nämlich bei der Flüchtlingsunterstützung. Das ist ja durchaus ein herzeigbares Stück und da lässt sich ja auch viel daraus ableiten, weil sogar die Parlamentsvizepräsidentin der Europäischen Union hat ja bei ihrem Grazbesuch unsere Flüchtlingsunterstützung ausdrücklich gelobt und deshalb möchte auch ich jetzt die Gelegenheit hier ergreifen und mich abschließend bei allen Ämtern, Vereinen, NGOs und Menschen recht herzlich bedanken, die hier beeindruckende Arbeit geleistet haben, um den ankommenden Flüchtlingen, die vor der russischen Invasion fliehen, zu helfen. Vielen Dank.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GR^{in} DI^{in} (FH) Schlüsselberger, MBA

8.40 Stk. 34) A8–141818/2021-14 **Administrative Assistenz für Grazer Pflichtschulen, Verlängerung; Zeitraum 1.9.2022 bis 31.8.2023, Projektgenehmigung in Höhe von 258.900 Euro für die Jahre 2022 – 2023 im LCF Bereich der Abteilung für Bildung und Integration**

GR^{in} DI^{in} (FH) **Schlüsselberger**:

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörer:innen. In aller Kürze, in der Fragestunde wurde das Projekt schon vorgestellt. Es geht um die Administrative Assistenz an den Grazer Pflichtschulen, genauer gesagt um die Verlängerung dieses Projektes. Die Zweidrittelfinanzierung durch das AMS inkludiert, dass die Stadt Graz das eine Drittel mit 258.900 Euro übernehmen muss. Ich bitte um Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung „Administrative Assistenz für Grazer Pflichtschulen" mit Gesamtkosten von 258.900 Euro wird wie folgt erteilt:

Jahr	*Betrag*
2022:	*€ 84.600*
2023:	*€ 174.300*
Summe:	***€ 258.900***

Die Bedeckung der anteiligen Kosten für 2022 und 2023 erfolgen im LCF des ABI-Voranschlages 2022 und 2023, Finanzstelle 340.

GR[in] Mag.[a] **Taberhofer**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie gesagt, ist dieses Thema schon in der Fragestunde zwar aufgegriffen worden. Ich würde aber doch noch gerne für mich und für uns ein bisschen etwas ergänzen. Es ist für mich in drei Punkten wesentlich, vielleicht so hervorzustreichen, und zwar einerseits geht es um die Erweiterung, nämlich die Erweiterung des Einbeziehens aller Pflichtschulen. Wir haben also im Vorfeld gehört, 37 von 59 Schulen sind einbezogen in dieses Projekt und der nächste Punkt wäre Kontinuität. Also es müsste aus meiner Sicht also da stark daran gearbeitet werden, dass es eben nicht nur ein Projekt ist, das zeitmäßig immer wieder verlängert wird und überlegt wird, mache ich es weiter, sondern da müsste auch eine Kontinuität für längerfristig gegeben sein. Und das Dritte, das mir wichtig ist, das vielleicht in der Argumentation noch nicht gefallen ist, also die, die über das AMS und über dieses Projekt mithelfen, im administrativen Bereich viel Arbeit den Schulleitungen abzunehmen, aber auch als Unterstützung ist es auch zu sehen für das Lehrpersonal. Die brauchen eine Kontinuität. Also, es darf nicht dann wieder, wenn der Zeitraum beendet ist, überlegt man wieder, ist es möglich. Aber das Wichtigste dabei

scheint mir auch das zu sein, dass sie sehr wenig verdienen. Also, auch da müsste man perspektivisch überlegen, weil es sind 1.000 Euro. Da kann es passieren, dass jemand über dieses Projekt quasi zum Einsatz gekommen ist, aber dann nicht mehr von diesen 1.000 Euro, wenn das also beendet wird, mit 1.000 Euro nicht über die Runden kommt. Das heißt, diese drei Aspekte wären für mich wichtig und ich glaube, es ist tatsächlich ein sehr gutes Projekt. Aber man muss es längerfristig denken, und wir wissen und ich weiß es im Prinzip unmittelbarer vielleicht, dass der administrative Aufwand in den Schulen für die Schulleitung immens hoch ist und die, die zum Einsatz gekommen sind, um auch bei der Entlastung mitzuhelfen, haben im Prinzip irgendwie sehr, sehr viel abgenommen. War aber auch für das Lehrpersonal vor Ort besonders wichtig und deshalb finde ich ist es ganz, ganz wichtig, dem Stück seine Zustimmung zu geben. Aber langfristig auch zu denken und neue Schritte zu überlegen, um da eine Kontinuität zu erreichen. Danke.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: KO GR^{in} Dipl.-Museol.^{in} (FH) Braunersreuther

8.41 Stk. 35) A8–141818/2021-13

Revitalisierung der historischen Tennenmälzerei in Reininghaus

1. **Projektgenehmigung in Höhe von 177.000 Euro für die Jahre 2022 – 2023**
2. **Budgetvorsorge über 160.000 Euro im Jahr 2022 im ICF**

KO GR^{in} Dipl.-Museol.^{in} (FH) **Braunersreuther**:

Sehr geehrte Kolleg:innen, geschätzte Stadtregierung und auch die Zuschauer:innen, so Sie noch dabei sind. Ich möchte heute ein Stück der Stadtbaudirektion vorstellen. Die bittet um eine Projektgenehmigung zur Revitalisierung der historischen Tennenmälzerei in Reininghaus von insgesamt 177.000 Euro. In diesem Stück geht es

eigentlich nur um eine Anschubfinanzierung, damit eben diesem wichtigen Gebäude im Stadtteil Reininghaus, in dem ja voraussichtlich 2026 ca. 10.000 Menschen leben werden, in diesem zentralen, von der Stadt angekauften Gebäude, ein Sozial- und Kulturzentrum zur Verfügung zu stellen, ein lebendiges Zentrum, ein neues Zentrum eben für diese Stadtbewohner:innen darstellen soll. Aus diesem Grund, dieses Gebäude ist denkmalgeschützt, wie die meisten wissen, müssen jetzt zusätzliche Gutachten eingeholt werden von externen Konsulenten, die die statische Begutachtung und die Begutachtung der Bausubstanz und das wurde heute schon diskutiert, nicht im Istbestand, sondern hinsichtlich einer zukünftigen Nutzung nicht mehr als Mälzerei, sondern eben für verschiedenste Konzepte ermöglicht. Diese Anschubfinanzierung enthält aber auch eine Machbarkeitsstudie und die Evaluierung verschiedener Nutzungskonzepte, in die sowohl die Bewohner:innen, die zukünftigen, dann aber auch Initiativen und Vereine und Kulturorganisationen partizipativ eingebunden werden sollen, um da ein möglichst gutes, lebendiges Konzept daraus erstellen zu können. Ich erwähne es nur kurz, weil es heute eben im Ausschuss angesprochen wurde, dass es kein Fachstück zu diesem Stück gibt. Das ist etwas, was wir sehr bedauern. Es hätte durchaus ein Fachstück auch im Stadtplanungsausschuss geben können. Denn verantwortlich ist ja die Stadtbaudirektion dafür, indem die Stadtbaudirektion eben auch zu diesen inhaltlichen Notwendigkeiten, die ich aus anderen Kontexten kenne, besser Auskunft geben könnte. Ich bitte Sie aber trotzdem, diesem Stück jetzt zuzustimmen, denn es ist wichtig, dass insbesondere diese technischen Gutachten jetzt damit begonnen wird, damit eben dann, wenn die Leute in Reininghaus wohnen, dieses Gebäude ihnen auch schon zur Verfügung stehen kann. Danke für die Annahme im Voraus.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Projektgenehmigung „Revitalisierung der historischen Tennenmälzerei in Reininghaus“ in Höhe von insgesamt 177.000 Euro wird wie folgt erteilt:

Jahr	*Betrag*
2022:	*€ 160.000*
2023:	*€ 17.000*

2. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 werden wie folgt geändert:

Finanz-stelle	Fonds	Finanz-position	Haushalts-programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs-ring	FVA 2022	EVA 2022
220	612000	1.775000	42203610	GKB-Kreuzung Grotten-hofstraße	D.220361	-35.300,-	-35.300,-
220	211000	1.728000	42203740	Neubau VS Reininghaus - Wettbewerb	D.220374	-39.800,-	-39.800,-
220	816000	1.050000	12203390	Neugestaltung Griesplatz	D.220339	-12.200,-	
220	211000	1.061000	12203250	GRIPS II - Wettbewerbe	D.220325	-30.900,-	
220	612000	1.002000	12203600	Liebenauer Straße	D.220360	-41.800,-	
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel			+75.100,-
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		+82.900,-	
180	211000	2.346000		Investitionsdarlehen		-70.700,-	
180	816000	2.346000		Investitionsdarlehen		-12.200,-	
220	612000	1.060000	12203950	Revitalisierung der histo-rischen Tennenmälzerei	D.220395	+160.000,-	

StR Dr. **Riegler**:

Ich möchte daran erinnern, was ganz kurz eine Woche nach der Wahl in der Kleinen Zeitung nachzulesen war, da hat es geheißen: Es brauche einen Politikstil mit mehr Empathie, mehr Mitmenschlichkeit und mehr Respekt im Umgang miteinander. Was wir hier erleben in Bezug auf die Tennenmälzerei, ist genau das Gegenteil von

Miteinbeziehen, von Mitbestimmung, von neuem Politikstil, sondern das ist reinste Brutalität. Ich habe im November, kurz bevor ich dann auch in einer Pressekonferenz meine Pläne vorgelegt habe, das Gespräch mit der Frau Bürgermeisterin gesucht und ihr persönlich das Konzept vorgestellt und darum ersucht, dass wir das auch in der Stadtregierung präsentieren dürfen. Ich habe dann eben den Medien erzählt, dass ich vorhabe, in der Tennenmälzerei eine gemischte Nutzung, Bibliothek, ein Industriemuseum, möglicherweise ein Designcenter etc. zu verankern. Termin für Stadtregierungspräsentation ist keiner zustande gekommen bis vorige Woche. Einmal ist es dann noch verschoben worden. Ich will gar nicht kleinlich sein, es hat vier Monate gedauert, bis ich endlich einmal mein Konzept der Stadtregierung präsentieren konnte. Die SPÖ hat es nicht interessiert, die ist nicht gekommen. Die FPÖ hat es nicht interessiert, die ist nicht gekommen. Die NEOS hat es nicht interessiert, die sind auch nicht gekommen. Wir waren im Grunde genommen die selbe Runde, die eh das alles schon kennt, zumal die Frau Braunersreuther und Kolleg:innen immer wieder in der Fragestunde mich befragt haben, was ich denn mit der Tennenmälzerei vorhätte. Ich habe seit vier Monaten darauf gewartet, endlich einmal in der Stadtregierung in diesem neuen großen Gremium inklusive Klubobleuten das Konzept vorstellen zu dürfen. Ich habe es dann eben letzten Freitag vorstellen dürfen und frage die Frau Vizebürgermeisterin Judith Schwentner: Liebe Judith, bitte sage mir doch, wie soll denn der Beteiligungsprozess aussehen? Ich bin ja dafür. Ich habe auch ausdrücklich an diesem Freitag gesagt, bitteschön, es soll ein Wettbewerb der besten Ideen sein. Ich habe nicht für mich beansprucht, dass ich jetzt den Stein der Weisen gefunden habe. Vielleicht gibt es auch tolle Ideen in der Zusammenarbeit. Die Judith Schwentner hat mich kaltlächelnd abblitzen lassen, die kalte Schulter gezeigt, gesagt, das werde ich zu gegebener Zeit schon noch mittteilen. Zwei Tage später, nämlich am Dienstag, steht auf einmal auf der Tagesordnung dieses Stück und jetzt wird von der Frau Braunersreuther darüber gesprochen, dass es hier um ein Kulturzentrum gehen soll. Ja, entschuldige, es soll ein Kulturzentrum geben, aber ihr bezieht den Kulturstadtrat nicht ein? Ihr bezieht den Kulturausschuss nicht ein? Ihr macht's da ein Finanzstückerl, wo der Herr Tschikof und die Frau Baravalle seitenlang Texte schreiben,

die offensichtlich nicht von ihnen kommen, sondern von der Stadtbaudirektion, wie ich jetzt erfahre. Ihr bezieht die Stadtplanung nicht ein, ihr bezieht den Planungsausschuss nicht ein und wollt heute über die Stadtsenatssitzung im Umlaufwege schnell einmal 177.000 für irgendwelche Machbarkeitsstudien und Gutachten freigegeben haben. Wenn das der neue Politikstil ist, ich verstehe es nämlich nicht. Vielleicht könnt ihr mir es heute in der Diskussion erklären, was das Motiv ist. Niemand hat etwas dagegen, wenn wir in den nächsten Monaten ausführlich darüber nachdenken, was wir da machen wollen. Aber warum müsst ihr unbedingt jetzt mit aller Gewalt das an den zuständigen Politikern und an den zuständigen Ausschüssen vorbeischleusen. Es wäre sowieso niemand dagegen gewesen. Also, warum macht ihr das? Warum schafft ihr böses Blut? Warum müsst ihr das so machen und nicht einfach wertschätzend und in einem Miteinander. Das verstehe ich wirklich nicht.

StR^{in} **Schönbacher**:
Dankeschön. Ich möchte gerne etwas richtigstellen. Und zwar Wertschätzung ist mir etwas sehr Wichtiges und auch das Thema Tennenmälzerei. Aber nachdem meine Großmutter verstorben ist und ich am Freitag zur Beerdigung gegangen bin, habe ich mich auch entschuldigt und leider konnte so kurzfristig von unserer Seite niemand einspringen. Aber ich habe auch schon einmal in der Stadtsenatssitzung angeregt, dass es eben wichtig ist, wenn eben so ein wichtiges Stück auf der Tagesordnung ist, dass wir genug Zeit dafür anberaumen und eben diese Themen nicht immer wieder verschieben und deshalb möchte ich das fehlende Interesse wirklich ganz entschieden zurückweisen.

KO GR **Ehmann**:
Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleg:innen in der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer:innen im Livestream. Den alten Politikstil konnten Sie nun wahrnehmen. Der alte Politikstil war nämlich nicht geprägt

von Wertschätzung, nicht von Respekt und schon gar nicht von einem Miteinander. Das hat Herr Kulturstadtrat Günter Riegler jetzt eindrucksvoll bewiesen, indem er mehreren Fraktionen vorgeworfen hat, sich für dieses Thema nicht zu interessieren. Also es muss eine bewusste Provokation gewesen sein, weil ich kenne ihn schon eine Zeit lang und spontan-intellektuelle Pause würde ich ja ausschließen. Also das heißt, das muss bewusst gewesen sein. Ich muss sagen, ich bin ein bisschen enttäuscht, denn an diesem Tag, ich bin nämlich nicht hauptberuflich in der Politik wie der Herr Kollege Riegler, sondern ich habe auch noch einen Brotberuf, den ich ausübe, wo ich meine Mitarbeiterin und Mitarbeiter innerhalb der Versicherungsanstalt für öffentlich Bedienstete, Eisenbahn und Bergbau zu vertreten habe. Und habe an diesem Tag einen Landesstellenausschuss bzw. einen Betriebsausschuss in der Firma gehabt und musste priorisieren, welchen Termin ich hier annehme und habe mich für jenen entschieden, wo Entscheidungen zukünftig für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getroffen wurden, weil ich bereits, aber das dürfte der Kollege Riegler vielleicht nicht wissen, einen Termin mit Herrn Kollegen Hochreiter gehabt habe, wo er mir bereits im Vorfeld, weil es mich so sehr interessierte, dieses Projekt der Tennenmälzerei vorgestellt hat und ich mir das im Vorfeld angesehen habe und dadurch entschieden habe, dass ich die andere Sitzung in diesem Fall vorziehe. Das zum Politikstil und, ich glaube, jetzt können Sie sich auch ein wenig selbst ein Bild machen. Ich hoffe, dass das zukünftig unterlassen wird solche Unterstellungen, weil sonst wird sich der Stil hier nie ändern, fürchte ich, zumindest bei einigen. Danke.

GR Mag. **Pointner**:

Ich möchte mich hier eigentlich auch nicht rechtfertigen. Ich bin Künstler, wie kann mir Kunst fernliegen. Ich schließe mich dem Kollegen Ehmann an, das ist schlechter Stil. Bei mir war es wirklich witzigerweise, dass ich nicht hingegangen bin im Vertrauen in die Kompetenz von Herrn Stadtrat Riegler in der Sache, weil ich weiß, dass er sich seit Jahren mit der Materie auseinandersetzt und das mit Leidenschaft. Das gibt auch Vertrauen, lieber Herr Kollege Riegler. Ach nein, das darf ich nicht sagen, weil Sie sind

in der Stadtregierung. Ich möchte aber sagen, dass wir dem Stück eben nicht zustimmen können, weil für mich nicht zweifelsfrei ausgeräumt wurde, warum wir jetzt wieder für eine Studie 177.000 Euro ausgeben sollen bei einem Thema, das doch nach meinem Vertrauen in kompetenter Hand seit Jahren liegt, wie das zu nutzen ist. Und ich habe dann nicht ganz das Vertrauen, dass dieses Geld effizient und im Sinne der Stadt auszugeben ist. Ich wäre da wirklich lieber bei Frau Kollegin Gmeinbauer gewesen, dass wir das Stück zurückstellen und den Stadtrat einbeziehen. Es ist nämlich Kulturagenda, das ist seine Aufgabe und das gebietet der Respekt und ein guter Stil.

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (16.45 Uhr).

Bgm.in **Kahr**:
Erstens einmal, wir leben in einer Demokratie und alle eint uns, dass diese Tennenmälzerei ein nicht nur historisch schützenswertes Objekt ist, sondern wenn man diesen Stadtteil jetzt dort entwickeln, was soll da passieren? Und das ist jetzt nicht dort, sondern wir haben viele schöne und tolle Überlegungen, was man für die Bevölkerung an Infrastruktur schaffen können usw. und usf. und einig sind wir uns, dass wir dort natürlich, wenn künftighin viele Menschen leben, eine Servicestelle brauchen, eine Bibliothek brauchen und vieles andere. Das habe ich in den vielen Gesprächen, die es zu diesem Thema gibt, immer vernommen, nämlich von allen. Eines muss ich aber wirklich zurückweisen, weil jeder der mich kennt, auch in der Politik, weiß, dass mir das völlig egal ist, von welcher Fraktion, wenn jemand den Wunsch hat, ein Thema zu besprechen, das man dem nachkommen soll selbstverständlich. Und deshalb habe ich auch zum Unterschied oft in der Vergangenheit oder aus eigenen Erfahrungen in meinem politischen Leben hier im Gemeinderat meinen Stadtratskollegen Riegler und den Herrn Dr. Otto Hochreiter gerne einen Termin gegeben bei mir, obwohl da keine einfache Zeit war, das war gleich nach der Wahl. Da haben Hunderte gleich gleichzeitig einen Termin wollen. Niemals weise ich einen

Termin zurück und schon gar nicht von einem Stadtratskollegen, wenn er Überlegungen anstellt. Mir persönlich, ist bin ja eine große Freundin der Industriegeschichte, weil ich stolz bin drauf, gefallen diese Gedanken sogar. Aber, ob es dort und in welcher Weise es ist, das ist eine andere Geschichte. Ich bin froh, dass ich diese Unterlagen bekommen habe. Es wird eingebettet in Überlegungen, wo viele andere Projekte auch am Tisch liegen. Das wird in einem Beteiligungsprozess, wie es der Herr Stadtrat und vor allem die Kollegin Judith Schwentner vor allem forcieren möchte und es ist auch richtig. Diesen Weg unterstützen wir auch. Es soll das Vorhaben dann einmal umgesetzt werden, was sozusagen der Wohnbevölkerung, die dort lebt und in erster Linie was haben sollte davon, dann auch so entschieden werden. Das sehe ich ganz wertfrei und neutral. Und eines muss ich wirklich sagen, wir haben seit März, weil vorher ist es aus Covid-Gründen nicht gegangen, falls Sie sich erinnern alle miteinander, wir haben Stadtsenatssitzungen, wo nicht einmal die Kollegen, Beamt:innen und Abteilungsleiter:innen dabei sein dürfen. Das heißt, ab März haben wir jetzt Stadtregierungssitzungen und ich fordere immer die Magistratsdirektion auf, bitte Themen, die euch wichtig sind, die ihr haben möchtet, dass sie kollektiv von allen besprochen werden sollen, auf die Tagesordnung nehmen. Anmelden bei der Magistratsdirektion, das bestimme nicht einmal ich oder da will ich mich gar nicht einmischen. Außer, wir hätten 20, weil dann müsstet ihr den ganzen Tag sitzen. Ich sitze gerne beieinander, aber jeder hat eben auch noch andere Aufgaben zu tun. Also das wird niemals an mir scheitern. Noch einmal die Aufforderung, wenn Themen wichtig sind, gilt für alle Stadtratskolleg:innen, immer auf die Tagesordnung. Das ist eben das, was der Michi Ehmann auch schon gesagt hat, der Stil, den wir in der Koalition pflegen möchten, Themen, die wichtig sind, auch gemeinsam zu diskutieren. Und wenn sich Kollegen Schönbacher, Ehmann und Pointner jetzt nicht zu Wort gemeldet hätten, hätte es auch ich gemacht. Ich bekomme selbstverständlich immer die Entschuldigungen und da brauche ich nicht nachfragen, warum und weshalb, das gilt für jede Kollegin im Stadtsenat und natürlich auch für die Gemeinderät:innen, wenn wer erkrankt ist oder anderen Termin hat, melden. Aber das habe ich nicht zu hinterfragen, das sehe ich überhaupt als Geringschätzung meines Anliegens. Das wollte

ich nur an dieser Stelle sagen und zum Stück, weil mein Stadtratskollege nicht da ist, das hat auch mit der Finanz zu tun, der muss sich mit dem Finanzdirektor, glaub ich, jetzt über etwas verständigen. Ich möchte nur anmerken, damit wir alle unsere Überlegungen überhaupt machen können, brauchen wir halt Anschlüsse und gewisse Sachen, weil sonst können wir dort gar nichts betreiben. Wir müssen die Basis machen. Das ist wie bei einem Haus, wenn ich sage, ihr zieht's ein, wer und wie viele Leute dort wohnen sollen und ich habe gar keine Elektrodosen oder keine Installation und gar kein Wasser dort. Wir müssen dort einmal die Grundbasis machen und dann kommt der nächste Schritt und die inhaltliche Diskussion können wir gerne in der nächsten Stadtsenatssitzung führen, weil wir das auch noch im Stadtsenat nächste Woche haben und ich auch inhaltlich dieses Stück gerne diskutiert wissen möchte. Dort haben wir noch die Gelegenheit. Insofern gibt es noch weitere Wortmeldungen?

Vorsitzwechsel – Bgm.in Kahr übernimmt den Vorsitz (16.51 Uhr).

KO GR **Dreisiebner**:
Sehr geehrte Grazerinnen und Grazer am Livestream. Dieser Striptease, warum manche Menschen nicht sich aufteilen können, an mehreren Orten gleichzeitig anwesend sein können, der ist, glaube ich, ausreichend durchgeführt worden. Ich mag zu der Sache noch vielleicht Folgendes sagen: Es war vielleicht das Geschickteste zum ordentlichen Termin Stadtregierungssitzung, wo die Klubobleute bzw. Kollege Philipp Pointner oder die Sabine Reininghaus als seine Vertreterin eingeladen sind, dass man da diesen Tagesordnungspunkt, der angesetzt war, Industriemuseum in der Tennenmälzerei nicht durchführen konnten …

Zwischenruf Bgm.in: ***Kahr:*** *Das war dringlich.*

KO GR **Dreisiebner**:

… und dann eine außerordentliche Stadtregierungssitzung eingetaktet worden ist. Das hat ja zu dem Problem geführt. Was aber ist der Unterschied? Man versucht, in monatlichen Stadtregierungssitzungen seit Beginn dieser Regierungsperiode alle Fraktionen einbeziehend, alle Klubs einbeziehend, egal ob sie in der Stadt bei der Regierung vertreten sind oder nicht, zu wichtigen Themen auch beizuziehen bzw. kann auch jede dieser Personen und Fraktionen auch ein Thema vorschlagen und das wird auch aufgegriffen. Jetzt ist dieser Versuch noch sehr jung. Warum? Weil es in der Periode davor diesen Usus, der im Statut und in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, Stadtregierungssitzungen einzuberufen, meiner Erinnerung nach einmal in der letzten Periode gemacht worden ist. Einmal in viereinhalb Jahren. Das war im März oder April, ich habe es jetzt nicht nachgegoogelt oder nachgeschaut des Jahres 2020. Es ging damals um einen Bericht, sehr wichtig, des Krisenstabes zur Covid-Pandemie, die damals begonnen hat mit den ersten großen Maßnahmen, erster Lockdown usw. usf. und der Vorbereitung des Hauses Graz, des Magistrats und der Betriebe. Soviel zu dem Thema. Das heißt, da ist etwas in Übung, das ist noch sehr jung. Da gibt es kaum Vorerfahrungen, auf die man zurückgreifen kann. Aber Fehler dürfen passieren; sollte einer passiert sein, dann werden wir versuchen, diesen Fehler nicht mehr zu machen. Das glaube ich allen Beteiligten und vor allem der Bürgermeisterin Elke Kahr. Zur Sache selber: Schon vor der Wahl warst du, lieber Günter Riegler, schon mit den Stimmen und Anträgen konfrontiert. Ich denke da an Anträge, ich glaube, der KPÖ auf jeden Fall, ich glaube auch der SPÖ und von uns oder Anfragen, was denn mit der Tennenmälzerei sein soll. Und da gab es sehr unterschiedliche Zugänge: Stattteilzentrum, Begegnungszentrum, Kultur, soziale Möglichkeiten, entsprechende niederschwellige Konsumfreiheit, aber auch konsumgestützte Anlaufstelle und Ähnliches mehr und immer dieser Wunsch, das mit den Menschen dort vor Ort bzw. im Grazer Westen, in Eggenberg und in Wetzelsdorf zu entwickeln, weil das etwas ist, das ja auch über diese Straße, über die Ecke, über dieses Grätzel hinausgreift. Da sind wir uns einig. Und plötzlich kommst du, lieber Günter Riegler, mit einem fix fertigen Konzept. Ein schönes Konzept im Übrigen, aber es ist schon gesagt worden, Industriemuseum. Dieses

Industriemuseum würde das gesamte Haus quasi bespielen. Doch. Ich war in der Stadtregierungssitzung. Es bleiben nur mehr ein paar Restmöglichkeiten übrig. Egal, über das kann man ja und soll man ja diskutieren. Und jetzt kommst du daher und sagst, du bist nicht eingebunden in einem Bürger:innenbeteiligungsprozess. Wenn du das Stück genau anschaust, beschließen wir Folgendes: Projektentwicklung und Bestandserhebung und wir beschließen Bürger:innenbeteiligung, und diese Bürger:innenbeteiligung setzt auf die verschiedenen Wünsche, u.a. auf die Idee des Industriemuseums und mehr ist da nicht drin. Und deswegen weiß ich nicht, warum dieses Beteiligungsprojekt, die Einbeziehung der jetzt schon dort wohnenden tausenden Menschen, der vielen, die noch kommen werden, der vielen, die in der Nachbarschaft sind, warum das dringend die Einbindung des Kulturressorts brauchen würde. Das darf sich natürlich auch einbinden. Aber warum soll es federführend sein? Alle Ressorts können sich da mithineinbringen, alle politischen Parteien sollen und können sich mithineinbringen. Jedes Interesse mit oder ohne Parteiunterstützung. Und deswegen verstehe ich auch diesen Kritikansatz nicht. Kein Thema wird hier mit diesem Beschluss quasi unmöglich gemacht, kein Wunsch, keine Vorstellung und keines wird von vorneweg schon als das einzig mögliche dargestellt. Und das ist eigentlich das Relevante, um was es geht. Bitte wieder etwas runter mit der Emotion, etwas weniger Anwürfe und Ausdrücke wie Brutalität. Einfach darüber reden, was ist da. Bitte bringt euch alle ein mit euren Ideen, und das meine ich wirklich so, wie ich es jetzt gesagt habe. Dieser kurze Satz ist die Kernaussage der Übung und die Menschen sollen sich vor allem auch einbringen. Vielen Dank.

StR Dr. **Riegler**:

Ich möchte einerseits etwas korrigieren und dann, lieber Karl, auch direkt wiederum antworten. Das Konzept, das ich erarbeiten habe lassen, und nach dem ich auch in diesem Saal schon mehrfach gefragt wurde in diversen Fragestunden, dieses Konzept betrifft vier Geschosse, minus eins, null eins und zwei. Und es ist nicht richtig, dass das gesamte Haus ein Industriemuseum sein soll, sondern lediglich eines von vier

Stockwerken. Denn im Erdgeschoss, also im Level null, soll es nach diesem Konzept eine Gastronomie geben, es soll mögliche Begegnungsflächen geben, auch für Nicht-Konsum. Es soll eine Andockstation für eine Servicestelle geben. Es soll in diesem Konzept im ersten Stock Coworking-Spaces, Büros geben und es soll im zweiten Stock eine Stadtbibliothek geben. Also, es ist einfach nicht richtig und ich habe das auch ausführlich erklärt. Schau, im Stadtsenat hätten wir heute, ich habe um Verschiebung gebeten, plötzlich ein Stück im Umlaufwege gehabt mit einer Tabelle, wo in einigen Zeilen sogar noch Fragezeichen drinnen stehen, z.B. Brandschutzkonzept, null Euro, Schallgutachten, null Euro. Dafür steht für eine ominöse Machbarkeits-studie 25.000 Euro und für einen Bürger:innenbeteiligungsprozess 25.000 Euro. Ich verstehe es einfach nicht, warum so etwas, und das wäre einfach meine Bitte, dass ihr mir das erklärt, warum ihr es für notwendig erachtet, das unbedingt im Umlaufwege über eine Stadtsenatssitzung während der Gemeinderatssitzung durchzupeitschen, wenn man es genauso gut eine Woche später ausführlich diskutieren kann oder auch hätte vor einer Woche oder vor zwei Wochen ausführlich diskutieren. Es ist einfach so, dafür gibt es eben einen Planungsausschuss, dafür gibt es einen Kulturausschuss, dass man eben Fragen stellen kann, dass man die eben mit Stadtbaudirektor, mit dem Stadtplanungschef releviert. Ich verstehe es einfach nicht, warum es dafür jetzt keine Zeit gegeben hat, warum ihr diesen Weg für besser hält, nämlich jenen Weg, bei dem ihr einfach sagt, ok, wir winken das jetzt über den Stadtsenat als Begleitstück durch und eigentlich ist es ein A 8-Stück, von dem auch die Frau Braunersreuther sagt, ohne dass es ein Planungsfachstück gibt. Also ich würde einfach nur gerne verstehen, was der Grund ist, warum ihr genau diesen Weg wählt, weil es wäre so einfach gewesen, das einfach im Ausschuss zu diskutieren.

GR^{in} Dr.^{in} **Würz-Stalder**:

Ich melde mich hier zu Wort als jemand, der sehr oft Projekte entwickelt, vielleicht in einem anderen Rahmen sozusagen, oftmals mit Studierenden, aber auch oftmals mit konkretem Hintergrund und mich erstaunt jetzt schon ein wenig diese Diskussion, weil

wir haben im Planungsausschuss dieses Stück besprochen. Es wurde vorgelegt und im Grunde genommen wird hier ein Weg vorgeschlagen, der eigentlich durchaus üblich ist, sich einmal generell ganz grundsätzlich mit der Baustruktur zu beschäftigen. Das ist aus meiner fachspezifischen Sicht eine wichtige Grunderhebung, an dem kommt man nicht vorbei. Das ist eine Grundlage, auf der sozusagen jede weitere Überlegung basieren muss. Das heißt, es ist auch ein Teil dieses Stücks, und im zweiten Bereich, es geht um die Bürgerbeteiligung und Bürgerbeteiligung kann natürlich, sozusagen muss auch, in gewisser Weise offen sein für Ideen und da kann ich aus Erfahrung sprechen, sobald zu konkrete Dinge vorliegen an Vorschlägen sozusagen, werden bestimmte Aspekte nicht mehr berücksichtigt. Und das ist ganz, ganz wichtig, dass man nicht zu konkrete Ideen hat, wenn man in diese Auseinandersetzung geht. Jetzt gibt es natürlich diese Ideen, diese sind ja auch durchaus berechtigt, aber wenn man jetzt tatsächlich eine Bürgerbeteiligung stattfinden lassen will, dann glaube ich, wäre es fatal, zu stark mit dieser Konzeption schon in das Gespräch zu gehen. Also das heißt, es muss quasi der Rahmen gegeben sein, Bedürfnisse zu formulieren und es könnte sein, dass die in eine ganz andere Richtung gehen. Also, das sage ich aber jetzt tatsächlich ohne jetzt diesen politischen Abtausch oder sozusagen, wie das Ganze inszeniert oder nicht oder einfach verhandelt wurde, das sage ich jetzt sozusagen aus dieser planungsspezifischen Perspektive, die ich sehr gut kenne und da wundert es mich jetzt nicht, dass man noch einmal den Schritt zurückgeht und sagt, wir müssen das einmal ganz grundlegend betrachten. Vielleicht hilft es beim Erklären.

KO GR^{in} Dipl.-Museol.^{in} (FH) **Braunersreuther**:
Ich möchte gar nicht mehr viel dazu sagen. Vieles ist schon gesagt. Nur zu einer Wortmeldung: Brutalität, das hat mich schon sehr überrascht. Als Kulturstadtrat kennen Sie wahrscheinlich das Qualtinger-Zitat zu Brutalität „Simmering gegen Kapfenberg“. Brutalität ist das nicht. Ich glaube, es ist eher ein Missverständnis. Auch wenn es dieses Stück eben nicht als Stück aus dem Planungsausschuss gibt. Es ist durchaus dort auch diskutiert und goutiert worden. Das ist nämlich nicht unwichtig zu

wissen. Es geht bei diesem Stück ja um eine Vorstudie, also um eine Anschubfinanzierung. Ich glaube, das ist das große Missverständnis. Es ist keine Diskreditierung bisheriger Konzepte. Ganz im Gegenteil, sie werden sogar im Stück erwähnt. Auch das Konzept des Industriemuseums. Es wird ein Beteiligungsprozess angeregt und es sollen alle Akteur:innen, und dazu zählen auch genauso alle natürlich, alle beteiligten Ämter bzw. die zuständigen Stadträt:innen eingebunden werden, denn ich arbeite selbst wissenschaftlich zur Partizipation. Deswegen kann ich den Begriff aussprechen so gut, und Partizipationsprozesse bedeuten, dass wirklich alle Stimmen berücksichtigt und gehört werden und alle Möglichkeiten miteinbezogen werden und erst dann abschließend Möglichkeiten eruiert werden. Das könnte der Finanzstadtrat besser sagen, nicht allen ihre Wünsche erfüllen, aber die Möglichkeiten eruiert werden aus dem Ergebnis dieses Partizipationsprozesses. Was man daraus machen kann, und insofern empfinde ich dieses Stück nicht als Brutalität oder Vor-den-Kopf-Stoßen irgendjemandem gegenüber, ganz im Gegenteil, sogar eine aktive Aufforderung an alle, da mitzuwirken und deswegen bitte ich um Zustimmung.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen.

Berichterstatterin: GR^in^ Dr.^in^ Würz-Stalder

8.42 Stk. 36)	**A10/BD–073474/2022-1 A10/8–073802/2022-1 A14–076953/2022-1 A10/5–076642/2022-1 A8–141818/2021-8**	**Straßen- u. Grünraumgestaltung, Beleuchtungsmaßnahmen, Geh- u. Radwegsaubau im Zuge der Gleissanierung Körösistraße/Lange Gasse sowie Theodor-Körner- Straße /Haltestelle Seniorenzentrum** **1. Projektgenehmigung in der Höhe von 2,0 Mio. Euro brutto für die Jahre 2022/2023** **2. Budgetvorsorge in Höhe von 1,8 Mio. Euro für 2022**

GR^in^ Dr.^in^ **Würz-Stalder**:

Hier darf ich ein Projekt vorstellen, da geht es schon um die konkrete Umsetzung von Planungen. Es beginnt dabei, dass die Holding Graz die Notwendigkeit sieht der Gleisanlagensanierung der Linie 5 und 3 im Bereich Körösistraße/Muchargasse bis Lange Gasse und Theodor-Körner-Straße von der Heinrich-Caspar-Gasse bis zur Rottalgasse, Haltestellenbereich sind Senior:innenzentrum. Diese Gleisanlagen-sanierung soll vom Mai dieses Jahres bis zum September erfolgen. Es wurde sogar im Planungsausschuss von Gleisbruch sozusagen gesprochen. Also eine tatsächlich wichtige Sache, die jetzt stattfinden muss und dabei, muss man sagen, ist eigentlich was sehr Gutes passiert, denn man hat von Seiten der Stadtbaudirektion das zum Anlassfall genommen, die gesamte Situation, Verkehrssituation als auch die Qualität des öffentlichen Raumes zu betrachten und hat jetzt in einem gemeinsamen Projekt von Verkehrsamt, Straßenamt, Grünraum hier eine Planung angestellt, die eigentlich viel mehr bedeutet für den öffentlichen Raum als ausschließlich die Gleissanierung. Aber es macht durchaus Sinn, diese beiden Agenden oder diese verschiedenen Agenden zu verbinden, weil es wird eben monatelang der Straßenraum gesperrt sein bzw. der Verkehrsfluss beeinträchtigt sein und man kann hier viel bewirken. Was besonders ist an der Stelle, ist auch, dass eben so viele Abteilungen zusammen diese Planung vorangetrieben haben. Die wesentlichen Aspekte neben der Gleissanierung

sind zum einen, dass gefährliche Situationen, Sicherheitsbedingungen, die vorhanden sind, die in Frage stehen, dass die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer:innen verbessert werden. Dazu sei zu sagen, dass im Zeitraum von 2016 bis 2021 an der Kreuzung Wartingergasse/Körösistraße 27 Unfälle passiert sind, und zwar bei herausfahrenden PKWs. Diese Situation muss verbessert werden, und zwar wird das im Rahmen der Verbesserung der Sichtverbindungen passieren. Das erfordert auch die Verbreiterung dieses ganzen Bereichs und in diesem Zuge werden auch vor allem die Radwege und Fußwege verbreitert, und sozusagen bringen diese ganzen Umbaumaßnahmen Verbesserungen für alle Verkehrsteilnehmer:innen. Es ist auch schon priorisiert worden, dass vor allem die Situation der Radfahr:innen und Zu-Fuß-Gehenden und auch des öffentlichen Verkehrs in dem Zusammenhang priorisiert werden. Dabei werden mehrere Bäume gesetzt. Es kommt zu einer generellen Aufwertung des öffentlichen Raumes, insgesamt werden 3.000 m² umgebaut und es entstehen neue 480 m² Grünflächen. Es werden sieben neue Bäume gesetzt im Gesamten und wenn Baumsetzungen z.B. in bestimmten Bereichen nicht möglich sind, dann werden sie durch Grünflächenanlagen ersetzt. Es werden auch Ersatzbäume bei Ersatzpflanzungen wiederum im Stockholmsystem errichtet, das heißt, es ist zum besseren Anwachsen und auch zur besseren Entwicklung der Bäume selbst. Was sehr interessant in dem Zusammenhang ist auch, natürlich kommen einige Parkplätze weg. Aber das erste Mal im Zuge von Gemeinderatssitzungen oder überhaupt, seitdem ich sozusagen da dabei sein kann, wurde hier eine genaue Analyse betrieben, wie die Parkraumsituation aussieht und dabei wurde festgestellt, dass im Bereich Körösistraße von 848 Parkplätzen nur 68 % ausgelastet sind. Das heißt, es mit 14 wegfallenden Parkplätzen bleiben 257 Parkplätze nicht genutzt im Durchschnitt. Des Weiteren sind in angrenzenden Straßen von 208 Parkplätzen 80 nicht genutzt durchschnittlich. Das heißt, wir haben hier eine Situation, wo man eigentlich sich nicht beschweren kann über den Austausch oder den Ersatz von Parkplätzen zugunsten von Grünraum oder besserer Mobilitätsangebote für Fußgeher:innen und Radverkehr. Das sind so die erfreulichen Aspekte des Ganzen. Die Bedeckung des Stücks erfordern 2 Mio. Euro. Diese werden durch eine Umschichtung aus der Projektgenehmigung „Reininghaus

Baulos 02“ in dieses Projekt umgeschichtet. Daher werde ich jetzt im Namen des Ausschusses für Verkehr-, Stadt- und Grünraumplanung und des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien gemäß Abs. 45 Abs. 2 Z 5 § 93 Abs. 1 und § 95 des Statuts der Landeshauptstadt Graz den

Antrag

stellen, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Projektgenehmigung Straßenraumgestaltung Körösistraße/Lange Gasse in Höhe von 2 Mio. Euro wird wie folgt erteilt, im Jahr 2022 mit 1.800.000 Euro und 2023 mit 200.000 Euro. Wie gesagt, die Bedeckung erfolgt durch die Umschichtung von der Projektgenehmigung „Reininghaus Baulos 02“ Fonds 612000, Fipos 1.060000, HHP 12203580.
2. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 werden wie folgt geändert: Da geht es eben um diesen Abtausch der Finanzierung, die ich jetzt nicht noch einmal wiederholen möchte und
3. Die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung und Mitwirkung der befassten Magistratsabteilungen mit der Koordination und begleitenden Umsetzung bevollmächtigt.

Ich bitte Sie, dieses durchaus bemerkenswerte Stück zu genehmigen.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Die Projektgenehmigung „Straßenraumgestaltung Körösistraße/Lange Gasse" in Höhe von 2.000.000 Euro wird wie folgt erteilt:*

   2022: 1.800.000,-

   2023: 200.000,-

Die Bedeckung erfolgt durch Umschichtung von der PG "Reininghaus Baulos 02" DR.220358, Fonds 612000, Fipos 1.060000, HHP 12203580.

2. *Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 werden wie folgt geändert:*

Finanz-stelle	Fonds	Finanz-position	Haushalts-programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs-ring	FVA 2022	EVA 2022
220	612000	1.060000	12203580	Reininghaus Baulos 02	D.220358	-1.800.000	-
220	612000	1.060000	12203940	Straßenraumgestaltung Körösistraße/Lange Gasse	D.220394	+1.800.000	

3. *Die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung und Mitwirkung der befassten Magistratsabteilungen mit der Koordination und begleitenden Umsetzung bevollmächtigt.*

GR DI **Topf**:

Eine Anmerkung, damit es nicht so lange dauert. Wir haben in diesem Bereich etwas nördlich eine sehr aktive Bürgerinitiative gehabt. Vielleicht kann sich noch jemand erinnern. Wir waren ein paar Mal eingeladen dort. Frau Bürgermeisterin, du weißt es auch. Ich möchte nur noch einmal betonen, dass jetzt bei Gleisneubauten, insbesondere auch in diesem Bereich, alle Maßnahmen, alle erdenklichen Maßnahmen, sage ich bewusst dazu, für Erschütterung und Lärmschutz bewerkstelligt werden, weil wir waren schon ein paar Mal dort. Das ist etwas nördlicher, gebe ich gerne zu. Aber dass man auch sozusagen im Neubaubereich diese Maßnahmen intensiv berücksichtigt. Es wäre ein großer Wunsch, damit man der Bürgerinitiative dort sagen kann, jetzt in diesem Bereich, wo jetzt umgebaut wird, werden ihre Forderungen, ihre Wünsche durchaus durch den entsprechenden Unterbau und durch entsprechende Dämpfungsmaßnahmen berücksichtigt. Das wäre mir sehr wichtig.

Bgm.in **Kahr:**

Danke für die wichtige Anmerkung. Es ist nämlich wahr, das ist ein Problem gewesen und das wird aber auch gemacht, weil du kennst die Kollegen der Holding, die da jetzt sehr bemüht sind.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ende Tagesordnung: 17.18 Uhr.